

Deutschland-Bericht der Sopade

Prag X.

3. Jahrg. Nr. 4.

April 1936.

Inhaltsverzeichnis

Teil A : Nachrichten und Berichte

I. Die allgemeine Situation in Deutschland	A 1
1) Die Reichstagswahl vom 29. März	1
Berichte aus Schlesien, Ostsachsen, Westachsen, Nordbayern, Südbayern, Württemberg, Baden, der Pfalz, aus Rheinland-Westfalen, von der Wasser- kante, aus Berlin und aus Mitteldeutsch- land.	
2) Rheinlandbesetzung und Kriegsangst	55
Nachträge aus Nordwestdeutschland, Niedersachsen, Westfalen und aus Sachsen	64a
II. Aus den Betrieben	65
1) Allgemeines	65
2) Die Widerstandsregungen	69
3) Die Vertrauensräte	73
4) Betriebsveranstaltungen	83
5) Die Werkscharen	86
6) Einzelberichte	88
aus Schlesien, Sachsen, Berlin, Bayern, Südwestdeutschland, Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland	

T e i l B : Uebersichten

Das deutsche "Wirtschaftswunder" und die Weltwirtschaft

1) Die Weltrohstoff-Wirtschaft	B 1
2) Die Produktion in den drei Weltwirtschafts- gruppen	3
3) Länder im Industrialisierungsprozess	6
4) Das Schicksal des Goldblocks	8
5) England und Amerika	9
6) Die faschistischen Länder	12
7) Gesunde Finanzwirtschaft in England und den Vereinigten Staaten	14
8) Die kritische Finanzsituation in den faschistischen Ländern	17

T e i l A

(Abgeschlossen am 4. Mai 1936)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland
=====

1) Die Reichstagswahl vom 29. März

Wir haben bereits im vorigen Monat zahlreiche Berichte über den "Wahlkampf" wiedergegeben. Inzwischen ist so umfangreiches neues Material über die Wahl eingelaufen, dass wir es nur zum Teil aufnehmen können. Die neuen Berichte lassen vor allem drei Schlüsse zu:

1) Terror, Wahlbeeinflussung und Wahlfälschung haben diesmal ein Ausmass erreicht wie nie zuvor. In unzähligen Fällen ist das Wahlgeheimnis in aller Offenheit aufgehoben worden, ganz zu schweigen von den tausendfältigen Methoden des Abstimmungs-zwanges und der Einschüchterung.

2) Insbesondere kann nach den folgenden Berichten kein Zweifel mehr darüber sein, dass die Wahlvorsteher eine allgemeine Anweisung erhalten haben, als Stimmen "gegen die Liste" nur diejenigen Stimmzettel zu zählen, auf denen ausdrücklich das Wort "Nein" stand, alle anderen -- auch durchgestrichene, zerrissene und unausgefüllte -- galten als Ja-Stimmen.

3) Das Ergebnis dieser "Wahl" wird nicht ernst genommen. 99% für Hitler sind "zuviel gesiegt". Sogar die Nationalsozialisten schweigen betreten. Die propagandistische Auswertung der Abstimmung steht in keinem Verhältnis zu ihrer propagandistischen Vorbereitung.

Wir lassen die Berichte, nach Landesteilen geordnet, folgen:

Schlesien: Vor der Wahl:

1. Bericht (Breslau): Die Tatsache der Rheinlandbesetzung wurde anfangs überall stürmisch begrüßt. Selbst die Arbeiterschaft befürwortete im allgemeinen den Einmarsch. Erst später kamen die Zweifel: Was wird Frankreich tun? - Und dann die Patrioten: Lasst sie nur kommen! Hitler hat schon gewusst, wie weit er gehen kann! - So verschieden die Haltung zur Besetzung des Rheinlandes auch ist, so ablehnend steht man der Wahl gegenüber. Häufig hört man Stimmen: Der Wahlkampf ist doch zweck- und sinnlos, wir können doch nur wählen, wie der Führer will. Am offensten treibt es der Mittelstand: "Warum Wahlkampf, wo ist denn der Gegner? Wir haben die Schnauze voll, die Umsatzsteuer ist gestiegen und wird pünktlich eingetrieben, die Sammlungen und Beiträge für die NS-Hago und Fachgruppen schmälern uns noch den kargen Verdienst." Es empört auch der ungeheure Aufwand im "Wahlkampf". Allein in Breslau mit Vororten hundert Versammlungen. Sogar die Schule wurde in den Wahlkampf einbezogen. Dazu die ungeheueren Plakate an den Säulen, Häusern und Zäunen. Das Volk weiss, dass dies alles ungeheure Summen kostet und dass es selbst alles bezahlen muss.

2. Bericht (Breslau): Die Wahlpropaganda appellierte meist an die einfachsten Instinkte im Arbeiter. Ein Plakat zeigte Schiffe, die nach Madeira dampfen mit der Aufschrift: "Arbeiter, diese Schiffe gehören Euch." Ein anderes Bild: "Arbeiter in Madeira", eine Strichzeichnung, darunter die Worte eines Arbeiters: "Tja, wer Gebirge und alles andere kennt, fährt nur noch nach Madeira." Ein anderes: Autoschlosserei, ein Fräulein fährt mit dem Auto vor, doch der Chef ruft: "Heute nichts zu machen, Fräulein, meine Mechaniker sind nach Madeira gefahren." Oder Plakate mit der Aufschrift: "Unsere Garnisonen sind Garnisonen des Friedens." Man muss es den Nazis lassen, sie verstehen es glänzend, Wirkung zu erzielen. Auch wenn sie ohne Fälschung und Terror bei den Wahlen arbeiten würden, 60 bis 70% würden sie sicher bekommen. Im Ausland wird dies selten jemand glauben, aber Meckerer und Miesmacher sind noch lange keine Oppositionellen, noch lange keine Gegner des Regimes. Auch innerhalb unserer Reihen gab es ja früher viele, die mit der Politik der Partei ganz und gar nicht einverstanden waren, aber deswegen waren sie keine Parteigegner, sondern Mitglieder, die trotz ihrer Unzufriedenheit treu Parteiarbeit leisteten. So ungefähr muss man auch die heutige Lage beurteilen. Zwar ist die schäumende Begeisterung gewichen, zwar finden die Leute hier und da etwas in Unordnung, aber Hitler ist doch der Befreier, der Führer zur Weltmacht usw. Die Abriegelung Deutschlands, das systematische Einhämmern der Parolen durch Rundfunk, Presse und Versammlungen, dazu die Scheinerfolge: Verringerung der Arbeitslosen, Spenden der NSV, Ertüchtigung der Jugend, Beseitigung des Parteihaders, Schaffung der "Volksgemeinschaft", Wehrfreiheit usw. - das alles führt dazu, dass weite Teile des Volkes noch immer bei der Stange gehalten wer-

den können.

Für die Anwesenheit Hitlers in Breslau wurden besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Während der Dauer seines Aufenthaltes war die Luftsperrung verhängt. In der Presse wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, dass keine Blumen geworfen werden dürfen. Diese Bekanntmachung erfolgte auch in der Provinzpresse bis nach Oberschlesien hinunter.

In einem Breslauer Restaurant äusserte ein Gast, man könne stimmen wie man wolle, das Wahlergebnis wäre doch schon fertig. Niemand widersprach. Ein Kellner jedoch hörte, wie nach einer Weile ein Gast das Ueberfallkommando anrief. Er teilte dies den anderen Kellnern mit, die den Gast warnten. Der Gast ging auf den Abort, man brachte ihm die Garderobe nach und liess ihn hinten hinaus. In den nächsten Minute waren auch schon Polizeibeamte im Lokal, die sehr überrascht waren, den Kritiker nicht mehr anzutreffen. Am meisten verblüfft war der Denunziant, der dann schlaue erklärte, seine Garderobe müsse doch noch da sein. Jeder Gast musste seine Kleiderstücke holen; grosses Erstaunen, dass nichts übrigblieb. Eine Rundfrage unter den Gästen blieb erfolglos. Die Beamten mussten unverrichteter Dinge wieder abgehen. Die Gäste haben sich über den Vorfall lustig gemacht, der Kritiker hatte das Publikum auf seiner Seite.

3. Bericht (Kleinstadt mit 1.500 Einwohnern in Niederschlesien): Der Wahlkampf ist mit ungeheuerem Aufwand an Geld und Propagandakräften vor sich gegangen. Öffentliche Wahlkundgebungen, für die der stärkste Druck zur Teilnahme ausgeübt wurde, Betriebsversammlungen, Hörergemeinschaften wurden zahlreich veranstaltet. Auch die Kinos sind in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt worden. Die Wahlfilme wurden anfangs vor dem Hauptfilm gegeben, später aber zwischen den Stücken, da sich herausstellte, dass viele Kinobesucher zu spät kamen. Die Wahlvorbereitungen haben glänzend geklappt. Schon am Tage nach Hitlers Rede erschienen die Wahlplakate. Um einen Wahlkampf nach altem Muster vorzuspiegeln, wurde ein Teil der Plakate nachts geklebt und zwar nicht nur an die Säulen, sondern an Häuser und Zäune. Die Postautobusse fuhren mit riesigen Führerbildern beklebt durch die Stadt. Zum Abstempeln der Briefschaften wurde ein Stempel: "Deine Stimme dem Führer" verwendet. Das Volk lacht über all diese Wahlkampfmethoden, man misst der Wahl keinerlei Bedeutung bei.

Zur Wahl wurde auch im Waldenburger Revier ein Wahlkampf mit all seinen Begleiterscheinungen vorgetäuscht. In einer Kleinstadt mit 6.500 Einwohnern fanden in einer Woche 6 Kundgebungen statt. Abends wurden Fackelzüge veranstaltet, bei denen die Bewohner die Fenster illuminieren mussten. Dabei fiel auf, dass dies besonders zahlreich von früheren Kommunisten befolgt wurde.

Zur Wahlrede Hitlers in Breslau wurden aus dem Kreise Neumarkt links eingestellte Bürger und Arbeiter mit Autobussen

nach Breslau gefahren, um sie zu bekehren. Sie erhielten je 2 RMark Zehrgeld.

In den Schaufenstern aller Geschäfte musste eine sogenannte Hitler-Ecke eingerichtet werden. Einem Geschäftsmann, der sich weigerte, wurde gedroht, dass er innerhalb 24 Stunden ins Konzentrationslager käme, wenn er nicht sofort diese Anordnung befolge. Eine Familie, die nicht geflaggt hatte, wurde durch SA aufgefordert, sofort die Fahne herauszustecken. Die allein zu Hause anwesende, alte kranke Frau erklärte, dass sie das nicht könne. Darauf wurde ihr erwidert, man käme in einer halben Stunde nachsehen, wenn dann nicht geflaggt sei, werde sich das Weitere finden. Die Frau musste daraufhin Nachbarnsleute bitten, die Fahne vom Boden zu holen und herauszuhängen.

4. Bericht: Auch in den Grenzstädten, wie Zittau, Görlitz und Hirschberg war grosser Rummel vor der Wahl. Besonders in Zittau und Görlitz, wo die deutschen Wahlberechtigten aus der Tschechoslovakei zu Tausenden zur Wahl fuhren. In Zittau wurde der Wahlsonderzug aus Reichenberg (ČSR) mit Musik empfangen. Dann ging es ins Wahllokal und zwar geschlossen in Gruppen. Ähnlich war es in Görlitz und Hirschberg. Die Sudetendeutschen wurden mit Blumen überschüttet, man rief ihnen zu, auszuhalten, der Tag der Erlösung werde bald kommen.

5. Bericht: (Oberschlesien) Hitler sollte am 22. März in Beuthen O. Schl. sprechen. Das 40.000 Mann fassende Zelt war bereits eingetroffen und alle Vorbereitungen nahezu abgeschlossen, als die Rede abgesagt und nach Breslau verlegt wurde. Angeblich, so wird aus SA-Kreisen berichtet, war es nicht möglich, den etwa 23 Kilometer langen Weg von Gleiwitz über Hindenburg nach Beuthen durch Spaliere zu besetzen, da hier der Anhang der SS und SA nie so gross war, und ausserdem hält man die ober-schlesischen Kumpels für "unsichere Kantonisten"; es könnte auch eine Ueberraschung vorkommen. Dafür hat man in Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen in den Betrieben je 1.000 Freikarten nach Breslau durch die Arbeitsfront verteilt, wozu noch eine Mark Zehrgeld gezahlt und eine Verpflegungskarte gratis ausgehändigt wurde. Auf diese Weise ist Oberschlesien in Breslau vertreten gewesen. Aus den Grubenbetrieben um Gleiwitz sind die Arbeiter indessen trotzdem nicht gefahren, sondern haben ihre Bahnkarten an Nazi-Interessenten verkauft. Wie es heisst, hat man die Freifahrer besonders unter früheren "Marxisten, Meckerern und Miesmachern" herausgesucht; einige von diesen sollen bei der Rückfahrt von Hitler begeistert gewesen sein. Da aber Hitler doch "ewig dasselbe redet und alles mit dem Wurstkessellied (Horst Wessel-Lied) endet", imponierte den meisten ober-schlesischen Teilnehmern mehr die Strassendekoration als die Rede des Führers.

Entlang der ober-schlesischen Grenze wurden auf einer Strecke von 14 km über hundert Wahlplakate aufgestellt. Sie trugen Aufschriften wie: "Unser Führer gibt der Welt den

Frieden" - "Unser Führer gibt den Arbeitern Brot und Arbeit" - "Unser Führer gibt dem deutschen Volke Freiheit und Gleichberechtigung". In jedem Dorf wurde ein Hitlerstandbild errichtet und zwar so, dass es auch von tschechoslovakischem Boden aus zu sehen war.

Der Wahlkampf ist in Oberschlesien mit Massenverhaftungen, insbesondere unter früheren Kommunisten in Poremba bei Hindenburg, in Hindenburg, Rokittnitz und Beuthen, eingeleitet worden, die letzten Verhaftungen erfolgten am Freitag vor der Wahl, als hektographierte Wahlzettel an Strassenecken gefunden wurden: "Stürze Hitler! Stimme mit Nein!" In Tropelowitz O.Schl. wurde ein Zimmermann, der geäußert hatte, er werde gegen Hitler stimmen, verhaftet.

Nach der Wahl:

1.Bericht: (Breslau) In Breslau wurden auf Anordnung des Wahlleiters alle Stimmen als "Ja" gezählt, die nicht ein ausgeschriebenes "Nein" enthielten. Diese Anordnung ging den Wahlvorstehern vor Beginn der Wahlhandlung schriftlich zu. In Breslau waren es 5% der Stimmen, die klar "Nein" enthielten. Im Durchschnitt war aber die Zahl der nicht gezeichneten, zerrissenen, gestrichenen, also für das System ungültigen Stimmen zwischen 15 und 45%, je nach den Wahlbezirken. Ein Naziführer, der Wahlvorsteher war, erklärte: "Das Volk zeigt sich wirklich undankbar für all die Leistungen des Führers." In seinem Bezirk waren 30% Gegenstimmen. In Breslau-Tschansch wurden von 1.2000 Wahlberechtigten 400 Gegenstimmen abgegeben. Alle Bevölkerungskreise halten das Ergebnis für gefälscht. Am Montag abend sprach kein Mensch mehr über das Wahlergebnis. So schnell erledigt und ausserhalb jeder Diskussion war noch nie ein politisches Ereignis. Einfach deshalb, weil der Schwindel als so offensichtlich empfunden wurde, dass es sich nicht lohnte auch nur noch ein Wort darüber zu verlieren.

2.Bericht: (Niederschlesien) Das Ergebnis wurde schon vor der Wahl als feststehend bezeichnet. Am Tage nach der Wahl redete man vom Ergebnis kaum, dass geschwindelt wurde, war schon vorher allgemeine Auffassung, dass aber derart die wahre Volkstimmung verfälscht werden würde, hatte man doch nicht erwartet. Die Stimmung der Landbevölkerung dieses Bezirkes ist dem Regime gegenüber direkt feindlich. Unser Vertrauensmann rechnete mit höchstens 60 bis 65% Ja-Stimmen. - In einem Wahlbezirk der Stadt wohnen durchwegs Hitler-Gegner. Fahnen werden nie, ausser von einigen wenigen Beamten, herausgehängt. Da war auch jetzt bei der Wahl wieder so. Die Stadt hatte deshalb in diesem Viertel Fahnenmaste aufstellen lassen und flaggte selbst. Der Bezirk hat etwa 350 Wahlberechtigte. Mindestens 160 Nein-Stimmen wurden vorher als ganz sicher geschätzt. Ganze 14 wurden bekanntgegeben. Wahlvorsteher war der Leiter der DAF. Als die Stimmen ausgezählt wurden, wurde das Wahllokal verschlossen und die Fenster

verhängt. Für ganz X. (1.500 Einwohner) wurden 105 Nein-Stimmen bekannt gemacht. Jeder weiss, dass das der aufgelegteste Schwindel ist. - Die Stimmzettel waren so gefaltet, dass der Kreis oben war. Jeder Stimmzettel war so ins Kuvert gesteckt, dass nur noch der Kreis herausah. So vorbereitet bekam jeder Wähler den Zettel. Der Zettel war nur noch anzukreuzen und ganz ins Kuvert hineinzuschieben. Wer sich länger, als zu dieser Arbeit notwendig war, in der Wahlzelle aufhielt, machte sich verdächtig. Das hat viele Wähler eingeschüchtert. - Zu nicht transportfähigen Schwerkranken kamen SA-Leute mit Stimmzettel und Stimmschein ans Krankbett. Der Kranke musste abstimmen und der SA-Mann nahm den Stimmzettel wieder mit. Diese Einrichtung war offiziell. Man nannte sie "fliegende Wahlkommission".

In Liegnitz war in einem Wahllokal keine Wahlzelle aufgestellt. Vor dem Tisch, an dem der Wahlvorstand sass, stand ein kleiner Tisch, auf dem ein Bleistift lag. Der Wähler musste auf diesen Tisch vor den Augen des gesamten Wahlvorstandes abstimmen. Längs der Wand stand ein SA-Spalier, vor dem Wahllokal stand eine Gruppe der Hitler-Jugend.

Wer am Wahltage mit der Bahn wegfuhr, wurde von den Bahnbeamten gefragt, ob er schon gewählt habe. In Günthersdorf fuhren zwei Bibelforscher am Wahltage fort, um nicht zur Wahl gehen zu müssen. Sie wurden den ganzen Tag von SA und Polizei auch in der Umgebung gesucht. Am Montag wurden beide verhaftet. - Der katholische Pfarrer von X. ist zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er zur Wahl das befohlene Flaggen nicht ausgeführt hat. Die Bestrafung erfolgte, obwohl der Pfarrer nachweisen konnte, dass er von X. abwesend war.

3. Bericht: (Oberschlesien) Der "Sieg des Führers" hat nicht überrascht, weil man schon vor der Wahl wusste, dass - wie aus Kreisen der SS und SA berichtet wurde - weniger als 93% nicht herauskommen durften. Die noch des Nachts bekanntgegebenen Resultate wurden gleichgültig hingenommen und Extrablätter fanden fast keine Abnehmer. Die Arbeiter, die sich in den Morgenstunden zu ihren Werkstätten begaben, belächelten das Ergebnis, da man hier in allen Kreisen der Meinung ist, dass für Hitler höchstens 35 bis 40% der Stimmen abgegeben worden sind. Wie aus Nazi-Kreisen berichtet wird, wurden Stimmzettel als gültig erklärt, auf denen "Blutsauger, Mörder und Erpresser" geschrieben war, was der Vorsitzende der Wahlkommission damit erklärte, dass der Wähler damit die "Friedensstifter" gemeint habe, und deshalb für Hitler stimme. Selbst in den Kreisen der SA ist man der Meinung, dass dem Sieg kräftig nachgeholfen wurde. Das Ergebnis ist mit grossem Gleichmut aufgenommen worden, aber auch mit Bemerkungen, dass nunmehr Hitler einen Freibrief für die Kriegserklärung habe.

Sachsen, 1. Bericht (Bez. Zittau-Bautzen): Alle Wähler, die nicht unbedingte Anhänger der Nazis sind, sind mit einem gewissen Angstgefühl zur Wahl gegangen. So berichtet ein Genosse, dass er sich zu Hause vorgenommen hatte, gegen Hitler zu stimmen, als er jedoch in das Wahllokal kam und die SS-Leute, die das Wahllokal füllten, sah, habe er für Hitler gestimmt.

Weiter wird mir berichtet, dass ehemalige Marxisten an der Urne vom Wahlvorsteher gefragt wurden, ob sie für Hitler gestimmt haben. Ein Wahlvorsteher hat vier Mann, die schon einmal im Konzentrationslager waren, mit ihrem Wahlumschlag zur nochmaligen Ueberprüfung ihres Stimmzettels in die Wahlzelle zurückgeschickt. Zwei Mann haben ihren Stimmzettel an der Urne vorgezeigt; sie hatten für Hitler gestimmt. Den anderen hat man neuerdings Sachsenburg angekündigt. Im allgemeinen glaubt man nicht an die Wahlresultate.

2. Bericht (Bez. Dresden): Soviel man auch von den Ja-Stimmen abzustreichen hat, so bedeutet das Ergebnis der Wahl doch faktisch die Zustimmung der weitaus überwiegenden Mehrheit des Volkes zur Rheinlandbesetzung und zu den Massnahmen des Regimes "gegen Versailles und Locarno".

Die jedes Mass überbietende "Wahlpropaganda" hat das ihrige dazu beigetragen. Sie beherrschte nicht nur die Presse, das Radio, die Strasse und alle Veranstaltungen, sondern auch die Schule. In Dresden wurden in vielen Volksschulen sogar den Kindern des 4. und 5. Schuljahres Aufsatzthemen gestellt, die sich auf die Wahl bezogen. Sie lauteten beispielsweise: "Was bedeutet die Wahl am 29. März?" oder "Was hat der Führer für die Schule geschaffen?" oder "Was verdanken wir dem Führer?", wobei jeder neuangelegte Kinderspielplatz, jede Neuanschaffung an Lehrmitteln und dergleichen als Verdienst des "Führers" zu schildern war. Die Schulkinder mussten Wahlplakate und Wahlparolen zeichnen und malen, mit denen sämtliche Schulfenster beklebt wurden. Zum Beispiel mussten die Kinder einen grossen Mann malen mit der Unterschrift: "Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932" und daneben einen winzigen kleinen Mann mit der Unterschrift: "Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1936".

Eine Woche vor der Wahl wurden im Dresdner Gebiet sämtliche Privatautos von SA- und SS-Patrouillen angehalten und die Insassen an Ort und Stelle gezwungen, die Autofenster mit Wahlplakaten bekleben zu lassen, die bis zum Wahltag nicht entfernt werden durften. Am Wahltag selbst wurden sämtliche Privatpersonenautos zum Wahlschleppdienst herangezogen. Eine Weigerung war unmöglich.

Im Arbeitsamt Dresden klebten auf allen Treppen und Gängen Plakate mit der Aufschrift: "Der Führer gab Euch die Ehre wieder! Gib Du ihm Deine Stimme!" Natürlich rief das Plakat unter den dort aus- und eingehenden Arbeitslosen Spott und Unwillen hervor.

Einem besonderen Druck wurden in Dresden die Leute wegen

des Gemeinschaftsempfanges der Hitlerreden ausgesetzt. Es wurde Haus für Haus bestimmt, welche Mitbewohner des Hauses ein Radiobesitzer zum Mithören in seine Wohnung zu nehmen habe bzw. zu welchem Radiobesitzer die Hausbewohner, die keinen Radioapparat haben, zu gehen hatten. Es wurde auch angedroht, dass die strikte Befolgung dieser Anordnungen kontrolliert werden würde. In einzelnen Fällen wurde den Radiobesitzern, wenn sie etwa sagten, ihre Wohnung sei zu klein, zugemutet, ihren Radioapparat im Treppenhaus aufzustellen und die Zuleitung auf eigene Kosten entsprechend zu verlängern. Einzelne Genossen erzählen mit vielem Behagen, welche List aufgeboten wurde, um diesen Anordnungen ein Schnippchen zu schlagen; man hat dabei aber auch den Eindruck, dass sich der Widerstandswille vieler Gegner des Regimes auf solchen kleinen Schabernack beschränkt.

Acht bis zehn Tage vor der Wahl wurden in Dresden in alle Häuser besondere Hauslisten gebracht, in die sich die Wahlberechtigten einzutragen hatten. Auf Grund dieser Listen wurde dann die Erfüllung der praktisch durchgeführten Wahlpflicht auch hausweise kontrolliert.

In Dresden war die Zahl der Wahllokale bedeutend vermehrt worden. Trotzdem herrschte infolge der starken Wahlbeteiligung stundenweise ein so grosser Andrang, dass die Leute zeitweise vor den Wahlzellen Schlange standen. In einem Wahllokal in Niederschütz bei Dresden war die gegen das Fenster angebrachte Wahlzelle mit so dünnem Stoff verhängt, dass man beobachten konnte, was der Wähler in der Wahlzelle tat. In einem Wahllokal in X. sah eine als "verdächtig" geltende Wählerin, dass der Wahlobmann, der die Kuverts abnahm, das ihrige zwar in den Schlitz der Urne steckte, aber nicht hineinfallen liess, sondern es am Rande festhielt und gegen die Kante des Urnenschlitzes drückte in der erkennbaren Absicht, das Kuvert durch einen Fingernagelkniff zu kennzeichnen. Inzwischen nahm er schon dem nächsten Wähler das Kuvert ab. Die Wählerin blieb stehen und fragte, ob mit ihrem Kuvert etwas nicht in Ordnung sei. Erst daraufhin liess der Obmann das Kuvert in die Urne fallen.

In Zschachwitz bei Dresden wurden bei der Auszählung 89 Prozent Ja-Stimmen gezählt. Da das dem Bürgermeister wohl zu wenig erschien, rief er bei der zuständigen Stelle an, wie er die unbeschriebenen und nicht mit einem Kreuz versehenen Stimmzettel behandeln solle. Er bekam den Bescheid, dass diese Stimmen als gültige Ja-Stimmen zu zählen seien. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Ja-Stimmen auf 96 Prozent.

In einem Dorfe bei Grossenhain i. Sa. gab es keine Wahlzelle. Den Wählern wurde erklärt: "Wir sind ja doch alle einig und können das gleich so erledigen."

Interessant ist, dass zwar die allgemeine Meinung die Rheinlandbesetzung für berechtigt hält, dass aber dieselbe allgemeine Meinung nicht an die Richtigkeit der bekanntgegebenen Wahlziffern glaubt.

In Chemnitz wurde des Nachts eine Plakatsäule mit dem überlebensgrossen Hitlerbilde mit Tinte begossen, in Freiberg wurden die Plakatsäulen mit Lehm beschmiert, aus Zwickau werden Fälle berichtet, in denen die Plakate in der Nacht herabgerissen und beschmutzt worden sind. In Dresden sind die Plakate sogar nachts überklebt worden. Die Zeitungen haben im allgemeinen über solche Vorfälle nichts berichtet, man hat stillschweigend und schnell den Schaden behoben und forscht eifrig nach den Tätern.

3. Bericht (Dresden): Kein Wahlfieber, keine Spannung war zu beobachten. Schon bei der Ausschreibung der Wahl stand für alle fest, dass das Ergebnis ja sowieso über 90% Ja stimmen sein wird. So waren alle dem Wahlkampf gegenüber gleichgültig. Trotzdem bemühte sich das System, wenigstens die Fiktion eines Wahlkampfes aufrecht zu erhalten. Zettelstreuen, Kleben, Aufhängen von Transparenten, Malen usw. wurde von der SA und Hitler-Jugend bei Nacht besorgt und dabei genau so vorgegangen und die Arbeit genau so "gesichert" wie 1932. Ein SA-Mann, auf die Unsinnigkeit dieses Verfahrens hingewiesen, da es doch keinen politischen Gegner und keine hindernde Polizei mehr gibt, erklärte, dass sei eben ihr Wahlkampf und das Volk würde ganz anders mitgerissen, wenn es früh schlagartig die Propaganda zu Gesicht bekommt. So kam der Wahlsonntag und alles wollte sich möglichst bald der Pflicht entledigen, um rasch in den Besitz der Plakette zu kommen und dadurch vor Belästigungen gesichert zu sein. Die Wahl selbst ist in fast allen Wahllokalen Dresdens geheim gewesen. Die Wähler wurden von den Wahlbeamten direkt in die Zelle gewiesen. Als der Berichterstatter z.B. seine Stimme ausserhalb der Zelle am Kontrolltisch abgeben wollte, wurde er vom Wahlvorstand mit den Worten aufgefordert: "Gehen Sie nur in die Zelle rein, soviel Zeit haben Sie schon." Trotzdem glaubt man allgemein, dass die Nazis irgend eine ausgekochte Methode hatten, mit der sie die Stimmabgabe in der Zelle kontrollieren konnten. Auf das Ergebnis ist niemand gespannt gewesen und die sonst üblichen Strassen- oder Gasthausdiskussionen oder Strassenansammlungen vor Zeitungen usw. am Abend der Wahl blieben diesmal aus.

Die Wähler erhielten nach vollzogener "Wahl" folgende Wahlplakette (Original aus Weissblech):



Ausserdem wurde jedem das nachstehende "Gedenkblatt" ausgehändigt:



4. Bericht (Dresden): Das Ergebnis glauben selbst die Nazis nicht. Es erscheint sogar ihnen als zu plumpe Fälschung. Da sind unsere Betriebsnazis immerhin noch von der gläubigsten Sorte! - In einem Dresdener Metallgrossbetrieb kam es zu einer Auseinandersetzung mit den Propagandisten. Sie wurden einfach mundtot gemacht und eine anschliessende Schlägerei konnte nur durch ihr Zurückweichen vermieden werden.

An die Betriebe und die Betriebsvertrauensleute richtete die Deutsche Arbeitsfront ein Schreiben, in welchem angeraten bzw. angeordnet wurde, dass bei künftigen Entlassungen die

Nichtwähler den Vorzug haben müssten! Der Betriebsführer eines grossen Betriebes gab aber dem vorsprechenden Betriebsobmann (Nazi) eine sehr deutliche Antwort: "Wir brauchen im Betriebe Arbeiter! Die Wähler gehen uns nichts an!"

Der Polier der Firma war zur Wahl als neutraler Wahlhelfer bestellt worden und hat seinen Dienst im Wahllokal in der ...strasse gemacht. Er erzählte, dass alle Stimmzettel als gültig gezählt worden sind, auch wenn das Feld mit dem Kreuz herausgerissen worden war. Der Versuch, den Stimmzettel auf diese Weise ungültig zu machen, ist offenbar auf die Parole einer bestimmten Gruppe zurückzuführen.

Mein Wahllokal lag in dem Arbeiterviertel Dresden - X. Die Wahlzelle war nur ein "Schein". Man konnte sich bei dem Andrang und Schlangestehen nur mit dem Rücken gegen die Nachfolgenden und Umstehenden decken.

Im Arbeiterviertel Dresden - Y. haben drei Bekannte aus einem Hause anstatt der Stimmzettel gleichgrosse weisse Zettel, die sie mitgebracht hatten, in den Umschlag gesteckt und die amtlichen Stimmzettel mit nach Hause genommen. Trotz dem verzeichnet das amtliche Wahlergebnis keine ungültigen Stimmzettel!

5. Bericht (Bezirk Dresden): Diesmal hat man bezeichnenderweise die "Wähler" darüber völlig im Unklaren gelassen, wie zu verfahren war, wenn der Wähler mit Nein stimmen oder den Stimmzettel ungültig machen wollte. So ist bei unzähligen Wählern die Auffassung entstanden, dass der, welcher gegen die Liste ist, eben kein Kreuz zu machen hat. Offenbar sind solche unausgefüllten Stimmzettel als gültige Ja-Stimmen gerechnet worden. In meinem Dorf verzeichnet z.B. das amtliche Ergebnis fünf ungültige Stimmen. Der Naziortgruppenleiter unseres Ortes hat aber nach der Auszählung den Ausspruch getan: "76 haben dagegen gestimmt, wenn wir die Schweine rauskriegen, müssen sie an die Wand gestellt werden!" Also müssen 71 Stimmzettel berichtigt worden sein, denn nur die oben erwähnten 5 Zettel sind als "dagegen" amtlich erwähnt worden. Diese 76 Nein-Stimmen aber bedeuten 10% der Wahlberechtigten in meinem Ort.

In X. bei Pirna a.d. Elbe (200 Einwohner) sind nachweisbar zwei Nein-Stimmen abgegeben worden. Das Resultate ist aber ohne Nein-Stimmen herausgekommen. Ein ehemaliger Nazi, welcher behauptete, ebenfalls mit Nein gestimmt zu haben, hat in der Betrunkenheit im Ort herumgebrüllt: "Die Lumpen haben meine Neinstimme unterschlagen!" Der Mann ist verhaftet worden.

Bericht von einem Wahlhelfer aus Y. (5.000 Einwohner): Bei der Auszählung wurden auf Anordnung auch die nicht angekreuzten Stimmzettel als Ja-Stimmen gezählt. Dieses Verfahren

wurde mir von einem politischen Leiter aus dem Nachbarort bestätigt. Nur so ist die grosse Zahl von Ja-Stimmen möglich gewesen. Die Wahlberechtigten sind also glatt irreführt und betrogen worden. Als Nein-Stimmen wurden nur solche Zettel gezählt, die vollständig durchgestrichen waren oder auf die "Nein" geschrieben war. Ein Jeder war der Meinung, die Abgabe eines leeren Zettels sei eine Nein- oder mindestens eine ungültige Stimme.

In Z. sind die unbeschriebenen Stimmzettel wie auch anderwärts als gültige Stimmen gezählt worden, womit sich das fast 100-prozentige Wahlergebnis für Hitler in diesem Ort erklärt. Das Ergebnis dieser Wahl ist bei der Arbeiterschaft und bei weiten Teilen des Bürgertums nicht recht ernst genommen worden.

In Freiberg i. Sa. (35.000 Einwohner) wurde für die Krankenhäuser usw. ein "fliegender Wahlbezirk" gebildet. In diesem Bezirk findet sich unter 478 abgegebenen Stimmen bezeichnenderweise keine einzige ungültige! Ebenso haben in der Amtshauptmannschaft Freiberg 100% "für den Führer" gestimmt: Grossvoigtsberg (588 Stimmen), Krummenhennersdorf (488 Stimmen) und Kleinhartmannsdorf (436 Stimmen).

Westsachsen, 1. Bericht (Chemnitz und Erzgebirge): Innerhalb der Arbeiterschaft galt die Parole, leere Stimmzettel abzugeben. Das Resultat nimmt niemand ernst, nicht einmal die Nationalsozialisten. Keiner glaubt an eine ordnungsgemässe Abstimmung. In einem Vorort von Chemnitz sind 10 Neinstimmen zugegeben worden. Am anderen Tag trug die Hitler-Jugend ein Transparent herum mit der Aufschrift: "Helft uns, die Volksverräter ausfindig machen."

In einem Gut in Hohendorf bei Chemnitz hat man durch Schriftproben den Wähler, der immer gegen Hitler stimmte, ausfindig gemacht und verhaftet.

Die Firma Louis Bahner, Textilwerke in Hohenstein-Ernstthal, hat eine Woche vor der Wahl in ihrem Betriebe folgende Bekanntmachung erlassen: "Wer sich an den festgesetzten Wahlkundgebungen nicht beteiligt, ist nicht wert, ein Deutscher zu sein. Er muss deshalb mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle rechnen."

Am 26. März, abends 1/2 11 Uhr wurde im Klingenthaler Bezirk plötzlich die SA alarmiert, weil an diesem Abend in Brunnödra, Georgenthal und Sachsenberg unsere Aufrufe für die Reichstagswahl "Für Deutschland gegen Hitler" verteilt worden sind. Die Grenze zwischen Klingenthal und Aschberg wurde vollkommen abgeriegelt, um ein Entkommen der Verteiler unmöglich zu machen. Erst gegen 1/4 4 Uhr morgens wurden die Leute wieder entlassen. Die Flugblattverteiler wurden nicht erwischt.

In einer Wahlversammlung in Oelsnitz i. E. erklärte der sächsische Wirtschaftsminister Lenk, dass die Arbeiter unter

dem nationalsozialistischen Regime höhere Löhne bekommen als vorher. Daraufhin äusserte ein Arbeiter, dass er früher mit einer Wurstbemme in den Schacht gegangen wäre und seit 1934 nur Zucker und Brot mitnehmen könnte. Ob denn dies die besseren Lebensbedingungen wären. Dieser Arbeiter wurde auch von anderen Arbeitern unterstützt. Er und ein anderer Arbeiter wurden verhaftet.

Aus zwei Wahllokalen in Annaberg i.E. wird berichtet, dass dort zwar Wahlzellen vorhanden waren, dass aber die Zellen keine Vorhänge hatten und sie so standen, dass die offene Seite vom Wahlvorstandstisch aus beobachtet werden konnte. Die Wähler wurden in diese Zellen hineingewiesen. Es war also keine Möglichkeit gegeben, den Stimmzettel zu zerreißen. Denn ein völlig durchstrichener Zettel oder sonst irgend ein durch Striche gezeichneter Zettel wurde als Ja-Stimme gewertet. Darauf wurden die Wähler gleich aufmerksam gemacht, dass nur zerrissene Wahlzettel als ungültige Stimme zählen.

In Annaberg hatte die Wahlpropaganda der NSDAP eine ungeheuerere Wirkung. Und als abends zum Gemeinschaftsabend der SA., der seit langer Zeit wieder einmal stattfand, die Wahlergebnisse durch Radio bekannt wurden, war ein ungeheurer Jubel zu verzeichnen. Bei der Bekanntgabe von Neinstimmen ertönten stürmische Pfuirufe.

Schmalzgrube i.E. ist ein kleiner Ort und liegt direkt an der Grenze, hat ca. 100 Wähler und war früher fast rein kommunistisch. In diesem Ort hatte sich die jetzt wahrscheinlich immer noch kommunistische Opposition verabredet, Neinstimmen abzugeben. Das ist scheinbar den Behörden zur Kenntnis gelangt und der kleine Ort wurde deshalb in acht Wahllokale geteilt, so dass auf jedes Wahllokal nur 10 bis 12 Wähler kamen. Als Wahlergebnis wurden 100% Ja-Stimmen publiziert. In der Einwohnerschaft aber hält sich die Behauptung, dass 30 Nein-Stimmen abgegeben worden sind.

In Bärenstein, Niederschlag, Kretzschan, Sehma und fast allen Orten nahe der Grenze waren Wahlzellen vorhanden. Doch befand sich aussen am Eingang der Zelle ein grosses Plakat mit den Worten: "Wer seine Stimme in der Wahlzelle abgibt, ist ein Volksverräter." Dieses Plakat hat natürlich auch die erwartete Wirkung auf die Wähler ausgeübt und die Resultate waren 100% mit Ja.

(Limbach i.Sa.): Auch diesmal wurde die Propaganda nur von der NSDAP und ihren Gliederungen besorgt, während die Masse daran überhaupt keinen Anteil hatte. In den Häusern erschien einfach ein SA-Trupp und erklärte den Mietern, dass da und dort so und soviel Plakate hinhängen. Die SA liess die entsprechende Anzahl da, der Empfang musste bestätigt werden und das Material an Fenster, Türen usw. "freiwillig" zur Schau gestellt werden. Jeder, der nicht Gefahr laufen wollte, Schwierigkeiten zu haben, kam selbstverständlich

dieser Aufforderung nach. So war das "Volk" an der Propaganda beteiligt. Die SA klebte, streute und malte in der Nacht. Die von dem Regime gestellte Parole ist demagogisch. Wer wählte, wollte der Rheinlandbesetzung zustimmen, aber nicht dem Reichstag und damit der Innenpolitik der Nazis. Aber die Propaganda täuschte über den wahren Zweck so, dass es nur wenige erkannten. Gewiss fühlte das auch die Arbeiterschaft, der Mittelstand und auch das Bürgertum rein instinktiv. Aber leider bemühen sich nur wenige, in das Labyrinth der Propagandalügen und in die Dialektik des Regimes einzudringen und nehmen alles als unabänderlich hin und schicken sich drein. Die Wahl selbst wurde in einer normalen Zelle vorgenommen. Trotzdem ist man von einer Kontrollmöglichkeit überzeugt. Die Einschüchterung ging soweit, dass gerade die grössten Meckerer versuchten, ihre Stimme ausserhalb der Zelle, vor den Augen des Wahlvorstandes, abzugeben, um gegen eventuellen Terror nach der Wahl geschützt zu sein. Dazu kam noch, dass in den Wahllokalen eine Menge SA- und SS-Leute in Uniform herumstanden, so dass eine Atmosphäre der Aengstlichkeit herrschte. Ausserdem hielt man die Abgabe von Neinstimmen für zwecklos, da ja sowieso das Wahlergebnis entsprechend gefälscht wird.

2. Bericht (Bezirk Zwickau): Die offizielle, aber auch inoffizielle Wahlpropaganda bediente sich im Bezirk zwar keiner neuen Mittel, erfuhr aber doch eine ungeheuere Steigerung und war so lärmend und tönend, so stark auf Druck eingestellt, dass tatsächlich alles bisher dagewesene noch überboten wurde. Kundgebungen, Grossaufmärsche, Betriebsappelle, dazu Einwohnerappelle in den kleineren Ortschaften, nahmen kein Ende. Vom kleinsten Skatclub über die Grossmütterchenvereine bis zur Wehrmacht wurde alles bis zum Kotzen von Wahlpropaganda geschüttelt. In allen Vereinen, wie Sport-, Gesangs-, Gartenvereinen usw., in den Schulen, beim Luftschutz, kurz überall, gab es kein anderes Thema als: "Deine Stimme dem Führer".

Es gab keinen Winkel, wo nicht Plakate und Transparente angebracht waren, wo nicht die SA, HJ, BdM, die Pimpfe mit ihren Kampfmärschen und Sprech-Chören Reklame machten. Nirgends war man vor den Blockwarten und dem grossen Heer der Wahlhelfer sicher. Transparente riesengross wurden überall aufgespannt. In Schneeberg i.E. war an der Wolfgangskirche ein 35 Meter langes Transparent angebracht worden mit folgender Inschrift: "Kirche im Grenzland steht treu zum Führer." Ein 30 Meter hohes Transparent, auf dem ein SA-Mann und ein Soldat mit der Nazifahne aufgemalt und das beschriftet war: "Der Führer gab uns die Wehrfreiheit" wurde u.a. in Aue aufgestellt. Allein der Kopf einer aufgemalten Figur hatte einen Durchmesser von 1 1/2 Meter. Solche Riesenplakate gab es neben kleineren überall. Lichtsäulen und Kästen, die des Nachts erleuchtet waren, warfen auch in die stillen Nachtstunden die irrsinnigsten Propagandasprüche des braunen

Systems. An den Schulen wurden grosse Inschriften angebracht, auf denen die Kinder sozusagen die Eltern auffordern mussten, für die Zukunft ihrer Kinder am 29. März dem Führer die Stimme zu geben. Die Pimpfe bauten Wahlwürfel, die dann auf öffentlichen Plätzen aufgestellt und von den Pimpfen bewacht werden mussten. Um auch die braune Prätorianerromantik zu ihrem Recht kommen zu lassen, wurden zu mitternächtigen Stunden am Vorabend des 29. März neue SA-Leute, die aus der Hitler-Jugend in die SA übernommen worden sind, bei Fackelschein und dem übrigen Klamauk vereidigt. Als Hitler in Leipzig sprach, wurden von den Zwickauer NSDAP-Formationen gegen 500 Mann nach Leipzig transportiert und von den Parteigenossen ein grosser Schub per Sonntagsfahrkarte, die für diesen Wochentag extra Gültigkeit erlangten, befördert. Dasselbe wurde gemacht, als der Stellvertreter des Führers, Hess, in Plauen sprach.

In Schwarzenberg marschierten an einem Tag alle Naziformationen nach dem Thingplatz, wo der Standortälteste, Sturmführer Behrensmeyer, eine Ansprache hielt und anschliessend 500 Luftballons von der Hitler-Jugend losgelassen wurden, die folgende Aufschriften trugen: "Das Grenzland Erzgebirge steht treu zum Führer, und Du, FINDER auch! "

Zur Wahl selbst ist nicht viel zu sagen. Die Wahlkommissionen setzten sich aus sorgfältig ausgesuchten und nur unbedingt zuverlässigen Nazis zusammen. Die ganze Gesellschaft sass in Uniform im Saal. War schon durch das Herumlaufen der Nazis in Uniform in den Tagen vor der Wahl grosse Angst gezüchtet worden, so ängstigten sich selbstverständlich erst recht viele Wähler, als sie die Uniformierten im Wahllokal erblickten. Mancher, der mit dem festen Vorsatz zur Wahl ging, den Zettel unbedingt ganz ungültig zu machen, begnügte sich im letzten Augenblick damit, den Zettel unbeschrieben abzugeben. Im allgemeinen entstand schon vor der Wahl angesichts der ungeheueren Reklame in breiten Volksschichten die Meinung: dass die Abstimmung ausfallen möge wie sie wolle, am Ende rechnet Goebbels doch 99% für den Führer heraus. Es ist noch nie mit einer solchen Gleichgültigkeit einer Wahl entgegengegangen und ihr Ergebnis zur Kenntnis genommen worden wie am 29. März 1936.

Von Naziwahlhelfern, die bei den Stimmenauszählungen selbst dabei waren, wird erzählt, dass in einer ganzen Reihe von Wahllokalen statt der amtlichen Stimmscheine Schulstundenpläne und Warenkaufhauszettel in den Umschlägen waren.

Zu Verhaftungen von "Volksgenossen" ist es bereits während des Wahlkampfes gekommen. In verschiedenen Bezirken und Ortschaften sind Wahlplakate abgerissen gewesen, so dass SA- und Polizei eingesetzt wurde, um der Täter habhaft zu werden. Leider sind auch zwei Reinsdorfer Einwohner von den braunen Häschern erwischt worden, als sie im Begriffe standen, Wahlplakate abzureissen. Sie wurden sogleich in Haft genommen. In Chemnitz ist ein 33jähriger Rudolf Quaas vor das Schnellgericht gestellt und wegen Entfernung von Wahl-

plakaten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In einigen Ortschaften des Erzgebirges haben sich nach dem 29. März auch Denunzianten gefunden, die Volksgenossen hinter die schwedischen Gardinen bringen wollten, weil diese ihre Stimme nicht dem Führer gegeben haben. Diese denunzierten Volksgenossen wurden auf die Bürgermeisterämter bestellt und sehr gründlichen Verhören unterzogen. Da es ihnen aber in fast allen Fällen gelang, die Denunziationen zu entkräften und schliesslich der Nachweis, dass sie tatsächlich gegen den Führer gestimmt haben, oft schwer zu führen ist, es sei denn, dass sie sich selbst verrieten, mussten sie wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Solche Fälle haben sich besonders in Aue-Schwarzenberg und einigen kleinen Gebirgsdörfern ereignet.

Wie die Wahl gemacht wurde, lehren auch die Wahlausschreibungen einiger Stadtverwaltungen. So hiess es in der Ausschreibung der Stadt Aue u.a.:

"Die Stimmabgabe bei der Reichstagswahl erfolgt am besten in der Weise, dass der Stimmberechtigte auf den Stimmzettel in den dafür vorgesehenen Kreis ein Kreuz einträgt."

Die Stadt Kirchberg verlautebarte:

"Der Wähler kennzeichnet den Stimmzettel am besten in dem dafür vorgesehenen Kreis durch ein Kreuz oder durch Unterstreichen."

In der Stadt Planitz hiess es:

"Auf dem Stimmzettel hat der Wähler durch ein angebrachtes Kreuz oder anderer Weise kenntlich zu machen, dass er dem Wahlvorschlag seine Stimme geben will."

In Jöhstadt lautete die Bekanntmachung:

"Der Wähler macht durch ein in den Kreis gesetztes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich, dass er dem Wahlvorschlag seine Stimme geben will."

Diese Bekanntmachungen liessen die Möglichkeit offen, jeden Stimmzettel als gültige Ja-Stimme zu zählen. Ob Kreuz oder nicht Kreuz, ob angestrichen oder durchgestrichen, alles ist als Ja-Stimme gezählt worden. Und dass die Wahlvorsteher ungehindert in dem Sinne fungierten, erklärt allein schon die Tatsache, dass überall eben nur ganz echte Nazis die Ämter versahen.

In den Papierfabriken der Firma X. in Y. wurde alles getan, um dem Führer einen grossen Sieg zu bereiten. Den Systemgegnern wurde ganz offen mit dem Verlust der Arbeitsstelle gedroht. Trotzdem mussten in unserem Ort (2.500 Einwohner) 56 Nein-Stimmen zugegeben werden. Am 30. März zog die Hitler-Jugend durch den Ort mit Transparenten: "Helft uns alle mit, die 56 Vaterlandsverräter zu ermitteln, um sie zu Bürgern des Dritten Reichs zu erziehen." In Nazikreisen

herrscht grosser Hass gegen die Gegner. Die Witwe eines Beamten, die gute Pension bezieht, erklärte einem ihrer Bekannten mit schäumendem Mund, dass die Leute, welche heute immer noch den uns von Gott gesandten Manne ihre Stimme versagen, ins Konzentrationslager gebracht werden müssten. Sie kenne solche Leute, doch täte ihr die Kinder leid, sonst hätte sie sie schon längst angezeigt.

3. Bericht (Vogtland): Es wurde festgestellt, dass bei den Wahlen am 29. März im gesamten oberen Vogtland sämtliche unbeschriebenen Stimmzettel als für Hitler abgegeben galten. Dasselbe war mit zerrissenen Stimmzetteln der Fall. Nur ausdrücklich mit Nein beschriebene Zettel waren ungültig.

(Markneukirchen): Hier wurden zerrissene und unbeschriebene Stimmzettel zu den Ja-Stimmen gezählt. Im Wahlbezirk X. waren allein 16 Stimmzettel zerrissen und eine grosse Menge unbeschrieben. Der Beobachter war nicht in der Lage, die unbeschriebenen Zettel zu zählen, da er an den Abstimmungstisch nicht so nahe heran konnte. Der Abstimmungsleiter hat die unbeschriebenen Stimmzettel einfach mit Ja verlesen, wie er dies von vornherein mit der Wahlkommission besprochen hatte.

In einer Betriebsversammlung der Firma X. sagte der Reichstatthalter Mutschmann: "Wer zum Wahltag mit Nein stimmt, der solle seine Koffer packen und in die Tschechoslovakei gehen. Hier wäre auf jeden Fall kein Platz mehr für solche Leute.

(Oelsnitz i.V.): In der Nacht vor der Wahl wurden alle Plakate heruntergerissen oder mit Zetteln überklebt: "Gebt Thälmann frei!" Auf dem Fussteig in einer Strasse war, nachdem man den Untergrund rot gestrichen hat, mit weisser Oelfarbe geschrieben: "Wir wählen morgen Thälmann."

In W. wohnt der Invalid K., welcher schon das zweite Mal im Konzentrationslager Sachsenburg inhaftiert war. K. wurde erst vor Weihnachten wieder entlassen. Am Wahltag ging nur seine Frau und Tochter zur Wahl. Da K. infolge der Misshandlungen im Konzentrationslager an zwei Stecken geht, lehnte er die Teilnahme an der Wahl ab. Zufällig wurden in W. nur zwei Neinstimmen abgegeben. Die Nazis behaupten nun, diese beiden Neinstimmen könnten nur von der Frau und Tochter des K. stammen. Es wurden bei K. in der folgenden Nacht die Fenster eingeworfen.

4. Bericht (Leipzig): Ueber das Wahlresultat wird sehr gelacht. Niemand glaubt die offiziellen Ziffern. In der Zeitzerstrasse wurden zuerst mehr Ja-Stimmen gezählt, als Wähler vorhanden waren. In den Krankenhäusern überreichte man den Kranken die Stimmzettel zum Teil bereits kuvertiert. Am Auszählen nahmen nur ganz ausgesiebte Pgs. teil. Als "Ja" wurde schlechthin alles gezählt, sogar ein Stimmzettel, auf dem zu lesen war: "Alles andere eher als Hitler."

Es werden allerhand Witze über die Wahl erzählt.
 SS-Mann: Haben Sie schon gewählt? - Volksgenosse: Da ich leider keine Wahl habe, selbstverständlich nur den Führer.
 Goebbels soll eine Professur für "angewandte" Mathematik bekommen, weil er sich so gut ver - rechnen kann.

Nordbayern, 1. Bericht (Oberpfalz): Die Wähler wurden wie die Schafe aus der Hürde geholt. Die Blockwarte drängten alles am Vormittag des Wahltages schon zur Wahl. So wurde erreicht, dass die Wähler im Wahllokale Schlange stehen mussten. Die Wahlzelle stand abseits. SA-Leute lenkten die Schlange der Wähler vom Eingang des Wahllokals direkt zum Tisch des Wahlvorstandes, bei dem die Urne stand. Dabei wurde von Nazis immer wieder erklärt: "Wer Hitlers Friedenspolitik nicht bejaht, ist ein Volksverräter!" Was mit Volksverrättern geschieht, weiss ein jeder, die Blockwarte haben es ausserdem deutlich in den Wohnungen zu verstehen geben, dass derlei Volksverräter nach Dachau gehören. Wer aber kein Volksverräter sein will, der kann auch offen abstimmen. Wer einmal in der Schlange der Wähler im Wahllokal stand, getraute sich nicht mehr herauszutreten und etwa zur Wahlzelle zu gehen. So wurde Wähler um Wähler in der Schlange langsam weitergeschoben, bis er am Tische mit der Urne stand. Von Wahlgeheimnis also keine Spur. Das war am Vormittag des Wahltages. Wer nachmittags sozusagen als Einzelwähler kam, der wurde von soviel Nazi-Augen gemustert, dass er davon schon seinen Schreck bekommen konnte. Ein Fernbleiben von der Wahl war kaum möglich, denn bei Nichtbeachtung der Aufforderung der Schlepper machte man sich ja wieder zum "Volksverräter." Kranke brauchten überhaupt nicht zur Wahl zu gehen, man brachte ihnen den Stimmzettel in die Wohnung und nahm ihn dann angekreuzt wieder mit.

2. Bericht (Oberfranken): In der Stadt X. wurden die Arbeitslosen, einschliesslich der Wohlfahrtserwerbslosen, beim Rathaus gesammelt und mussten geschlossen zu dem Lokal marschieren, in dem die Uebertragung der Hitlerrede aus Essen stattfand. Die Blockwarte kamen in alle Wohnungen und erklärten, wer diesmal nicht wähle, der gehöre nach Dachau. Durch Kontrollkarten wurden die Wähler zur Teilnahme an den Wahlkundgebungen gezwungen. Ausserdem war während solcher Wahlkundgebungen noch ein örtlicher Streifdienst eingerichtet, um festzustellen, ob jemand der Kundgebung ferngeblieben war. Die Nazikreisleiter zitterten um ihre Stellung, falls das Wahlergebnis nicht nach Wunsch ausfallen würde. Und die politische Dummheit wurde insofern auf die Spitze getrieben, als man den Leuten erzählte, dass die Russen einmarschieren, wenn nicht alles für Hitler stimme. In vielen ländlichen Orten konnten die Wähler die Wahlzelle gar nicht benutzen, so dass es sich direkt um eine öffentliche Abstimmung handelte.

3. Bericht: (Südliche Oberpfalz und Niederbayern) Kein Mensch kann sich je auf eine solche Wahlpropaganda entsinnen. Die Bevölkerung des Bayerischen Waldes hat auch ihren Unwillen über die ungeheueren Geldverschwendung für diese Wahlpropaganda deutlich zum Ausdruck gebracht. Viele Landbewohner, besonders Bauern, haben geäußert, dass sie zu dieser Wahl gar nicht gehen, so ein Theater machen sie nicht mit usw. In dieser ursprünglichen Ablehnung wurde die Landbevölkerung erschüttert, als einige Tage vor der Wahl in grosser Aufmachung in den Naziblättern Stimmen katholischer Geistlicher, die für Hitler eintraten, abgedruckt wurden. (Für das Gebiet der Erzdiözese Bamberg hat der Erzbischof Hauck noch ein übriges getan und "für Deutschlands grosses Anliegen, Friede und Heil" am 28. März in allen Pfarreien Bittandachten mit 10 bis 15 Minuten Glockengeläute angeordnet.

In Vohenstrauß erhielten die Autobesitzer folgende Aufforderung: (siehe nächste Seite).

Am Wahltag setzte in den ersten Wahlstunden überall der Terror ein. Kein Mensch konnte sich der Wahlpflicht entziehen. Die Arbeiter mussten teilweise geschlossen, nach Betrieben geordnet, antreten. Dabei mussten die verheirateten Arbeiter gleich ihre stimmberechtigten Frauen mitbringen. Die Wahlschlepper mit Motorfahrzeugen waren sehr oft die Fabrikdirektoren, so dass die Wahlsäumigen schon wegen der Erhaltung der Arbeitsstelle zur Wahl gingen.

Nun glaubten die Leute, dass Stimmzettel, die gar nicht angekreuzt seien, einfach ungültig wären. Nach den Bekanntmachungen in der Presse musste man das ja auch so annehmen. Wäre dem so gewesen, so würden vielerorts keine 50 Prozent gültiger Stimmen für Hitler zu zählen gewesen sein. Dass viele nicht angekreuzte Stimmzettel abgegeben worden sein müssen, folgert man aus der grossen Wut, die viele Nazibonzen nicht verheimlichen konnten. So erklärt sich auch der scheussliche Terrorakt, der in der Gemeinde Ränkam (Bezirksamt Cham) nach der Wahl verübt wurde. In Ränkam waren ein 73-jähriger Bauer und seine Frau nicht zur Wahl gegangen. In der Nacht vom 29. auf den 30. März wurden ihnen sämtliche Fenster eingeschlagen, auch die Scheiben der kleinen Stallfenster. Der alte Bauer glaubte, wenn er aus der Wohnung herausgehe und Krawall mache, die Rohlinge zu verscheuchen, denn er hielt sie für halberwachsene Burschen. Er nahm zu seinem Schutze ein Stück Eisen mit. Aber der Bauer kam schlecht an. Er wurde niedergeschlagen, das Stück Eisen wurde ihm entrisen, damit wurde er über den Kopf geschlagen, so dass er mit einer Kopfwunde liegen blieb. Die herbeieilende alte Frau wurde ebenfalls niedergeschlagen. Man erzählt sich ganz offen, dass dieser Terrorakt vom jetzigen Nazibürgermeister in Ränkam angestiftet wurde, also sozusagen vom verantwortlichen Leiter der Ortspolizei.

N. S. K. K.

Vohenstrauß, am 22. März 1936.

Motorsturm 36/M 82

Standort: Vohenstrauß.

-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-0-

An alle Fahrzeugbesitzer des Kreises Vohenstrauß!

Durch den Generalbefehl des Gaues Bayerische Ostmark ist dem NSKK die Organisation der grossen Wahlpropagandafahrt, die am Tage vor der Abstimmung, am

S a m s t a g , d e n 28. M ä r z 1936

durch alle Orte unseres Heimatkreises führen soll, übertragen worden.

Ich rufe daher zu diesem grössten Wahlkampf aller Zeiten alle Kraftfahrzeugbesitzer auf, an der Propagandafahrt teilzunehmen. Es gilt mitzuhelfen, den 29. März 1936 zu einem Siegestag der Deutschen Nation zu gestalten. Es darf keinen Kraftfahrzeugbesitzer geben in unserem Heimatkreise, der nicht wenigstens einmal in diesem gigantischen Wahlkampf eine Propagandafahrt mitgemacht hat.

Deutscher Wagenbesitzer! Wenn Du jetzt in einem Kraftfahrzeug unbehelligt und angenehm auf guten Strassen Deiner Heimat fährst, dann denke daran,

dass Du dies alles Deinem Führer Adolf Hitler verdankst, jenem Mann, der Deutschland wieder frei, gross und stark gemacht hat. Nun bist Du an der Reihe, ihm Deinen Dank abzustatten.

Nun ruft Dich der Führer!

Kraftfahrer an die Front!

Sammelstelle für Fahrzeuge aller Art und Aufstellung zur Propagandafahrt:

Samstag, den 28. März 1936, Mittags 12 Uhr, Sportplatz, Vohenstrauß.

Transparente für Kraftwagen sind bei den Ortsgruppenleitern der NSDAP unentgeltlich zu beziehen. Jeder Wagen trägt Werbeaufschriften, Plakate oder Transparente.

N.S.K.K.-Motorsturm 36/M 82

gez. Max Bock
Kreisleiter.

m.d.F.b.
gez. C. L. S t a d l e r
Oberscharführer.

Der frühere Bürgermeister von Ränkam ging auch nicht zur Wahl. Um allen Behelligungen aus dem Wege zu gehen, verliess er am Wahltag morgens seine Heimatgemeinde Ränkam. Den ganzen Tag über wurde er von den Naziwahlschleppern gesucht. Sogar mit Motorrädern sind sie in die Nachbarorte gefahren, um ihn auszukundschaften. Als er dann abends, als die Wahlzeit herum war, nachhause ging, wurde er in Schutzhaft genommen.

In einer Fabrik schrieb ein Arbeiter auf einen alten Kesse "Am Sonntag jede Stimme für Hitler" Ein anderer Arbeiter wischte das weg, wurde von einem früher sehr lauten Kommunisten dabei beobachtet und denunziert, worauf er sofort

entlassen wurde, obwohl der Betriebsführer mit der Entlassung nicht einverstanden war.

4. Bericht: Bei uns sind die denkenden Nazis mehr betreten als vor der Wahl, von einer Hochstimmung ist schon gar keine Rede. Es sickert eben doch immer mehr durch, dass bei dieser Wahl viel mehr Stimmen gegen Hitler abgegeben wurden, als bei einer der früheren Wahlen. Wenn nur die richtig angekreuzten Stimmzettel als Ja-Stimmen gezählt worden wären, müsste es windig aussehen. In einer nordbayerischen Stadt sollte am Montag nach der Wahl eine Siegesfeier abgehalten werden, man hat aber davon abgesehen. Die Leute waren in einer Mentalität, als wenn sie erst einmal einen richtigen Rausch ausschlafen möchten. Jeder war froh, dass das Aufpulvern der Menschen, die immerwährende Propaganda endlich überstanden ist. Am Abend des Wahltages sassen in einer Wirtschafft, in der nur Nazis verkehren, kaufmännische Angestellte, Lehrer und Geschäftsleute, die sich zu den alten Kämpfern rechnen. Als die ersten Radiomeldungen mit Wahlresultaten kamen, rührte sich kein Gast, kein Nazis gab irgend ein Zeichen, an allen Tischen wurde weiter Karten gespielt, als wenn überhaupt nichts bekanntgegeben worden wäre. Es war eine Stimmung, die in ihrer monotonen Unbekümmertheit direkt unheimlich wirkte. Am Dienstag Abend nach der Wahl hat dann die Hitlerjugend einen Umzug durch einige Strassen der Stadt gemacht.

Der Terror zum Versammlungsbesuch war unerhört. Die Leute mussten Eintrittskarten kaufen und diese Karten in der Versammlung vorzeigen. In einer Familie waren drei Wahlberechtigte und ein kleines Kind. Da kam der Nazi-Mann mit den Einladungskarten zur Versammlung und erklärte: "So, in diesem Haushalt sind drei Wahlberechtigte, da sind drei Eintrittskarten, ich bekomme für jede Karte 10 Pf." Die Familie beteuerte, dass die drei Wahlberechtigten nicht in die Versammlung gehen können, da ja das kleine Kind nicht ohne Aufsicht gelassen werden könnte. Darauf der Nazi: "Das gibt es nicht, alle Drei müssen in die Versammlung, für das kleine Kind kommt für diese Zeit ein Bdm-Mädchen zur Aufsicht her." Der Familienvater erklärte, dass er auf diese Regelung nicht eingehen wolle. Darauf sagte ihm der Nazi, dass er doch Wohlfahrtsunterstützung beziehe und wer jetzt nicht zur gemeinsamen Sache stehe, der sei eben ein Vaterlandsverräter. Was sollten die Leute tun? Sie gaben das kleine Kind in eine andere Wohnung und gingen zur Versammlung.

Dass das Wahlresultate eine einzige grosse Fälschung ist, weiss man ja. Aber wie soll es auf die Wähler selbst wirken, wenn in einer bayerischen Stadt in einem Stimmbezirk ganze vier Neinstimmen gezählt wurden, und in einem einzigen Haus dieses Stimmbezirkens ganz bestimmt allein schon fünf Neinstimmen abgegeben wurden? Einige Wahlresultate sind so unmöglich, dass sich jeder Kommentar erübrigt. Es wurden z.B. abgegeben:

In den Bezirken:	Für den Führer:	Gegen die Liste:
Ansbach	22.528	16
Dinkelsbühl	15.461	3
Feuchtwangen	16.980	36
Gunzenhausen	20.559	27
Hersbruck	15.984	2
Neustadt a.A.	20.044	16
Rothenburg o.T.	12.305	13
Scheinfeld	11.483	8
Uffenheim	20.280	13
Weissenburg	18.376	14
Bayreuth	24.476	25
Coburg	26.241	22
Forchheim	19.220	17
Kulmbach	20.348	27
Naila	19.169	26
Rehau	14.012	22
Stadt Steinbach	10.467	6

In den Gemeinden:	Für den Führer:	Gegen die Liste:
Forchheim	7.117	-
Hersbruck	3.713	1
Dinkelsbühl	3.406	1
Floss	1.318	-
Etzenricht	1.082	-
Kemnath	1.034	-

5. Bericht: Bei uns (Kleinstadt mit 8.000 Einwohnern) war in der Woche vor der Wahl jeden Abend irgend ein Appell, einmal betriebsweise, dann wieder nach Alter und Geschlecht. Also heute die 25 bis 35 Jahre alten männlichen Einwohner, morgen die 35 bis 45 Jahre alten usw. Am Wahltage früh 6 Uhr Wecken durch die Hitler-Jugend, dann um 8 Uhr betriebsweise anmarschieren zur Abstimmung. Abends Pflichtversammlung aller in der grossen Halle. Die Isolierzellen in den Wahllokalen waren da, aber wie? Sie bestanden aus vier Latten, die zwei Meter hoch und mit einer dünnen grünen, durchsichtigen Sackleinwand bespannt waren. Rückwärts war die Zelle in der ganzen Breite offen. Dort sass ein SS-Truppführer und gab Stimmzettel aus, neben ihm ein SA-Sturmführer, der die Kouverts ausgab. Sie brauchten nur ihren Kopf eine Kleinigkeit zur Seite zu neigen, um den ganzen Vorgang in der Wahlzelle zu beobachten. Vor der Zelle sass der Wahlleiter mit seinen Beisitzern an einem Tisch und konnte durch die dünne Leinwand auch sehen, was in der Zelle vorging. Aber dennoch wurden viel mehr Neinstimmen abgegeben, als gezählt wurden. Man hat nicht nur alle nichtangekreuzten Stimmzettel für Ja-Stimmen gezählt, sondern auch die, die der Wähler durch Einreissen ungültig machen wollte.

Südbayern: Bei vielen hat die geradezu phantastische Organisation des "Wahlkampfes" Bewunderung hervorgerufen. Selbst Leute, an deren antifaschistischer Gesinnung nicht zu zweifeln ist, standen sichtlich unter dem Eindruck der Propagandaaktionen. Und wenn der einzelne auch weiss, dass die Stimmung nur künstlich aufgeputzt worden ist, so kann er sich doch den Einflüssen nicht entziehen, die ein in totalen Rauschzustand versetztes Volk auf jeden empfänglichen Menschen machen muss. Dazu kommt noch, dass er in diesem Volk leben muss, dass er sich doch zu ihm zählt, sich von ihm abhängig fühlt. "Es ist zwar schon viel Schwindel, was uns da erzählt wird, aber wie sie das machen und wie sie sich durchsetzen, das ist staunenswert. Das hat doch noch niemand fertig gebracht, ein ganzes Volk so in Schwung zu bringen."

Bei den bewusst Oppositionellen hat der Ausgang der Wahl grosse Depression hervorgerufen. Obwohl sich eigentlich niemand Illusionen machte und jeder mit einem absoluten Sieg Hitlers rechnete, fühlt sich der überzeugteste Hitlerhasser stark betroffen. Bei ihm tauchen wieder die alten Fragen auf: "Was ist eigentlich der Faschismus, dass er eine solche Kraft entwickeln kann? Woher kommt es, dass er solche Leistungen zustandebringt, solche Begeisterungswellen aus dem Volk hervorzuzaubern vermag? Ist es nicht ein einziger Weg des Triumphes, den Hitler geht, muss das nicht allein schon überzeugen? Wo sind alle Theorien, alle Perspektiven, die über das rasche Ende des Regimes gegeben wurden? Haben sich nicht alle getäuscht, die vorgaben, den Faschismus erkannt zu haben und Hitler als grössenwahnsinniges Quatschmaul bezeichneten? Sicher stimmt etwas bei den Nationalsozialisten nicht und ihre Reden sind Lüge und Betrug, aber wie kommen wir an sie heran, wie können wir sie bekämpfen?"

Berichte aus dem bayerischen Wald weichen von denen aus den anderen Gebieten insofern etwas ab, als die Stimmung dort dem System gegenüber ungünstiger geschildert wird. Dort bezeichnet man in grösseren Schichten der Bevölkerung die Wahl als Komödie und lacht darüber. Hier tut vielleicht die noch überall grosse Not ihre Wirkung. Man sagt: Hitler hätte keine 50% der Stimmen bekommen, wenn eine freie Wahl möglich gewesen wäre.

Nach der Wahl ging die Stimmung allgemein rasch zur Alltäglichkeit über. Die Wahlergebnisse haben nicht überrascht. Nachdem die ersten Ergebnisse bekannt geworden waren, interessierte sich kaum mehr jemand dafür. Es war ja selbstverständlich.

Ueber die Wahlvorbereitungen ist zu berichten: Im Gau Oberbayern-Schwaben wurden 4.000 Wahlkundgebungen abgehalten. Es gibt wohl keinen Menschen im ganzen Gau, der nicht irgendwie einer direkten Beeinflussung unterzogen worden wäre. Alles nur Vorstellbare wurde versucht, um die letzten Regungen selbständigen Denkens zu ersticken. Flugzeuge, mit schreienden Aufschriften versehen, rasten über das Land,

Ballone, behangen mit mächtigen Schriftfahnen, liess man von München aus in alle Gaue starten, kein Dorf war zu finden ohne Riesentransparente, an den Kirchtürmen riesige Hitlerbilder und Aufschriften, Girlanden an den Fenstern, Schleifen und Rosetten an den Autos, Tannengrün an Lokomotiven, Wahlpropaganda an Obstkarren und Strassenbahnen, in Schaufenstern, auf Fabrikschloten, am Rinnstein, auf Kanaldeckeln. Ganz zu schweigen von den Fahnen, die aus jedem Loch in einer Mauer hingen. In München waren auf den Plätzen riesige Mahntafeln, ganze Altarbilder, hohe rote mit Tannengrün verzierte Obeliske usw. aufgebaut, künstlerisch herausgemacht und eindrucksvoll. Hierbei ist interessant, dass die grossen Aufbauten von Privatfirmen kostenlos gestellt werden mussten. Es wurde einfach bei den Grossbetrieben eine Umfrage gehalten und die einzelnen Betriebe übernahmen es, die Propagandaltäre zu bezahlen. Soll man noch die Fahnenhimmel erwähnen, die in den Hauptstrassen aufgehängt wurden? Es gab faktisch keinen in die Augen springenden Punkt und Blickfang, der nicht beklebt oder behangen worden wäre. Dazu kam noch der Zeppelin, der aus seinem Bauch Zehntausende von Flugblättern warf zum Gaudium der Jugend, die sich die Beine um solch einen Zettel ausrannte. - Es ist schrecklich in Deutschland zu leben, wenn man kein Nazi ist.

Am Donnerstag früh, als ich zur Arbeit ging, waren schon in ganz München die Hochmontagewagen der Strassenbahn und die Feuerwehrleitern eingesetzt. Als ich am Abend durch die Ludwigstrasse heimfuhr, hatte die ganze Stadt ein anderes Gesicht. Im ersten Augenblick war selbst ich verwundert, wie raffiniert sie das wieder gemacht hatten. Am Marienplatz war eine riesige Brikettkohle aufgebaut worden. Darüber hing eine mindestens 8 bis 10 Meter hohe Leinwandfläche, auf die ein Hitlerkopfbild projiziert wurde. Eine Menge Menschen stand davor und staunte dieses Gebilde an. Jeder weiss auswendig, wie Hitler aussieht, und nun stehen sie wieder und staunen, als ob das ein Wunder wäre. Die Leute haben noch nicht satt bekommen. Erstaunlich ist, wie gut jetzt schon die Beflaggung funktioniert. In einigen Stunden ist die Stadt verwandelt, es braucht nur eine Aufforderung in der Zeitung zu stehen. Das geht den Leuten schon ins Blut über. Während der Hitlerrede am Freitag regnete es, so dass fast niemand vor den auf den Plätzen aufgestellten Lautsprechern stand. Auch die Fahnenhissung war dadurch beeinträchtigt.

Am Samstag fand auf dem Königlichen Platz der Gemeinschaftsempfang der Münchner NS-Formationen statt. In der Zeitung war dazu grosse Aufforderung zur Teilnahme an die Bevölkerung ergangen. In der Stärke von ca. 16.000 Mann marschierten die Formationen auf. Es fiel jedoch auf, dass die Teilnahme der Bevölkerung sehr mässig war. Höchstens 10.000 Menschen haben sich noch auf dem Königlichen Platz eingefunden. Auch am Pariser Platz, wo ebenfalls die Rede zu hören war, waren nicht mehr als höchstens 500 Personen. Das Niederländische Dankgebet klappte nicht, weil es keiner richtig

singen konnte. Zuerst wollten einige mitsingen, dann verstummten sie, weil niemand mitsang. Dadurch ist der erwartete Effekt ausgeblieben. Die letzte Hitlerrede hat auch keinen sonderlichen Eindruck mehr gemacht.

Viele Neugierige wurden von den Wahlfilmen angelockt, die an öffentlichen Plätzen gezeigt wurden.

Die alles beherrschende Organisation hat auch die Jugend herangezogen. Jungvolk, Hitler-Jugend, BdM, ja sogar die kleinen Pimpfe wurden eingesetzt. Sonntags früh um 5 Uhr zogen schon die ersten Scharen des Jungvolks, ausgerüstet mit grossen Landsknechtsttrommeln und einem Fanfarenzug durch die Stadt. Auf allen Strassenkreuzungen und grösseren Plätzen wurde Halt gemacht. Sprechchöre und Lieder sowie die furchtbar lärmenden Trommeln sorgten dafür, dass auch der stärkste Schläfer wachgerüttelt wurde. Die Buben kamen sich bei dieser Aktion sehr wichtig vor, besonders den Trommlern und Fanfarenbläsern konnte man es ansehen, dass sie sich glücklich fühlten, durch ihre Leistung besonders aufzufallen. Um 7 Uhr früh rückten sie ein. Die erste Aktion war beendet. Die Trommler und Fanfarenbläser durften aber noch nicht nach Hause gehen, sondern mussten mit den auf zwei grossen Lastautos untergebrachten 70 bis 80 Pimpfen hinausfahren in die entlegensten Dörfer. Ein Junge erzählte, wie sie auf dem Auto in ihren dünnen Uniformen froren. Die wenigsten hatten Mäntel mit. Bei jedem Dorf, das sie durchfuhren, mussten sie Lieder singen und Sprechchöre vortragen. Die Trommler konnten vor Kälte kaum die Schlegel rühren. Die entlegensten Einzelhöfe in der "Filze" (Moorlandschaft) wurden besucht. Die Einödbauern freuten sich über soviel Aufmerksamkeit und mancher vergass darüber vieles Unangenehme, worüber er sonst schimpfte. Nach 10 Uhr waren die Autos schon wieder in der Stadt, wo sie auf dem Hauptplatz die Pimpfe absetzten. Trommelwirbel und dann wiederholte Sprechchöre "Wählt Adolf Hitler - Väter und Mütter, Eure Kinder bitten Euch, wählt Adolf Hitler - Drei Jahre Hitler, drei Jahre Aufbau, wählt den Führer." Zum Abschluss ein Lied und die Buben durften heimgehen.

Vom Wahlakt selbst können wir berichten: Eine Nichtbeteiligung an der Wahl war ausgeschlossen. Der Schlepperdienst wurde mit der SA sehr streng durchgeführt. In der X-Strasse hatte ein Mann um 4 Uhr noch nicht gewählt. Es erschien bei ihm die SA und forderte ihn zur Ausübung seiner Wahlpflicht auf. Als der Mann erwiderte, dass er bis jetzt noch keine Zeit gehabt habe, erklärte einer der SA-Männer: "Aber jetzt werden Sie wohl Zeit haben, wenn wir Sie recht höflich dazu auffordern." Im Wahllokal verfolgte man ihn mit Misstrauen, bis er seine Stimme abgegeben hatte.

Die NS-Volkswohlfahrt hatte in verschiedenen Lokalen Pfundpakete aufgebaut, die an die Wähler abgegeben wurden. Auffallen musste, dass es gerade in einstigen roten Stadtbezirken diese Pfundpakete gab, offenbar um die Leute zu guter Letzt noch von der Güte des Führer zu überzeugen.

Aus 11 Wahllokalen kann berichtet werden, dass sich die Einzeichnung in die Stimmzettel ordentlich hinter Wahlzellen vor sich ging. Trotzdem hatten alle Leute die Meinung, dass es schon irgendwie so eingerichtet sei, dass man genau feststellen kann, was einer gewählt hat.

Im Stimmbezirk 308 hatten verschiedene Leute begonnen, die Stimmzettel ausserhalb der Wahlzelle zu zeichnen. Es gab daraufhin eine Auseinandersetzung zwischen dem Wahlleiter und dem Beisitzer, woraufhin wieder in der Zelle gezeichnet werden musste. Im Wahllokal X. war an der Wahlzelle keine Rückwand angebracht, so dass man sehen konnte, was der Wähler machte.

Bei der Auszählung der Stimmen durften Privatpersonen nirgends anwesend sein. Die Wahlkommission sperrte die Lokale ab.

Aus der Provinz wird über die Wahl berichtet: In der Gemeinde X. im Chiemgau ging die Wahl so vor sich, dass man beim Betreten des Wahllokales einen Stimmzettel und ein Kuvert bekam. Links neben dem Schulkatheder war ein Tischchen, das an drei Seiten mit einem 50 cm hohen Pappendeckel eingefasst war. Der Tisch stand so, dass man vom Katheder aus genau sehen konnte, was der Wähler machte. Dort sass immer ein Mitglied des Wahlausschusses. Im ganzen Ort wurde keine ungültige Stimme abgegeben.

Endorf in Oberbayern ist eine Pfarrgemeinde mit ca. 1.700 Seelen. (Früher war dort ein Stützpunkt der SPD. Eine eigene Ortsorganisation bestand nicht) Während der 14 Tage vor der Wahl wurden 6 Wahlversammlungen abgehalten, die bis auf 2 ganz gut besucht waren. Ausserdem wurden noch am Freitag und Samstag vor der Wahl Kundgebungen abgehalten. 9-mal wurden Flugblätter ausgetragen. Zu der Samstagkundgebung, an die sich ein Fackelzug anschloss, wurden 2.000 Menschen aus allen umliegenden Ortschaften zusammengetrommelt. Am Wahltag wurde bereits um 1/2 7 Uhr grosses musikalisches Wecken durchgeführt. 20 Böllerschüsse wurden abgegeben. Die privaten Kraftfahrzeuge des Ortes, 20 an der Zahl, mussten in den Dienst der Wahl gestellt werden. Bereits um 11 Uhr waren 80% der Wähler an der Urne erschienen. Um 2 Uhr ging die SA dazu über, in Gruppen von 4 Mann in den Wohnungen derer vorzusprechen, die noch nicht gewählt hatten. Es war unmöglich, sich zu drücken. Ein Kaufmann, der mit dem 8 Uhr-Zug wegfahren wollte, wurde am Bahnhof noch von der SA zurückgehalten, weil er keinen Stimmschein hatte. Er musste zuerst zur Wahl und versäumte so den Zug. Im Wahllokal war zwar eine Wahlzelle, die aber von vielen nicht benutzt wurde. Es ist niemand gegen diese Form der Stimmabgabe eingeschritten. Viele Wähler haben überhaupt kein Kreuz auf den Zettel gemacht, weil ein Wahlhelfer erklärte, dass das gar nicht nötig sei. So kam es, dass bei 100% Wahlbeteiligung 100% Stimmen für den Führer abgegeben wurden.

Neuhaus am Inn ist ein kleines niederbayerisches Dorf mit ca. 900 Einwohnern. Es liegt hart an der deutsch-österreich-

chischen Grenze und ist mit dem jenseits des Flusses liegenden grösseren Schärding auf österreichischer Seite durch eine Brücke verbunden. Für den Wahlsonntag-Nachmittag waren alle Gliederungen der Partei aus Neuhaus und Umgebung aufgerufen. Es wurde am Kirchplatz gesammelt und geschlossen zur Innbrücke marschiert. Dort wurde in Parade Aufstellung genommen. Vom jenseitigen Brückenufer, das zugleich Zollgrenze ist, kamen dann die reichsdeutschen Wähler aus Oberösterreich, etwa 100 Personen. Sie wurden offiziell begrüsst und dann formierte man einen Propagandamarsch durch den Ort, an dem sich die österreichischen Wähler geschlossen beteiligten. Im Wahllokal wurde ohne Benützung der Wahlzelle abgestimmt.

In allen, selbst in den kleinsten Ortschaften des Grenzgebietes im Bezirk Wegscheid fanden Fackelzüge und Kundgebungen statt. Es gab Bauernortschaften, in denen kein Haus mehr zu finden war, das nicht wie am Tage der Fronleichnamsprozession mit Girlanden und Tüchern geschmückt gewesen wäre.

In Breitenberg bei Passau, einem Ort mit etwa 800 Einwohnern, waren 13 Neinstimmen zu verzeichnen. Am Montag nach der Wahl wurde an der Dorflinde eine Strohfür mit einem dicken Strick um den Hals aufgehängt. Die Figur trug ein grosses Plakat: "So gehört es den 13 Volksverrättern." Eifrig wird nun gemutmasst, wem das Schicksal des Aufhängens zuteil werden soll. Die Verdächtigungen gegen einzelne Personen haben soweit geführt, dass der Ortsgruppenleiter der Partei einschreiten musste und eine Bekanntmachung an der Gemeindefestafel erliess, in der die Bevölkerung aufgefordert wurde, nicht länger nach den Neinsagern zu forschen, denn sie seien ohnehin gerichtet. Die Bevölkerung komme dabei nur auf Abwege und es könne leicht sein, dass der Hass auf Unschuldige gelenkt würde. Die Neinsager seien der Abschaum des Volkes. In einer Erklärung, die der Kreisleiter Krenn des Kreises Wegscheid bekannt gab, hiess es u.a.:

"In einstigen Kommunistenhochburgen -beispielsweise Hauzenberg, wo bei einer der Wahlen 1932 die Kommunisten an zweiter Stelle standen- hatten sich jetzt nur zwei ungültige Stimmen bei über 100 abgegebenen Stimmen gegen den Führer ausgesprochen. Dagegen zählte Breitenberg, das damals von kommunistischen Strömungen verschont war, 13 ungültige Stimmen. In gesunder Weise reagierte die deutschbewusste Bevölkerung Breitenbergs auf den Verrat der 13. Hoch oben auf der Dorflinde baumelt eine Strohpuppe mit einem Strick um den Hals... Es erregte berechtigten Unwillen unter der Bevölkerung Wegscheids, dass die Firma Nöppl, die doch neben dem allgemeinen Dank des deutschen Volkes an seinen Retter auch sehr viele eigene Vorteile dem nationalsozialistischen Wirtschaftsaufschwung zuzuschreiben hat, es nicht der Mühe wert fand, am Vorabend der Wahl, an dem der ärmste Volksgenosse sein Fenster beleuchtete, ihr Haus zu illuminieren und entsprechend zu schmücken. In manchem Herzen wurde die Frage laut,

ob die Grösse der gezeigten Hakenkreuzflagge der Lebhaftigkeit gleich komme, mit der die Herzen dieser Menschen dem Führer entgegenschlagen. In Germansdorf gab es einige junge Bauerssöhne, die sicherlich Wert darauf legen, einmal Erbhofbauer zu werden, die es aber nicht übers Herz brachten, sich durch Gebrauch ihres Wahlrechts zum Volk zu bekennen. Wie diese in der entscheidenden Stunde das Volk nicht kannten, so wird sie einst auch das Volk nicht kennen..."

Württemberg: Aus verschiedenen Orten wird übereinstimmend berichtet, dass die als ehemalige Marxisten bekannten Leute vor der Wahl auf die Büros der NSDAP bestellt und dort noch einmal unter besonderen Druck gesetzt wurden. In einem Falle verlief die "Unterhaltung" zwischen dem NSDAP-Bonzen und den präsumptiven "Landesverrättern" wörtlich so:

"Wir kennen Ihre Gesinnung ganz genau. Wenn morgen die Wahl nicht so ausfällt, wie wir wünschen, d.h. wenn die Zahl der Neinstimmen in unserem Wahlbezirk zu hoch ist, können Sie etwas erleben!"

Einem Arbeiter, der monatelang im Konzentrationslager war, erklärte der Nazi, der an der Urne seinen Umschlag abnahm: "Ihr Stimmzettel müsste eigentlich gelocht werden."

Ein besonders krasser Bruch des "Wahlheimnisses": Als ein Wähler, der als "nicht zuverlässig" verdächtig war, seinen Umschlag abgab, wurde dieser vor seinen Augen aufgemacht und festgestellt, dass er den Stimmzettel ungültig gemacht hatte. Der Mann wurde tags darauf fristlos aus seiner Arbeitsstelle, einem unter kommunalem Einfluss stehenden Betrieb, entlassen.

In der Landeshauptstadt war die Aufmachung der Wahllokale sehr verschieden. Während in den inneren Stadtbezirken wenigstens zum Schein die Zellen aufgestellt waren, wurden in den Aussenbezirken vielfach entweder die Zellen überhaupt entfernt oder sehr niedrige Kartonzellen angebracht, in die die zahlreich umherstehenden Aufpasser jederzeit bequem hineinschauen konnten. Der Wähler musste den Eindruck einer genauen Kontrolle haben. Wo Zellen aufgestellt waren, wurde ihre Benützung dadurch erschwert, dass die Parole ausgegeben wurde: Der anständige Deutsche stimmt offen ab.

Im ganzen Landkreis X. waren in sämtlichen Wahllokalen auf amtliche Anordnung hin keine Wahlzellen aufgestellt.

In Y., einer grossen Landgemeinde im Kreis Esslingen, weilten sich die dort zahlreichen Ernst Bibelforscher unter Berufung auf ihre religiöse Ueberzeugung, an der Wahl teilzunehmen. Daraufhin wurde gegen sie eine infernalische Hetze veranstaltet, die bis zu tätlichen Angriffen ging. Ähnliches wird auch von anderen Orten mitgeteilt.

Aus einer bayerischen Kreisstadt an der württembergischen Grenze wird berichtet: Der Schwindel wurde so stark betrieben, dass er bis in die weitesten Kreise der Bevölkerung Aufsehen erregte. Vor der Wahl konnte man vielfach hören,

diesmal würden viele Arbeiter mit Ja stimmen, die sonst nicht für Hitler sind. Diese Leute sind alle auf die aussenpolitische Seite der Sache hereingefallen. Sie wollen ehrlich auf 25 Jahre Frieden haben.

Nach dem amtlichen Bericht wäre das Wahlresultat in meinem Ort für die Opposition katastrophal ausgefallen. Noch am Freitag vor der Wahl wurde vom Wahlamt ausdrücklich erklärt, dass nur diejenigen Stimmen gültig seien, die ein Kreuz im Kreis oder ein anderes gleichwertiges Zeichen tragen. So glaubten viele, ihren Zettel ungültig zu machen, wenn sie ihn nicht ankreuzten. Aber sie hatten sich verrechnet, denn bei der Zählung wurden alle diese Zettel als gültig erklärt. Ungültig waren nur die Zettel, die vollständig durchgestrichen oder zerrissen waren. In meinem Wahlbezirk gab es bei 1.200 Wahlberechtigten offiziell 4 ungültige Männer- und eine ungültige Frauenstimme. Aus der Äusserung eines Wahlbeisitzers erfuhr ich aber, dass in Wirklichkeit 56 ungültige Männer- und 48 ungültige Frauenstimmen abgegeben wurden. Das ist schon glaubwürdiger.

Auf dem Lande kam es mehrfach vor, dass auch die Stimmen von Wählern, die mit Stimmscheinen auswärts gewählt hatten, in der Gemeinde ebenfalls mitgezählt wurden. In der Gemeinde X. lautet das amtliche Wahlresultat: Stimmberechtigt 246, für den Führer 246, gegen den Führer 10. Diese Leute hatten mit Stimmschein auswärts gewählt.

Der Wahlsieg war schnell vergessen. Nach zwei Tagen hörte man nicht mehr davon reden.

In Tuttlingen haben vor der Wahl eine ganze Reihe früher im Stahlhelm tätig gewesener Leute die Parole herausgegeben, leere Zettel einzulegen. Im Laufe des Abends wurde dann an alle Wahlleiter telegrafisch die Anweisung durchgegeben, auch die leeren und die durchstrichenen Zettel für gültig zu erklären. In bürgerlichen Kreisen sprach man ganz allgemein von einer Blamage, da die Ausländer doch nicht so dumm seien und dieses Resultat der Abstimmung glauben würden. Es kursiert darüber auch noch ein Witz: "Warum wurden nur 99 Prozent Ja-Stimmen und nicht 100 bekanntgegeben? - Weil sonst die Gestapo arbeitslos geworden wäre!"

Nach der Abstimmung kann man feststellen, dass unsere aktiven Freunde keineswegs erschüttert sind, da sie nichts anderes erwartet hatten. Anders steht es mit den sehr zahlreichen Freunden, die nicht in der illegalen Arbeit stehen, aber ihre alte Gesinnung behalten haben. Bei ihnen ist vielfach eine sehr auffallende Einschüchterung festzustellen, die mindestens zeitweise auch auf unsere aktiven Freunde zurückwirkt. Das gleiche gilt auch von allen anderen Schichten der Bevölkerung. In dieser Tatsache drückt sich eben der innerpolitische Nutzeffekt des 7. März und der Reichstagswahl für die Diktatur aus.

Baden: Auch in der Südwestecke wurde die Wahlpropaganda in phantastischem Umfange durchgeführt. Aufmärsche, Fackelzüge, Demonstrationen der Hitler-Jugend und des Jungvolkes

wechselten täglich in den einzelnen Ortschaften miteinander ab. Dazwischen Betriebsversammlungen mit den Reichsrednern in allen Betrieben. Die Belegschaften waren von diesen Versammlungen nicht gerade begeistert, da sie an den Tagesstunden abgehalten wurden und man der Belegschaft von vornherein sagte, dass die Zeit für diese Versammlungen nicht bezahlt werde. Die Belegschaften durften allerdings die versäumten ein oder zwei Stunden in den nächsten Tagen wieder nachholen. Bei diesen Wahlversammlungen in den Betrieben mussten alle Gefolgschaftsmitglieder erscheinen, auch jene, die Nachtschicht oder eine andere Schicht hatten.

Das Winterhilfswerk, das im Monat Februar nur ein Kilogramm Fischilet ausgegeben hatte, war in der Woche vor der Wahl ausserordentlich grosszügig. Dienstag vor der Wahl wurden in den meisten Orten wieder Fische und Brotscheine ausgegeben, Mittwochs gab es Kohlenscheine und Donnerstag war ganz grosser Ausgabetag. Hier wurden für eine dreiköpfige Familie vier Mark an Gutscheinen und für etwa sechs Mark an Lebensmitteln ausgegeben. Dazu erhielten die Männer noch Cigaretten und Cigarren, sogenannte Stumpen. Ältere Leute erhielten sogar Wein. Was Wunder, wenn der Ausdruck entstand: wenn nur jede Woche Reichstagswahl wäre.

Dieses Verhalten des Winterhilfswerks, das im Februar nichts ausgegeben hatte, wie schon im vormonatlichen Bericht hervorgehoben worden ist, zeigt, dass die Reichstagswahl von langer Hand vorbereitet war.

Samstag vor der Wahl waren auch in den kleinsten Dörfern Fackelzug und am Sonntag früh Wecken. Am Wahlvormittag kamen schon vor neun Uhr Beauftragte in jedes Haus und fragten, ob etwaige Kranke da wären und ob Wagen notwendig sind, um diese Kranken zum Wahllokal zu fahren. Um 10 Uhr fast überall grosser Umzug des NSKK mit allen verfügbaren Motorrädern und Autos. Platzkonzerte auf allen einigermaßen geeigneten Plätzen und in allen Orten. Um 2 Uhr nachmittags begann bereits der Schleppdienst. Wer noch nicht gewählt hatte, wurde aufgesucht und zwar teilweise zwei bis dreimal, bis er wählen gegangen war.

Dass das Wahlresultat nicht stimmt, darüber besteht in der grossen Mehrheit der Bevölkerung landauf landab kein Zweifel. Viele glaubten, den Zettel dadurch ungültig zu machen, dass sie ihn ohne jede Bezeichnung liessen oder den gesamten Zettel durchkreuzten. Wie aber die Leute, die im Wahlkomitee sassen, selbst ganz offen aussprachen, sind alle diese Zettel als Ja-Stimmen erklärt worden. Nur diejenigen Zettel, auf denen ausdrücklich "Nein" geschrieben war, wurden als Gegenstimmen gezählt. Es ist völlig eineandfrei festgestellt, dass in einem Wahllokal ein Stimmzettel, der ein grosses "N" aufwies, selbst noch als Ja-Stimme erklärt worden ist. Von den durchstrichenen Zetteln sind alle jene für gültig erklärt worden, bei dem auch nur ein Name nicht ganz vollständig durchstrichen war.- In einem Arbeiterbezirk, in dem wir genau wussten, dass mindestens 26 leere Stimmzettel ab-

gegeben wurden, sind nur 7 Gegenstimmen bekanntgegeben worden.

Pfalz: Gauleiter Bürckel hatte den "Wahlkampf" mit der Parole eröffnet, dass die Pfalz wie bei der vorigen Abstimmung in der Stimmenzahl für den Führer an der Spitze aller Wahlkreise marschieren müsste. Das ist denn auch prompt eingetroffen. Im Wahlkreis Saar-Pfalz haben 99,9% für den Führer gestimmt; auf 1.000 Ja-Stimmen entfällt also immer nur eine Nein- oder ungültige Stimme! Es wurden z.B. abgegeben:

	<u>für den Führer:</u>	<u>gegen die Liste u. ungültig:</u>
in Neustadt (Haardt)	48.718	70
Kaiserslautern	44.592	29
Frankenthal	17.194	23

Zu den Hitlerversammlungen in Karlsruhe und Ludwigshafen gingen aus allen grösseren Orten Bahn- und Autotransporte. In Ludwigshafen wurden vor der Versammlung schätzungsweise 150 Leute verhaftet, worunter sich alle diejenigen befanden, die einmal wegen illegaler Arbeit beschuldigt oder bestraft waren. Einige wurden auch nach der Versammlung noch in Haft behalten. Die Sicherheitsmassnahmen waren ganz aussergewöhnlich und der ganze Weg, den Hitler nehmen musste, war auf beiden Seiten von einem Spalier von Schupo, SA und SS abgesperrt. Nach der Versammlung verbreitete sich in der ganzen Pfalz das Gerücht, in Mannheim sei ein Attentat auf Hitler versucht worden, wobei es Verletzte gegeben habe.

Wie es in den Versammlungen zuzug, mögen einige Zitate zeigen. In einer Lehrerkundgebung machte Bezirkschulrat Weber folgende Schlüsselaussführungen: "Jeder, der am 29. zuhause bleibt und sein Votum für Deutschland nicht abgibt, ist ein Lump." - Der Kreisleiter Mann von Pirmasens sagte: "Sollte es wirklich hier in unserer Vaterstadt noch einige Verbrecher geben, die das ihnen zugesicherte geheime Wahlrecht zu schändlichem Tun und Verrat an Führer, Volk, Vaterland und Heimatstadt ausnützen wollen, so raten wir diesen Strolchen, rechtzeitig Stadt und Bezirk zu verlassen."

Der Nationalsozialistische Kriegsofferverband erliess zur Wahl an seine Mitglieder folgenden Tagesbefehl: (siehe nächste Seite).

Die Vorgänge am Wahltag selbst sind aus allen Orten ziemlich übereinstimmend. In zahlreichen Dörfern wurden die Wähler geschlossen zum Wahllokal geführt. Es wurde am Dorfplatz gesammelt, abgezählt und teilweise mit Musikbegleitung abmarschiert zur öffentlichen Wahl. Als Wahlvorsteher waren diesmal nur ausgesuchte SA-Schläger unter Ausschaltung der früheren Beamten ernannt. Die Stimmzettel wurden in vielen Orten schon angekreuzt ausgehändigt. In manchen Orten wurden die Wähler gefragt: "Wollen Sie einen fertigen Zettel?" Nur wenige hatten den Mut, einen unfertigen zu verlangen. Sie wurden besonders scharf überwacht. Das geschah auch bei denen, die sich in die Wahlzellen begaben, soweit solche vorhanden oder

National-Sozialistische Kriegsofferversorgung, Ortsgr. P. 1111



Kameraden und Kameradenfrauen!

Am Sonntag, den 29. März 1936, gilt es der Welt zu bezeugen, dass die Soldaten und Opfer des grossen Krieges für den Frieden der Welt, den unser Führer garantiert, eintreten.

Wieder einmal steht das deutsche Volk vor einer Entscheidung, die es im Leben der Nation wahrscheinlich nur einmal zu fällen gibt.

Unser Führer und Frontkamerad Adolf Hitler hat durch seine heroische Tat am 7. März ds. Js. dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die volle Gleichberechtigung wiedergegeben. Die junge Armee hat unter dem Jubel und der freudvollsten Anteilnahme der Bevölkerung mit fliegenden Fahnen Einzug gehalten in bisher ungeschütztes Land. Besonders wir, an der äussersten Grenze des Reiches, wissen diese Wandlung in der Politik der deutschen Nation voll und ganz zu würdigen und zu schützen. Deshalb stehen wir auch diesmal wieder in der vordersten Front und kein Kamerad und keine Kameradenfrau wird an diesem Tag beiseite stehen und sich ausserhalb der Volksgemeinschaft stellen wollen.

Am Wahltag treten sämtlichen gefähigen Kameraden pünktlich vormittags um halb neun Uhr auf dem Exerzierplatz zu einem kurzen Propagandamarsch an.

Es gibt an diesem Tage kein Antreten bei einer anderen Formation

Frontkamerad und Reichskriegsofferversorger Oberlindober erwartet, dass sich alle von der NSKOV Betreuten der Grösse dieses Geschehens bewusst sind und unter allen Umständen unserem Frontkameraden Adolf Hitler die Treue halten. Demzufolge werden wir auch die Anwesenheit jedes Einzelnen durch Verlesen feststellen.

Die Kameradenfrauen versammeln sich ebenfalls um halb neun Uhr auf dem Exerzierplatz, woselbst nähere Weisung an dieselben erfolgt.

Der 29. März ist nicht bloss Wahltag, sondern Ehrentag der Nation!

Durch das Antreten der Kameraden und Kameradenfrauen auf dem Exerzierplatz wollen wir der hiesigen Bevölkerung bezeugen, dass die NSKOV begriffen hat um was es geht, dass wir eine geschlossene Einheit bilden und dass unser Einstehen für den Führer allen Lauen und Wankelmütigen ein Vorbild gibt.

Kriegsoffer und Hinterbliebene tut eure Pflicht!

Beweist der ganzen Welt, dass Adolf Hitler Deutschland ist!

Zum Schluss machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sämtliche Kriegsoffer bis mittags 12 Uhr ihrer Wahlpflicht genügt haben müssen,

da die Ortsgruppe bis längstens 1 Uhr mittags die Meldung hierüber an unsere vorgesetzte Stelle telegraphisch weitergeben muss.

In jedem Wahllokal ist ein Vertrauensmann der NSKOV anwesend!
Erster Bürger des Staates zu sein verpflichtet!

Heil Hitler!
Gz. Gustav Schäfer
Ortsgruppenobmann

zugänglich waren.

Eine früher beim Zentrum aktiv tätig gewesene, bekannte Person verlangte in X. einen noch nicht fertigen Stimmzettel. Daraufhin sagte der SA-Mann: "Was ist, Schwarzkopp, willst Du gegen den Führer stimmen?" Auf seine Antwort hin bekam der Wähler gleich einen Schlag ins Gesicht. Er konnte wählen, wurde aber im Gang gleich wieder in Empfang genommen und verprügelt. Am nächsten Tag verlangte der Vertrauensrat des Betriebes die Entlassung dieses Mannes. In diesem Stimmbezirk gab es keine einzige Neinstimme. In verschiedenen Orten wurden

Leute niedergeschlagen, die entweder im Verdacht standen oder offen mit nein gestimmt hatten.

Gegen die Abgabe eines nicht angekreuzten Zettels wurde in den meisten Wahllokalen nichts eingewendet. Das Ueberwachungspersonal war instruiert, dass solche Zettel als gültig zu rechnen waren.

Zur Herbeischaffung säumiger und kranker Wähler waren sämtliche Autos requiriert; den Dienst versah das NSKK. Sämtliche Bahnhöfe und Strassenausgänge waren bewacht, jeder Passant musste sich ausweisen, dass er abgestimmt hatte. So war es tatsächlich möglich, fast alle Wähler an die Urne zu bringen.

In den Lokalen war die Kontrolle so scharf, dass es nur unter dem Risiko sofortiger Prügel und schlimmster Nachwirkungen möglich gewesen wäre, den Zettel mit einem "Nein" ungültig zu machen. Da schon bei der vorigen Wahl viele mit "Nein" gestimmt hatten, diese Stimmen aber gar nicht gezählt wurden, sagten jetzt diese Leute: es ist völlig sinnlos, das Risiko auf sich zu nehmen, die Öffentlichkeit erfährt ja von diesem Mut doch nichts, weil die Resultate gefälscht werden.

Stimmscheine wurden auf Anordnung des Gauleiters nur in ganz besonderen Fällen ausgestellt, bei Krankheitsfällen oder unaufschiebbaren Reisen. Die Kontrolle über die Persönlichkeit des Wählers war nicht scharf und es wurde sogar offen gebilligt, dass für Eltern und Geschwister gewählt wurde. Wer seine Wahlkarte vergessen hatte, konnte auch mit jedem Personalausweis wählen. Auf etwas mehr oder weniger Schwindel kam es nicht mehr an.

Während der Bekanntgabe der Wahlresultate wurden viele ironische Bemerkungen über das Resultat gemacht und merkwürdigerweise konnte man die umlaufenden Witze von den 110 oder 150% auch von Nazianhängern hören. Auch zahlreiche ehemalige Nazianhänger waren über die angewendeten Methoden entrüstet. Man konnte sehr oft den Ausspruch hören, wenn auch nur eine andere Liste vorhanden gewesen wäre, hätte sie 75% der Stimmen auf sich vereinigen können.

Aus Ludwigshafen und Pirmasens wurden bereits Entlassungen gemeldet wegen Wahlenthaltung, Weigerung die Hitlerreden anzuhören und wegen Bemerkungen, die beim Gemeinschaftsempfang gemacht wurden.

Rheinland-Westfalen: Kaum drei Wochen sind seit der "Wahl" verflossen und kein Mensch redet in Deutschland mehr davon. Jeder ist froh, dass der Wahlrummel vorüber ist, und bis auf die Amtswalter und die Kommandierten der verschiedenen Parteiformationen nimmt an dem neuen Klamauk niemand wirklichen Anteil. Am Tage nach der Wahl gab es überall lange Gesichter. Nicht nur bei den Gegnern des Systems, sondern auch bei seinen Anhängern. Auch Nazis schämen sich, weil dieses Wahlergebnis so unwahrscheinlich ist, dass es nicht ernst genommen werden kann. Sie vermeiden, über das Wahlresultat zu reden.

sie sagen selber, es wäre besser gewesen, wenn das Ergebnis 75 bis 80% für Hitler gewesen wäre.

(Rheinische Grossstadt): Die Propaganda war erheblich auf die Katholiken zugeschnitten. Jetzt sollte auf einmal jeder nach seiner Façon selig werden und der Kampf gegen die Gottlosen geführt werden. Immer wieder wurde betont, dass der Nationalsozialismus sich nicht in kirchliche Angelegenheiten mischen wolle.

Der Inhalt der "Referate" in den Hunderten von Versammlungen war immer derselbe: Das Volk habe bereits die unangenehmen Zeiten vergessen. Deshalb erinnerte man an die "katastrophalen Zustände", die vor Adolf Hitler geherrscht hätten. Im übrigen wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie sehr man gerade sich für den Westen bemühe. Hier sei es zwar besonders schwer, aber in den übrigen Teilen des Reiches sei bereits die Arbeitslosigkeit völlig beseitigt, im Westen würde man auch noch dahin kommen. Die Meckerer bekamen natürlich auch eins ab, besonders die Böseartigen. Die sich mal ausschimpften, die seien nicht die gefährlichsten. Das sei beim Militär auch so. Während des schweren Dienstes würde oft geschimpft. Nachher sei das wieder vorbei. Wer brav seine Pflicht tue, der könne sich auch mal tüchtig ausschimpfen.

In den meisten Versammlungen waren es immer dieselben Zuhörer, angefangen vom Pimpf bis zum höchsten Beamten. Das Programm war auch immer dasselbe: Fahneneinmarsch, eine umgestellte Führerrede, Militärmärsche, Horst Wessellied und zwischendurch und am Schluss Beifallsklatschen auf ein Zeichen und angefangen von den besonders dressierten Claqueuren. Für die meisten war es zum Kotzen.

Und die übrige Propaganda? Morgens zwischen 6 und 7 Uhr war grosses Wecken, heute in diesem Stadtteil, morgen in jenem. Drei Wochen begann jeden Morgen ein Lautsprecherwagen das Programm. Fanfarenspiel, Marschmusik und dann die Mahnung, den Führer zu wählen. Jeden Tag in diesen drei Wochen kam der Wagen fünfmal. Dazwischen kam dann hin und wieder auch noch ein anderer Lautsprecherwagen. Der hatte zwar ein etwas anderes Programm, aber im Grunde war es immer derselbe Quatsch. Ich bin den Eindruck nicht losgeworden, dass diese Methode des ständigen Krachmachens absichtlich gewählt war. Man wollte lästig werden, die Menschen sollten müde gemacht werden. Manchmal ertönten laut die Sirenen der Fabriken oder die Luftschuttsirenen. Dann sausten plötzlich die Wagen des "Westdeutschen Beobachters" durch die Strassen, bepflanzt mit Plakaten und versehen mit einem Lautsprecher, der die Menschen immer wieder anschrie und ihnen einhämmerte, dass der Führer nicht eher ruhen werde, bis alle in Arbeit und Brot sind.

Zwischendurch machen am Nachmittag die Pimpfe dann noch mal Krach mit ihren Landsknechtstrommeln. Endlich ist es Abend. Man hofft nun, sich der wohlverdienten Ruhe hingeben zu können. Da ertönen auf einmal hundert Hupen. Das NSKK ist da. Jeder Wagen hat einen anderen Trick, von jedem Wagen

erschallt eine andere Losung. Jeder glaubt, dass, wenn er nicht geredet oder gerufen habe, sich noch irgendwo ein Volksgenosse verkrümeln und nicht Adolf wählen könnte. Endlich dann, um 11 1/2 Uhr ist Ruhe. Das Gröhlen der Lautsprecher hat sein Ende gefunden. Man atmet erleichtert auf.

Am schlimmsten wurde es am 28. 3., als Hitler kam. Da stand die Stadt einfach Kopf. Zu der grossen Veranstaltung in der Rheinlandhalle musste die SA, die SS, das NSKK, die HJ, der BDM, sämtliche Beamten, die irgendwie abkommen konnten, von Aachen bis nach Siegen und von Koblenz bis nach Wuppertal und Düsseldorf antreten. Der Fahrpreis betrug nur ein Viertel des normalen Preises.

Zur Zeit der "Wahlkampagne" war die Stimmung genau so schlecht wie sonst. Allen war schon früher alles versprochen worden: den Arbeitern Arbeit und Brot, dem kleinen Geschäftsmann besseres Geschäft, Abschaffung der Grossunternehmen und vieles andere; dem Bauern, dem Beamten, allen war etwas versprochen worden. Aber überall hörte man Unzufriedenheit und im Vertrauen sagte es oft einer dem anderen: ich kann den Hitler nicht wählen. Es gab vor der Wahl und es gibt heute viele Gegner des Hitlerismus. Dieser Geschäftsmann ist inzwischen kaputt, jener hat im Amte oder auf sonst einer Arbeitsstelle einem "alten Kämpfer" Platz machen müssen. Hier ist ein Mann sterilisiert, dort ist einer von seiner Familie getrennt und zu irgend einem Strassenbau oder zu einem "Talsperrenbau", weitab von seinem Wohnort, zur Arbeit bei Strafe des Entzuges der Unterstützung gezwungen worden. Wieder andere sind aus religiösen Gründen gegen Hitler; schliesslich sind da die Sozialdemokraten und andere Marxisten und ebenso unversöhnlich bleiben die Deutschnationalen. Nach der Stimmung zu urteilen, hätte Hitler keine 50% erhalten können.

Nach der Wahl schreibt derselbe Berichterstatter: In den Wahllokalen, die genau nach der Organisation der NSDAP eingerichtet waren -- die Parteibezirke passten auf die Wahlbezirke, genau so wie auf die Stimmbezirke --- gab es diesmal fast nur NSDAP-Funktionäre als amtliche Wahlvorstände. Der Wahlvorsteher war in jedem Falle ein bekannter NSDAP-Führer. Neben der Wahlzelle stand ein SA-Mann und auch sonst standen noch SA-Männer im Wahlraum herum. Man wurde gewissermassen vom Eingang in den Wahlraum bis zum Hinausgehen weitergereicht. Von diesem wirklichen oder eingebildeten Kontrollsystem liess sich nur derjenige nicht einschüchtern, der von vornherein mit Schwierigkeiten rechnete und bereit war, alle Folgen auf sich zu nehmen.

Da auch entgegen der früheren Methode, die Stimmergebnisse nicht öffentlich gezählt wurden, sondern aus acht bis zehn Stimmbezirken zusammengeholt wurden, also jede Kontrolle unmöglich war, so waren das Volk und besonders die politisch Interessierten auf allerhand gefasst. Ein Genosse sagte: "Wenn die bei der Methode nicht mindestens 90% kriegen, dann müssten sie Prügel kriegen für ihre Dummheit." Trotzdem war alles aufs Höchste überrascht, als das Ergebnis veröffentlicht

wurde. Nach diesem Wahlergebnis geht das Volk noch gedrückter einher. Und bis in die Reihen der Nazis herrscht Erbitterung über soviel Betrug. Es ist ganz merkwürdig, dass schon nach kurzer Zeit diesmal das Siegesgeschrei verstummt ist. Wir haben alle das Gefühl, dass sich gewisse Nazis selbst schämen.

Was soll nun bei einer späteren "Wahl" werden? Darüber stellt man jetzt bereits Erwägungen an. Höher gehts doch nimmer. Welchen Trick wird Goebbels das nächste Mal aushecken? Das sind tatsächlich Fragen, die sich viele bereits vorlegen und so wird die Politik mit der Zeit zu einem Kasperletheater.

(Weitere rheinische Grossstadt): Bei der Wahl war es in den Abstimmungslokalen mäuschenstill. Jeder genügte eben seiner "Pflicht" und damit war es aus. Während früher schon einmal ein Scherzwort mit einem der Beisitzer oder mit einem Wahlhelfer gewechselt wurde, war es diesmal wie in einem Leichenhaus. Die Gesichter der Abstimmenden zeigten, bis auf die ganz Blöden, eisige Kälte. Es war, als ob die Menschen eine Maske aufgesetzt hatten. Ich war Zeuge, wie ein Mann im Alter von etwa 40 Jahren demonstrativ ablehnte, die Wahlzelle zu benutzen und ich hörte, dass er sagte, als man ihn auf die Zelle aufmerksam machte: "Wozu das?" Sonst sagte er nichts, aber alle hatten verstanden.

Die Stimmzettel wurden nicht wie früher in jedem Stimmbezirk gezählt und zwar öffentlich, sondern aus den verschiedenen Stimmbezirken eingepackt und dann weggebracht, angeblich in das Hauptlokal eines sogenannten Wahlbezirks.

Nach der Wahl herrscht tiefste Depression. Jeder fragt nach einem Ausweg. Keiner weiss Rat, nur alle haben Angst vor der Zukunft. Die Nazis schämen sich selber dieses Wahlergebnisses. Die anderen sind niedergeschlagen, dass soviel Betrug möglich ist und dass niemand etwas dagegen machen kann.

(Kohleng Gebiet): In den Wahlversammlungen wurden dem Volk die tollsten Märchen erzählt: Früher war alles schlecht, seit Hitler ist alles grossartig. Immerhin: mancher hat wahrscheinlich der ungeheuren Propagandawelle nicht standgehalten. In X. bekamen die vom Winterhilfswerk betreuten Personen eine Freikarte zum Besuch einer Filmvorführung. In dieser Veranstaltung gab es einen Kurzfilm und dann eine Rede des Nazireferenten. Dieser bemühte sich, seine Zuhörer warm zu machen; es gelang ihm nicht. Am Schluss kaum etwas Beifall, aber eisige Gesichter. Auf der Grube Y. sprach der Treuhänder der Arbeit. Die Belegschaft blieb kühl und am Schlusse klatschten nur einige SA-Leute Beifall. So war es überall in unserem Gebiet während der Wahlkampagne.

Das Wahlergebnis ist eine einzige grosse Lüge. Stimmschein, die nicht mit einem Kreuz versehen waren, wurden als gültig erklärt. Scheine, in denen die Kandidaten durchgestrichen waren, wurden ebenfalls für gültig erklärt; auch

solche, auf denen ein grosses Kreuz quer über den ganzen Stimmschein gemacht worden war. Als ungültig abgegebene Stimme wurde nur ein leerer Umschlag erklärt. Damit hatten allerdings die wenigsten Leute gerechnet; sonst hätten mehr Wähler entsprechend gehandelt, obwohl es äusserst gefährlich war;; denn das Fehlen eines Stimm Scheines konnte leicht festgestellt werden. Wir kennen Fälle, in denen Personen, die ein leeres Kuvert abgegeben hatten, darauf aufmerksam gemacht und gezwungen wurden, nochmals zu wählen. In Z. ereignete sich folgender Vorfall: Eine Frau hatte ein leeres Kuvert abgegeben. Der Wahlvorsteher rief sie zurück und sagte: "Sie haben ja nicht gewählt." Darauf entgegnete die Frau: "Es ist doch geheime Wahl!" Der Herr Wahlvorsteher wurde sehr verlegen und versuchte sich aus der peinlichen Angelegenheit zu ziehen, indem er der Frau hastig entgegnete: "Ja, es ist gut, gehen Sie, gehen Sie."

Bei schwerkranken Personen, die unter keinen Umständen wählen gehen konnten, erschien der Bürgermeister in höchst-eigener Person und in Begleitung eines Beamten im Auto. Der Beamte hatte eine Urne bei sich, man forderte die Leute zur Wahl auf und liess die Wahl im Hause vornehmen. Das geschah übrigens auch bei solchen Personen, die gesund und trotz aller Aufforderung durch SA und Polizei nicht bereit waren, zu wählen.

Die Stimmzettel wurden nur durch den Wahlvorsteher geprüft und für gültig oder ungültig erklärt. Dieser war in den allermeisten Fällen ein hoher Funktionär der NSDAP. Einwände der Beisitzer wurden nicht berücksichtigt. Der Wahlvorsteher gab das Wahlergebnis seines Stimmbezirkes nicht öffentlich bekannt, wie das früher der Fall gewesen war; er meldete es nur beim Bürgermeister und dieser nahm die Zählung für alle Wahllokale zusammen vor. Selbst hohe Beamte der Gemeinde und nationalsozialistische Mitglieder halten das Wahlergebnis für gefälscht. Die Oppositionellen aber und besonders die Arbeiter lachen. Diese "Wahl" hat den Nazis innerpolitisch nichts genützt. Das Ergebnis erscheint auch dem Wohlwollendsten so unwahrscheinlich, dass man nun überhaupt nichts mehr glaubt. Viele sagen, Hitler hätte besser getan, dem Volke zu sagen: "Wer gegen mich ist, der gehe zur Polizei." Das Ergebnis wäre genau das gleiche wie jetzt gewesen.

Aus A. wird berichtet, dass dort Arbeiter und Angestellte, die nicht zur Wahl gegangen waren, entlassen worden sind. In B. ist ein Mann verhaftet worden, der das Wahlergebnis angezweifelt hatte. Er hatte gesagt: "In meinem Wahlbezirk haben meine Frau und ich zumindest mit "Nein" gestimmt. Eine einzige Nein-Stimme wurde aber nur bekanntgegeben. Es muss also geschwindelt worden sein." Der Mann wurde nach zwei Tagen wieder entlassen. - In C. hat eine Frau am Wahltag ihre Wahlplakette an die Erde geworfen. Sie wollte sich nicht zwingen lassen, sie als Beweis dafür anzustecken, dass sie schon gewählt habe. Darauf hat man die Frau öffentlich angeprangert und ein Spottgedicht auf sie am Rathaus aufgehängt.

Das Aachener Schöffengericht verurteilte eine holländische Staatsangehörige, die in Goltzheim ein Wahlplakat abgerissen hatte, zu sechs Wochen Gefängnis.

(Grossstadt im Ruhrgebiet): Wir alle sind überzeugt, dass Hitler diese Wahl nicht in erster Linie des Auslandes, sondern der Stimmung im Inland wegen machen musste. Es kam den Nazis darauf an, im Inland den Nachweis zu bringen, dass man nach wie vor stark sei. Jetzt, nach der Wahl, kann man feststellen, dass das völlig misslungen ist, erst recht bei den Nazis selber. Wer zum Beispiel die grosse Veranstaltung in der Maschinenhalle bei Krupp in Essen mitgemacht hat, der weiss, wie die Stimmung wirklich damals war und wie sie im Grunde noch heute ist. Hitler wurde mit grosser Kühle von der Belegschaft empfangen. Ohne dass allzuviel vorher darüber geredet zu werden brauchte, war doch sehr schnell das stille Einverständnis hergestellt, dass ihm hier mal gezeigt werden sollte, wie der deutsche Arbeiter wirklich steht. Das hat Hitler wohl auch gemerkt. Er redete kein Wort über die Marxisten und über den drohenden und zu bekämpfenden Bolschewismus. Jedenfalls, es dauerte sehr lange, bis die Arbeiter warm wurden und die bestellten Claqueure hatten viele Mühe. Die Redewendung über sein Bankkonto zauberte sogar ein Lächeln auf das Gesicht manches Arbeiters, trotz der Kontrolle durch hunderte von Gestapospitzeln, die überall auf dem Werk und in der Maschinenhalle unter die Arbeiter gemischt waren.

Die Wahl selbst war unfrei. Ein furchtbarer Druck lastete auf dem Volk. Die wochenlange Reklame bereits, und die Drohungen in den verschiedensten Versammlungen, in Zeitungen und Flugblättern, hatten eine Stimmung erzeugt, aus der heraus nur noch der eine Wunsch allgemein war: Wenn doch endlich alles erst vorüber wäre, damit man Ruhe hat.

Das Wahlergebnis hat trotz ohnehin geringer Erwartungen der Opposition überrascht. Umsomehr, als verschiedene Anzeichen vor der Wahl darauf hindeuteten, dass die Unzufriedenheit nicht geringer, sondern stärker geworden ist. Alle Leute sagen, dass da etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Das Ergebnis wird von Niemand ernst genommen. Viele Nazis meinen, soviel Schwindel sei eine grosse Dummheit.

Wasserkante: Ueber die Wahlpropaganda wird aus Hamburg berichtet: Betriebe mussten zum Teil geschlossen zu den Wahlversammlungen antreten. In einigen Stadtteilen wurden Fragebogen verteilt, die dem Sinne nach u.a. folgende Fragen enthielten: Haben Sie eine Fahne? Wollen Sie eine kaufen, wenn nicht, warum wollen Sie keine? Falls kein Geld, gratis. - Bei einem, der keine Fahne herausgehängt hatte, war dreimal Nazibesuch. Zuletzt kam der oberste Amtswalter jener Gegend mit mehreren Nazis und brachte gleich eine Fahne mit. Wurde abgewiesen. Darauf der Nazi: "Dann muss ich annehmen, dass Sie Staatsfeind sind." Ihm wurde erwidert: das könne er halten wie er wolle. Darauf wurden zur Einschüchterung zwei Naziwachen vor die Tür gestellt.

Unter dem massenhaft verbreiteten Wahlmaterial fand sich auch ein Wahlbilderbogen, der in unerhört demagogischer Form die "Missstände" in der Republik und die "Leistungen" des Führers gegenüberstellte. (Auf der nächsten Seite eine verkleinerte teilweise Wiedergabe)

Auch die Schule wurde in die Wahlpropaganda eingespannt. Wie zu den Volksabstimmungen vom 12. November 1933 und 19. August 1934 erliess auch diesmal wieder die Landesunterrichtsbehörde umfangreiche Anweisungen darüber. In diesen Anweisungen heisst es:

I. Politische Erziehung im Unterricht.

...In jeder Schulklasse soll an jedem Tag für diesen Unterricht mindestens eine Stunde angesetzt werden...

Während in der Grundschule schon einfachere Themen wie: Die Sitzung des Reichstags, der Einmarsch ins Rheinland, die Vorbereitung der Neuwahl, die Sorgen des Führers usw. anschaulich behandelt werden können, sind vom 5. Schuljahr an aufwärts etwa folgende Themen dem Verständnis der Altersstufen entsprechend zu bearbeiten:

1. Kein wehrloses Rheinland mehr!...
2. Kein ehrloses Vaterland mehr!...
3. Kein versklavtes Deutschland mehr!...
4. Der französische Standpunkt!...
5. Die bolschewistische Gefahr....

II. Schulpropaganda durch Plakate u.dgl.

1. Flugblätter: Bis zum 6. Schuljahr... Handzettel herstellen, die durch Schrift und Bild im Kreise der Eltern, Verwandten und Bekannten um Beteiligung und Zustimmung bei der Wahl werben. Die Klassenlehrer regeln die Verteilung dieser "Flugblätter".

2. Wahlplakate: Vom 7. Schuljahr an.. am Schulgebäude... im Schulbezirk anzubringen.

3. Geldmittel: ...Die für die Schulpropaganda verausgabten Beträge sind den Betriebsgeldern der Schulen zu entnehmen...

III. Schulpropaganda durch Sprechchöre.

Am Wahlsonntag, dem 29. März, von 7 - 9 Uhr morgens, sollen sämtliche Schüler und Schülerinnen der Volks- und höheren Schulen vom 7. Schuljahr einschliesslich ... die Bevölkerung durch Sprechchöre wecken und zur Beteiligung und Zustimmung bei der Wahl aufrufen. ..

3. Die Führung der Sprechchöre am Wahlsonntag obliegt den Führern der Hitler-Jugend-Bewegung...

**Des deutschen Volkes
Schicksalswende**

am 29. März

„Deutschland ist schöner geworden!“



Die deutschen Soldaten beziehen die
Garnisonen des Friedens am Rhein.
Deutsche Ehre und deutsche Gleich-
berechtigung sind wieder hergestellt.



Am 19. März: Deine Stimme Adolf Hitler!

Besonders sinnig war die Wahlreklame, die sich an die Frauen wendete. In Hamburg wurde z.B. folgender Klebezettel verbreitet (Originalgrösse 15 x 10 cm, rotbraun):



Um praktisch die Wahlpflicht durchzuführen, hat man sich vor keiner Art Terror gescheut. 90% aller Wähler hatten schon zu Mittag "gewählt". Die meisten aus Angst vor dem "Schleppdienst", der mit Hilfe der SA und PO und den Kraftfahrkolonnen ausgezeichnet organisiert war. Wer mittags noch nicht gewählt hatte, wurde von da an dauernd belästigt. Eine Frau, die dem ersten "Schlepper" gesagt hatte, dass sie um 5 Uhr wählen werde, weil sie bis dahin keine Zeit habe, wurde noch dreimal innerhalb zwei Stunden, zuletzt mit dem Auto vor der Tür, aufgefordert, zu kommen. Als sie um 5 Uhr kam, war sie die einzige Wählerin im Lokal. Wer dieser Wahlfarce irgendeine Bedeutung für die Volksmeinung beimisst, der kennt die Verhältnisse in Deutschland nicht. Sie ist nichts, als eine innen- und aussenpolitische Uebersteigerung der Propaganda der Nazis, vielleicht sogar nur ein Ablenkungsmanöver, um nicht ernstlich an die Lösung verschiedener unlösbarer Probleme heranzumüssen, mit anderen Worten, ein Versuch, die öffentliche Erklärung des Bankrotts der gesamten Politik hinauszuschieben.

Am letzten Freitag wurde unser Betrieb zur Hitlerkumgebung befohlen. Einer meiner Kollegen, der sein Fernbleiben nicht genügend entschuldigen konnte, ist am nächsten Tage entlassen worden.

Eine besondere Rolle für die Durchführung des Wahlterrors fiel den Hauswarten des Luftschutzes zu. Die Hauswarte erhielten in der Woche vor der Wahl vom Luftschutzbund folgende Aufforderung:

Reichsluftschutzbund e. V.
Gruppe Hamburg

Hamburg 36, den 24. März 1936.
Dienstgebäude Postamttele 34

An die **Luftschutzhauswarte**
Gruppe Hamburg des Reichsluftschutzbundes e. V.

Jeder Luftschutzhauswart hat schon durch seine Einsatzebereitschaft seine **Ereue für Führer, Volk und Vaterland** bewiesen. Er wird auch jetzt alles daran setzen, daß das Wahlergebnis ein überwältigender Beweis für die Ereue der ganzen Nation ist.

Die Luftschutzhauswarte werden die ihnen anvertrauten wahlberechtigten Hausbewohner anhalten, ihrer **Wahlspflicht** zu genügen.

Hierzu hat der Luftschutzhauswart am Wahlsonntag folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Er hat eine Liste der wahlberechtigten Hausbewohner anzulegen.
2. Er genügt seiner eigenen Wahlspflicht spätestens bis 10 Uhr.
3. Durch Nachfrage in den Wohnungen überzeugt er sich, ob die Hausbewohner gewählt haben oder noch wählen wollen. Seine Erkundungen hält er durch entsprechende Bemerkte in der nach Ziffer 1 angelegten Liste fest.
4. Nach Abschluß seiner Feststellungen teilt er die bloher Wahlstimmigen dem Leiter des für ihn zuständigen Agitationsbüros mit.
5. In den Nachmittagsstunden setzt der Schlepplendienst des Agitationsbüros ein. Diesem stellt sich der Luftschutzhauswart zur Verfügung.
6. Wenn alle Wahlberechtigten seines Hauses gewählt haben, bringt er gut sichtbar an der Außenseite der Haustür den heillegenden roten Zettel an.

Der Führer der Gruppe Hamburg:
Hr. Oßenborsf.

Verband e. V. e. V. Hamburg

Der Anschlag, den die Luftschutzwarte nach Durchführung ihrer Aufgabe am Hause anzubringen hatten, sah folgendermaßen aus (stark verkleinerte Wiedergabe:)

In diesem Hause hat

alles gewählt!

Luftschutzhauswart (Unterschrift)

Ueber die Wahl selbst und ihr Ergebnis äussern sich verschiedene Beobachter folgendermassen:

1. Bericht: Wir gaben die Parole aus, die Stimm Scheine ungültig zu machen. Wir selbst sagten uns, dass das Ergebnis schon vor der Wahl fertig sein würde. Es gab auf dem Zettel nur einen Kreis und viele wussten mit dem Zettel nichts anzufangen. Sie gaben ihn leer ab und so zählte er natürlich für Hitler. Die Methoden der Auszählung waren recht verschiedenen. Parole: "möglichst grosszügig". Grosse Schiebungen, wie zu erwarten, bereits in den Bezirkslokalen. Beispiel: Vorher alle nicht ganz zuverlässigen Wahlhelfer durch SA bezw. Pgs. ersetzt. Ansprache über die Bedeutung der Auszählung. Alles für den Führer, nur wenn ausdrücklich "Nein" im Kreis steht, ungültig. Alles andere für Hitler. An anderer Stelle: Leere Zettel immer für den Führer, alles durchgestrichene ebenfalls und nur wenn im Kreis "Nein" stand und alles andere durchstrichen war, galt der Zettel als Gegenstimme. Man konnte machen, was man wollte, es war immer eine Stimme für Hitler. Zur Belustigung noch ein Beispiel: Kreis wurde aus dem Stimmzettel ausgeschnitten. Namen wurden durchstrichen und versehentlich blieb Goebbels stehen. Die Stimme wurde natürlich auch für den Führer gerechnet. Ein Anwesender protestierte. Als Antwort kam vom Wahlvorsitzenden: "Haben Sie oder ich hier etwas zu sagen?"

2. Bericht: Nur ein Kreis war da und jeder, der ein bisschen Angst hatte, weil er glaubte, man merkte es, wenn er "Nein" in den Kreis schreibt, hat es wohlweislich unterlassen, es zu tun. Jeder, der nicht so schnell denken oder nachdenken konnte, was er machen sollte, machte unwillkürlich sein Kreuz in den Kreis. Man denke an die alten Stiftstanten, die Kranken und Halbgestorbenen. Man ist in die Stifte mit Wahlurnen gegangen, hat den tatterigen Tanten die Hand geführt, das Kreuz in den Kreis gemalt und hat den Zettel in die Urne getan. Jeder Zettel, mit einem Kreuz von oben bis unten durchstrichen, ist als Ja gezählt worden.

3. Bericht: Dass Herr Goebbels eine Riesendummheit mit seinen 99% gemacht hat, weiss die ganze Welt und hier glaubt es auch keiner. In der Wahlvorschrift, die der Wahlvorsteher bekam, steht folgender Absatz: "Ein Stimmzettel kann nicht ohne weiteres ungültig erklärt werden, wenn er überhaupt keine Bezeichnung hat." Auf gut deutsch: der Wahlvorstand war gezwungen, diesen Stimmzettel als gültig zu erklären. Als ungültig sind nur die gerechnet worden, auf denen im Kreis ausdrücklich ein "Nein" stand. Aber als gültig erklärt worden sind folgende Stimmzettel: Wenn im Kreis 3 Pfeile oder ein Sowjetstern gemacht worden waren oder sonst eine Bemerkung stand!

In unserer näheren Umgebung hat man die meisten Leute, die noch vor 1934 im Wahlvorstand waren, nicht wieder hinein-

genommen, denn sonst wäre wohl noch viel mehr ans Tageslicht gekommen. Ein Wahlvorsteher sagte: was er diesmal bei der Wahl erlebt habe, möchte er nicht noch einmal durchmachen, und er würde in Zukunft diesen Posten ablehnen, da er so etwas mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne.

Aus Kiel wird berichtet: Ausser den Organisationen der Partei wurden Schutzpolizei, Reichswehr und Marine in geschlossenen Formationen in den Wahlkampf eingesetzt. Sie marschierten mit Musik durch die Stadt und im Sprechchor brachten sie dann die verschiedensten Wahlparolen zum Vortrag. Ausserdem war von Eutin ein Tankgeschwader und Panzerwagen zu Propagandazwecken eingesetzt. Die Tanks und Panzerwagen waren mit Plakaten behängt.

Am Tage nach der Wahl hat man aus den verschiedensten Grossbetrieben eine Anzahl Leute verhaftet, die sich über das Wahlresultat lustig gemacht hatten. Auf der Germania-Werft wurde als erster ein junger Arbeiter verhaftet, der im Waschraum dem Wärter gegenüber geäussert hatte, dass diese Wahl ja Humbug sei. Von dort ist der Wagen der Polizei zur Firma Bohm u. Köhler, weiter zu Neufeld u. Kuhnke und zu den Deutschen Werken gefahren, und hat dort einige Leute, die Zweifel an dem Wahlresultat äusserten, mitgenommen. Der erstgenannte junge Arbeiter wurde nach einigen Tagen entlassen, während die übrigen noch bei der Gestapo in der Düppelstrasse sitzen.

Bei Neufeld u. Kuhnke musste noch Rache genommen werden für die Haltung, die die Arbeiter bei der Wahlbetriebsversammlung eingenommen hatten. Es war dem Redner selbst im Schweisse seines Angesichts nicht gelungen, irgendeine Beifallsäusserung von den Leuten herauszuholen, im Gegenteil, die Leute standen mit den Händen in der Tasche, steif und gerade und starrten den Redner an, ohne das Gesicht zu verziehen. Bevor der Redner das "Heil Hitler" ausbringen konnte, hatten sich die Leute schon zum Gehen gewandt. Aus Rache sollten nachher einige Leute entlassen werden. Da es sich jedoch hier um einen Rüstungsbetrieb mit ganz hochqualifizierten Arbeitern handelt, was das nicht so einfach, man brauchte die Leute. So wurde denn schliesslich einer, der nicht zu den Erstklassigen gehörte, als Opfer ausersehen.

In den Reihen der Nazis ist durch diese Wahl nach Auffassung der Leute wieder etwas mehr Sicherheit entstanden. In der letzten Zeit war es so, dass nicht nur in den Rüstungsbetrieben, sondern ganz allgemein in der Öffentlichkeit an den Zuständen Kritik geübt wurde. In den meisten Fällen wagten anwesende Nazis nichts dagegen zu sagen. In weiten Kreisen lacht man über das Wahlresultat und der Gedanke, dass diese Wahl nicht nur aus aussenpolitischen, sondern besonders aus innerpolitischen Gründen gemacht wurde, ist weit verbreitet.

Aus Flensburg wird mitgeteilt: Ein uns bekannter Mann hat seinen Stimmzettel mit einem Stück weissen Papier umgetauscht. Diese Stimme wurde als gültig gerechnet. Ein in Stücke gerissener Zettel war ebenfalls gültig. Blanke Scheine galten als Ja-Stimme. Nur die Zettel, auf denen ausdrücklich "Nein" geschrieben war, wurden als Gegenstimme gezählt.

Berlin, 1. Bericht: Ueber das Resultat der Wahl darf keine Illusion herrschen. Es ist nicht richtig, die hohe Stimmziffer für Hitler ausschliesslich auf Fälschungen zurückzuführen. Zunächst ist zu beachten, dass überhaupt keine Klarheit darüber bestand, was als "ungültig" zu gelten habe. Uns ist bekanntgeworden, dass an die Wahlvorstände ein Rundschreiben ergangen ist, welches besagt, dass bei der Handhabung der Wahl das Führerprinzip zu gelten habe und der Vorsitzende die Entscheidung über die Anrechnung der Wahlstimmen zu fällen habe. Als wirkliche Nein-Stimmen sollen nach diesem Rundschreiben nur diejenigen Wahlzettel gelten, auf denen ausdrücklich "ungültig" oder "Nein" vermerkt ist. Ein Kreuz quer über den ganzen Wahlzettel z.B. wird nicht als Ungültigmachung betrachtet, sondern als Ja. Ebenso ein leerer Zettel.

In kleineren Orten ist es vielfach vorgekommen, dass die SA an einem offenen Tisch wählte, der Wahlvorgang somit für jedermann übersichtlich war und der Bevölkerung nichts anderes übrig blieb, als dem Beispiel der SA zu folgen und offen ihre Stimme als Ja-Stimme abzugeben. Von Berlin kann man das nicht sagen. Dort war die Wahl äusserlich ganz nach demokratischem Muster organisiert. Es gab Zellen in den Wahllokalen.

Eine Kontrolle der Wahlergebnisse war uns an zwei Stellen möglich. In einem Arbeitervorort wurde das Abstimmungsergebnis in zwei Wahllokalen kontrolliert. In einem Lokal ergaben sich 200 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen; im anderen 320 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen. Als offizielles Gesamtergebnis der beiden Wahllokale wurden jedoch nur 17 Nein-Stimmen mitgeteilt. Obwohl als sicher angenommen werden muss, dass Tausende solcher Fälle der Wahlfälschung vorgekommen sind, und vorgekommen sein müssen, da ja ein solches Ergebnis wie das offiziell mitgeteilte, praktisch eine Unmöglichkeit ist, muss trotzdem angenommen werden, dass ein grosser Teil der Bevölkerung wirklich mit Ja gestimmt hat. Schätzungen über echte Ja-Stimmen haben natürlich wenig Zweck. Immerhin würden wir mit 75 bis 85% rechnen.

Man muss zu einer solchen Schätzung kommen, wenn man die Wirkung der propagandistischen Vorbereitung der Wahl erlebt hat. Während zuerst unmittelbar nach dem 7. März die Reaktion der einzelnen Bevölkerungsschichten noch recht unterschiedlich war, wurden im Verlauf des "Wahlkampfes" alle Gruppen von der nationalistischen Psychose ergriffen. Der Wahlkampf selbst übertraf alle bisher erlebten propagandistischen Anstrengungen. Er stand unter einheitlicher Führung und glänzender Regie. Jeden Tag gab es eine neue Ueberraschung, eine neue Parole. So waren z.B. an einem Tage plötz-

lich alle Taxis, Lastkraftwagen, Omnibusse usw. mit Plakaten versehen: Kraftfahrer wählen Adolf Hitler! Am nächsten Tag waren sämtliche Stadt- und Vorortbahnen mit Plakaten übersät. An jeder Baustelle, an jedem Haus, jedem Geschäft, jedem Zaun tauchten Plakate auf wie: Dass wir hier bauen, verdanken wir dem Führer! An den Garnisonen klebten Plakate: Deutsche Garnisonen sind Garnisonen des Friedens. Im Arbeiterviertel und zwar ausgerechnet in der Köslinerstrasse waren quer über die Strasse Transparente gespannt: Wir führen den Kampf gegen den Weltbolschewismus.

Die SA wurde geschlossen zum Wahlkampf eingesetzt. Arbeitsversäumnis bekamen sie bezahlt. Ein Betriebsführer äusserte sich: Wenn das so weiter geht, können wir den Laden zumachen. Alle Leute seines Betriebes, die zur SA gehörten, wurden zur Rede des Führers in die Deutschlandhalle kommandiert und ein grosser Teil war auch sonst dauernd für irgend eine Wahlaktion eingesetzt. Die SA trug ständig Uniform, auch im Betrieb, soweit es die Arbeit irgendwie erlaubte. Die alten Sturmlokale wurden wieder voll mit SA besetzt. Das Strassenbild war von der SA beherrscht. Die SA ging restlos in der Wahlpropaganda auf. Von Kritik war nichts zu merken, nur gelegentlich Klagen über den allzu strengen Dienst. So beklagte sich ein SA-Mann, dass er eine Woche lang jeden Abend Dienst machen musste und entweder auf Streifendienst geschickt wurde oder im Lokal sitzen musste. Es waren scharfe Anweisungen an die SA gegeben worden, gegen Wahlstörer rücksichtslos vorzugehen. Uns sind zwei Fälle bekannt, wo Leute, die beim Plakateabreissen erwischt wurden und zu türmen verurteilt, angeschossen worden sind.

Die Betriebe mussten sich gleichfalls voll in den Dienst der Wahlpropaganda stellen. Die Betriebsleitungen bekamen Aufforderungen, Tabellen und Transparente mit Angaben über das Verhältnis der Belegschaftsziffer des Betriebs von 1933 und 1936 anzufertigen. Die gutbeschäftigten Rüstungsbetriebe brachten darauf am anderen Tage Plakate mit genauen Belegschaftsziffern in den beiden Vergleichsjahren. Andere, schlecht oder weniger gut beschäftigte Betriebe brachten nur ungenaue Angaben oder einfach Prozentzahlen. Die grösseren Betriebe mussten die Plakate selber bezahlen. Die kleinen bekamen in Massen Plakate von der Arbeitsfront geliefert. Vor allem die Kaufleute. Aus Angst nahmen sie nicht nur alle Plakate entgegen, sondern hingen sie auch ins Schaufenster, so dass kein Platz mehr für die Ausstellung der Waren blieb. Die Wohnbaugenossenschaften gaben besondere Flugblätter über die Wohnverhältnisse früher und heute. Ebenso die Konsumgenossenschaften über das Gedeihen der Konsumbewegung. Ueberhaupt gab jeder kleine Nazibonze möglichst noch eigene Flugblätter und Plakate heraus mit Angaben, die in den meisten Fällen reine Phantasieprodukte waren. In den kleinen Kneipen sah man vielfach handschriftlich gemalte Tabellen etwa über die Entwicklung des Exports seit Hitlers Machtantritt. Die dort mitgeteilten Zahlen hatten mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Zu der grossen Führerrede in der Deutschlandhalle musste die Belegschaft der Grossbetriebe geschlossen antreten und in den Aufmarschstrassen für den Führer Spalier bilden. Dabei haben sich zwar viele gedrückt, im allgemeinen aber war grosse Begeisterung. Die Leute haben stundenlang gewartet.

Besonders stark war der Druck auf die Belegschaften der städtischen Betriebe. Nicht nur, dass sie zur Spalierbildung abkommandiert wurden, einzelne Mitglieder der Belegschaften wurden auch in die Deutschlandhalle hinein geschickt. Interessant und sehr bedeutsam für die Wirkung, die Hitler immer noch auf die Massen ausübt, ist der zuverlässige Bericht, der uns über einen alten und erfahrenen SP-Funktionär mitgeteilt wurde. Dieser frühere Genosse hat sich bis heute durchweg ablehnend gegenüber dem Regime verhalten. Er gehörte zu denen, die in die Halle abkommandiert worden sind und hörte dort zum ersten Mal den Führer persönlich reden. Er erklärte nach der Rede unserem Gewährsmann: Diesmal wähle ich Hitler. Der Mann hat recht. Ich bin ein Deutscher und kann nicht dagegen stimmen, dass Deutschland seine Rechte auch im Rheinland ausübt. Ähnliche Fälle haben sich verschiedentlich wiederholt. Die Leute erliegen den Gefühlsargumenten Hitlers. So erklärte nach der Lustgarten-Kundgebung einer unserer Gewährsmänner: "Wenn ich nicht so fest wäre, dann wäre ich heute beim Gebet Hitlers am Schluss seiner Rede auch weich geworden."

Am kritischsten bleibt die Stimmung in den graphischen Betrieben. Dort ist die Belegschaft auch heute noch dem Regime gegenüber weit kritischer und ablehnender eingestellt als in den meisten anderen Betrieben. Es wirken hier mehrfache Gründe zusammen: erstens handelt es sich um eine sehr geschulte und qualifizierte Arbeiterschaft, die ausserdem durch den besonderen Charakter ihrer Arbeit zu kritischem Denken erzogen wird. Dazu kommt, dass das graphische Gewerbe allgemein schlecht beschäftigt ist und nicht zu den Nutzniessern der Hitler-Konjunktur gehört. Solche Formen der Kritik, wie sie uns verschiedentlich aus grossen Druckereien berichtet werden, kommen in anderen Betrieben kaum vor. Nur ein Beispiel: In einer grossen Druckerei kommt ein Kollege zum anderen und hält ihm einen Federhalter hin mit der Bemerkung: Wähle mal einen davon! - Eine offene Wahlkritik, die er sich nur leisten kann, weil er sich auf seine Kollegen verlassen darf.

Auch in anderen Betrieben wurde natürlich teilweise gemekelt, aber in viel unpolitischerer Form. So wurde der Aufwand für die Wahl, die Kosten, "die wir doch bezahlen müssen", usw. bekritelt. Auch Bemerkungen der Art fielen: Der Führer sagt, er hätte kein Bankkonto! Er meint, in Deutschland hat er keins! Der Zwang zur Teilnahme an den betrieblichen Uebertragungen der Führerreden schuf natürlich vielfache Verärgerungen wegen der Zeitversäumnisse usw. Doch setzten nirgend kritische Diskussionen ein. Die Betriebsführer mussten regelmässig vor solchen Veranstaltungen kurze Ansprachen halten, in denen

sie auf die Besserung der Verhältnisse hinweisen mussten. Auch darüber nirgends kritische Unterhaltungen unter den Arbeitern. Ebenso ist die Kritik über den Butter- und Eiermangel ganz verschwunden.

Das Winterhilfswerk war vor der Wahl besonders rührig. Noch nie bekamen die Leute so viel vom WHW wie unmittelbar vor der Wahl. Von manchen wurde das als "Wahlspeck" erkannt. Aber doch keineswegs von der Mehrzahl.

Sehr kritisch gegen das Regime ist nach wie vor die Arbeiterschaft bei den Autobahnen. Von einem Abschnitt der Autobahn wird uns z.B. über die Uebertragung der Krupprede Hitlers berichtet: Die Belegschaft musste deswegen nach Arbeitschluss auf dem Bau bleiben, was die Stimmung schon sehr verärgerte. Zu Beginn der Rede kam der Betriebsführer im Auto vorgefahren und grüsste mit "Heil Hitler". Die Arbeiter reagierten fast überhaupt nicht auf diesen Gruss. Am ungeniertesten zeigten die gelernten Zimmerleute ihre Verärgerung. Es fielen Aeusserungen wie: an dieser Wahl müsste man überhaupt nicht teilnehmen.

Am Sonnabend vor der Wahl wurden die Arbeitslosen auf dem Arbeitsamt Berlin-Mitte zu einer Versammlung zusammengefasst. Der Arbeitsamtleiter forderte die Arbeitslosen auf, sich am anderen Tag restlos für den Führer auszusprechen. Er vereidigte dann alle Arbeitslosen darauf. Unser Gewährsmann sagte uns: Ich kann doch jetzt nicht gegen Hitler stimmen, ich habe meinen Eid geleistet und kann mich nicht meineidig machen.

Im ganzen muss festgestellt werden, dass die Stimmung der gesamten Bevölkerung der ungeheueren Propaganda erlag. Charakteristisch dafür z.B. das Verhalten im Kino, wenn in der Wochenschau der Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland gezeigt wurde und etwa Goering in Uniform auftauchte. Früher ging regelmässig beim Auftauchen Goerings in Uniform auf der Leinwand ein Gelächter durch die Reihen der Zuschauer. Jetzt dagegen wahnsinniger Beifall. Dass im übrigen sämtliche Wochenschauen und überhaupt das Kino vollständig in den Dienst der Wahlkampagne gestellt wurden, ist selbstverständlich. Auch hier wurde nach der Methode gearbeitet: jeden Tag eine neue Parole. Sehr viel Zahlen über den Wirtschaftsaufstieg. Aber immer nur eine Angabe an einem Tag, etwa: Schiffstonnage 1930 soundsoviel, heute soundsoviel. Am anderen Tag Angaben über Entwicklung der Beschäftigtenziffer oder ähnliches. Ausserdem wurden derartige Sachen nicht nur bei Beginn der Vorstellung, sondern auch zwischen den Akten des Films gebracht.

Der Schleppdienst am Wahltag selbst war so organisiert, dass es unmöglich war, sich der Stimmabgabe zu entziehen. Die Hauswarte und Blockwarte mussten genau kontrollieren, ob jeder Wahlberechtigte wählen gegangen war. Wenn in seinem Hause alles zur Wahl gegangen war, brachte er ein Plakat an seinem Hause an: In meinem Haus hat alles gewählt!

Das Wahlergebnis wurde von niemanden ernst genommen. Es kümmerte sich kaum jemand um die Bekanntgabe der Resultate.

In der U-Bahn wurden am Montag nach der Wahl kaum Montagsblätter gelesen. Ein Zeitungsverkäufer äusserte sich: "Seit 5 Uhr früh stehe ich jetzt volle 3 Stunden und habe fast keine Zeitung verkauft. Die Leute werfen kaum einen Blick auf die Überschriften. Wenn das so weiter geht, kann ich den ganzen Tag stehen, ohne eine Zeitung loszuwerden." Auch in den Betrieben keinerlei Stellungnahme zu den Wahlergebnissen, sondern absolute Gleichgültigkeit. Bei einer Diskussion unter Nationalsozialisten in einem Lokal äusserte sich einer: Das Ergebnis ist eigentlich viel zu gut; es glaubt uns niemand.

Soweit sich über politische Aktivität und Einstellung der illegal arbeitenden Gruppen überhaupt etwas feststellen und mitteilen lässt, kann man es wie folgt zusammenfassen: Bei den aktivistisch eingestellten Arbeitern ist immer noch die "demokratische" Auffassung anzutreffen, dass man die Wahl beeinflussen könne und müsse. Dies besonders stark bei KP-Anhängern. Diese haben einen wirklichen, wenn auch leider politisch völlig nutzlosen und falschen Heroismus gezeigt. Trotz der zahlreichen Verluste durch Verhaftungen gehen immer neue Garnituren in den Kampf. Zur Wahl hat die KP ihre letzten Leute zusammengerissen und für die unterirdische Arbeit eingesetzt. Man kann sich darauf verlassen, dass keiner dieser Leute mit Ja gestimmt hat. Auch Flugblätter wurden herausgebracht, z.B. ein sehr gut abgezogenes, das zur Hitlerschen Aussenpolitik Stellung nahm. Es erschienen auch kleine Klebezettel: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Strassenpinseleien, die man ab und zu bemerken konnte, wurden immer sehr schnell beseitigt. In vielen Strassen sind offenbar organisiert. Plakate abgerissen worden. Dabei sind eine ganze Anzahl von Verhaftungen erfolgt. Gerüchtweise hört man auch schon wieder von weiteren Verhaftungen infolge der Wahlaktivität. Die Grundhaltung der KP wird klar aus einer Diskussion, die ein Freund von uns mit einem KP-Mann hatte. Der KP-Mann war absolut nicht davon zu überzeugen, dass man diese Wahl auch bei grösstem Heroismus und grösster Aktivität überhaupt nicht beeinflussen könne, und dass es ein Nichtverstehen des Wesens des Faschismus bedeutet, wenn man glaubt, mit solchen Mitteln den Kampf gegen Hitler führen zu können. Entsprechend sind auch die Illusionen der Kommunisten über den Erfolg ihrer illegalen Arbeit. So erzählte der KP-Mann durchaus überzeugt, ihm wäre berichtet worden, dass von einem Grossbetrieb in Wirklichkeit nur 50% mit Ja gestimmt hätten. Derartige Illusionen hört man des öfteren. - Bei aller grundsätzlichen Ablehnung der Arbeitsmethoden der Kommunisten muss jedoch festgestellt werden, dass sie teilweise unter den Antifaschisten gewisse Erfolge damit erzielen.

Von SP-Arbeitern ist verhältnismässig wenig vor den Wahlen gearbeitet worden, mit vollem Recht. Es wurde vorher viel diskutiert, ob man die Wahl beeinflussen könne und was zu tun sei. Man kam zu dem Schluss: man darf keine Illusionen haben, die Wahl ist nicht zu ändern. Speziell die jungen

SP-Genossen sind darin sehr realistisch. Einige ältere Genossen hatten vor der Wahl verabredet, in die Kuverts Zeitungspapier in der Grösse der Wahlzettel hineinzustecken und die Stimmzettel als Beweis dafür, dass sie wirklich nicht für

Hitler gestimmt haben, zurückzubehalten. Das ist vielfach durchgeführt worden.

Die Grundtendenz bei den meisten ehemals politisch aktiven Genossen ist heute Passivität. Die guten politisch festen Arbeiter vereinsamen auch in den Betrieben darum immer mehr. Bei ihnen macht sich teilweise schon starke Depression bemerkbar. Der Wahlausgang wird von vielen der Besten geradezu als eine neue Niederlage bezeichnet. Die immer häufiger zu hörende Aeusserung: Wenn nur ein Krieg käme, damit endlich der heutige Zustand aufhört, ist ein Ausdruck der zunehmenden Depression und des schwindenden Vertrauens der Arbeiterschaft zu eigener Kraft. Auf der anderen Seite bilden sich zahlreiche isolierte Gruppen und Grüppchen, die ohne Namen und ohne eigene Programmatik den Zusammenhalt aufrecht erhalten, diskutieren und sich informieren.

2. Bericht: Die Stimmung ist auch nach den Wahlen vom 29. März in allen Kreisen der Bevölkerung äusserst ungünstig. Man ist sich ganz allgemein klar darüber, dass das Wahlergebnis nur auf Grund ganz allgemeiner und grösster Fälschungen zustande gekommen ist. Es ist ganz gleichgültig, in welchen Kreisen man sich über dieses Thema unterhält, überall bekommt man bei dem Hinweis auf die 99 % nur ein Lachen als Antwort.

In Köpenick wurde mir gesagt, dass nach vertrauenswürdigsten Informationen die Wahlleiter in Gross-Berlin von der Gauleitung dahin instruiert wurden, dass bei der Wahl unter keinen Umständen weniger als 95% Ja-Stimmen gezählt werden dürfen. In den Dörfern des Kreises Osthavelland, wenigstens in der ganzen Gegend um Nauen herum, wurde ohne Wahlzellen gewählt. Die Wähler mussten in voller Öffentlichkeit ihre Stimmzettel ankreuzen, "weil es ja doch nur eine Meinung gäbe".

Am Tage der grossen Wahlkundgebung in der Deutschlandhalle in Berlin, bei der Hitler redete, mussten sämtliche Angestellte und Beamte der Stadt und der öffentlichen Körperschaften nach Dienstschluss in ihren Dienstgebäuden bleiben. Die Ausgänge waren besetzt, nur Personen durften passieren, die einen Ausweis vom leitenden Amtswalter der Behörde hatten. Am Nachmittag wurden sie in Dreierreihen aufgestellt und marschierten dann, flankiert von ihren uniformierten Amtswaltern, durch die Stadt nach der Deutschlandhalle. Der Vorplatz der Halle war in weitem Umkreis von SS-Leuten abgesperrt. Der Kordon wurde geöffnet, wenn ein Zug eintraf, es wurde scharf darauf geachtet, dass auch jeder mit hineinging und dann wurde der Kordon wieder geschlossen. Ein Entweichen gab es

nicht.

Zu der Kundgebung in der Deutschlandhalle kam Hitler, wie immer, mit drei Autos vorgefahren. Das erste war ein Polizeiauto, im zweiten sass er mit seiner persönlichen Bedeckung selbst, das dritte war besetzt mit SS. Von der Auffahrt, über den Vorplatz, durch die ganze Länge der gewaltigen Halle bildete die Leibwache Adolf Hitlers, ausgerüstet mit Stahlhelm und Karabiner, auf Tuchfühlung stehend, eine Gasse, durch die er hindurchschritt. Die Mannschaften waren so aufgestellt, dass abwechselnd einer immer mit der Front zur Gasse stand und zwei mit dem Gesicht zum Publikum. Vor dem Podium, von dem Hitler sprach, war ein ziemlich weiter Raum freigelassen. Erst dann standen dicht massiert, Reihen von zuverlässigen Uniformierten. Das eigentliche Publikum war also weit von dem Führer entfernt. Während der ganzen Rede standen hinter und neben ihm 6 SS-Leute, die Hand an der Revolvertasche.

Es ist bekanntlich verboten, dem Führer Blumen und Blumensträuße zuzuwerfen. Als dies in der Deutschlandhalle doch geschah, und die Blumen unmittelbar hinter Hitler in die Gasse fielen, bückte sich schnell ein Mann aus der Leibwache, riss die Blumen empor und warf sie in weitem Bogen wieder ins Publikum zurück.

3. Bericht: Ueber die Wahl wird nicht mehr gesprochen. Das Ergebnis hat unsere Genossen absolut nicht deprimiert. Dazu war der Schwindel zu offenkundig. Das Scherzwort, dass bei einem Einbruch in Goebbels Wohnung alle Wahlresultate bis zum Jahre 1940 gestohlen worden seien, ist wieder neu aufgelebt und durch ganz Berlin gegangen. Unsere Genossen haben versucht, in 16 Wahllokale Vertrauensleute zu schicken, die bei der Auszählung zugegen sein sollten. Das ist aber nur in zwei Fällen geglückt. In einem Wahllokal hat der Wahlleiter, ein Nationalsozialist, ein vertrauliches Schreiben des Kreiswahlleiters verlesen, wonach alle durchstrichenen Stimmzettel als gültig erklärt werden sollten, und als ungültige Stimmzettel nur diejenigen zu gelten hätten, auf denen direkt das "Nein" gestanden hätte. In einem anderen Wahllokal ist das Rundschreiben zu spät beim Wahlleiter eingegangen, so dass die Ergebnisse auf Grund der Vorschriften des Kreisleiters berichtigt werden mussten. In einigen Fällen konnte festgestellt werden, dass die Kabinen in Ordnung waren, in anderen wiederum waren die Vorhänge zu kurz, so dass man beobachtet werden konnte.

Ein bezeichnendes Beispiel für die Wahlpropaganda ist das nachstehende Flugblatt. Die Nazis scheuen sich nicht, darin sogar die Behauptung aufzustellen, dass Hitler die Brechung der Zinsknechtschaft verwirklicht habe!

Adolf Hitler blieb sich treu!

Nicht die Macht um der Macht willen erstrebte der Führer, er will vielmehr sein auf Freiheit und Wohl des deutschen Volkes gerichtetes Lebensziel verwirklichen. Diese heute noch gemiefene Konsequenz seines Denkens und Handelns wurde einst von dem höchsten preussischen Beamten der Systemzeit wie folgt bekräftigt:

„Einmal in den Besitz der ihn verlockenden Macht gelangt, wird Hitler seine hauptsächlichsten Programmpunkte vergessen und so seine ehemals stolzen Pläne ganz jämmerlich reduzieren.“

Hitler vergaß nichts!

Hitler erreichte schon in den ersten drei Jahren:

Zertrümmerung von Versailles!
 Ausschaffung des Judentums aus dem Volkshörper!
 Abschaffung der Parlamentswirtschaft!
 Erwerbsmöglichkeit für über zwei Drittel aller vorher Arbeitslosen!
 Rückgängigmachung der Offizieneinbürgerungen der Republik!
 Verhinderung der Reizwanderung von Juden!
 Brechung der Jüdnenschaft!
 Staatliche Aufsicht über alle Großbetriebe!
 Anerkennung nur des ehrlich Schaffenden!
 Ausbau der Altersversicherung!
 Rettung von Handwerk und Gewerbe vor dem Untergang!
 Bodenwirtschaft unter Aufsicht des Staates!
 Ausrottung oder Umschulung aller Verbrecher an der Allgemeinheit!
 Ausbau des Volkshilfswesens!
 Hebung der Volkshilfsarbeit!
 Bildung eines Volkshilfses!
 Schaffung einer deutschen Presse!
 Geheimnisfreiheit für jeden Reichsbürger!
 Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches und unbedingter Autorität des Reichstages!
 Bildung von Stände- und Berufskammern!

**Das waren Hitlers Forderungen, das sind heute
 Errungenschaften des ganzen Volkes!**

Deshalb wählen wir immer wieder

Adolf Hitler!

4. Bericht: Jeder Geschäftsmann bekam ganze Stöße von bunten Plakaten, Hitlerbildern und dergleichen und musste seine sämtlichen Schaufenster damit vollkleben. Die jüdischen Geschäfte liess man aus. Die nicht ganz hasenreinen Mitbürger überschwemmte man ebenfalls mit illustrierten Zeitungen, vor allem mit Hitlerbildern, Statistiken über den wirtschaftlichen Aufschwung seit der Machtübernahme, mit furchtbaren Bilderanklagen gegen das bolschewistische Regime in Russland usw. Leider gab es besonders im Wedding wenig unbeflagte Fenster und besonders die früheren Kommunisten taten sich bei der Beflaggung hervor. Ich habe noch nie eine Fahne herausgehängt und obwohl

ich auch im Jahre 1933 acht Tage in Haft gewesen bin, lässt man mich zufrieden. Ich habe die bestimmte Ueberzeugung, dass mit ein bisschen mehr Mut die Dinge sich in Deutschland bald ändern würden. Aber die Arbeiterschaft ist mut- und ehrlos. Nicht der Bauer, nicht der Bürger, nein der Arbeiter ist heute die Stütze des Systems.

Ueber das "Wahlresultat" lacht ganz Berlin und erklärt Goebbels für den grossen morgenländischen Propheten, der schon 14 Tage vorher gewusst hat, wieviel Prozent herauskommen. Alle Stimmzettel, die nicht ein einfaches Nein im Kreis hatten, wurden sämtlich für gültig erklärt. Also auch die Stimmzettel, die durchstrichen, eingerissen oder sonst ungültig gemacht waren. Ein Beispiel: In einem Wahllokal in einem Berliner Vorort wurde ein Wahlzettel vorgefunden, auf dem stand: Nein - niemals! Der Stimmzettel wurde vom Wahlvorstand durch Abstimmung für eine Ja-Stimme erklärt, da niemals nein nur ja bedeuten könne.

Mitteldeutschland, 1. Bericht: In einem Bezirk in X., der früher ganz rot war, kenne ich den Wahlvorsteher persönlich. Der Mann ist "alter Kämpfer". Von ihm stammt das folgende: Alle Stimmzettel, auf denen irgend ein Bleistiftzeichen gemacht war, mussten laut Dienstanweisung als Ja-Stimmen gezählt werden. Auf keine Art konnten die Wähler mit dem Bleistift die Stimme ungültig machen oder sich gegen die Liste erklären. Trotzdem hatte er in seinem Wahlbezirk von 1.300 Wählern über 250 ungültige Stimmen. Dies Resultat hat er ordnungsgemäss an das Wahlamt berichtet. Am anderen Tage wurden im ... (Nazizeitung) die Ergebnisse bezirksweise detailliert veröffentlicht. Leute aus seinem Wahlvorstand lasen diese und kamen mit der Zeitung zu ihm und beschuldigten ihn falscher Berichterstattung. Sie rieben ihm die Zeitung unter die Nase, in der für diesen Wahlbezirk ganze fünf ungültige Stimmen angegeben werden. Er forderte die Herren empört auf, mit ihm zur Parteidienststelle zu gehen, um den Fehler aufzuklären. Dort wurde ihnen gesagt, dass man die Angaben vom ...amt habe. Sie möchten dorthin gehen und die Sache aufklären. Man begibt sich dorthin, wird angehört, um die folgende, allerdings erschöpfende "Auskunft" zu empfangen: "Meine Herren, das geht Sie gar nichts an. Seien Sie ruhig, gehen Sie nach Hause." Der Versuch einer weiteren Beschwerde wurde ganz offen mit Konzentrationslager bedroht. Diese "alten Kämpfer" sind kuriert.

2. Bericht: Die Stadt Braunschweig fügt sich würdig in den Rahmen der unter hartem Terror stehenden Landorte und hatte in den meisten Wahllokalen nur in den ersten Stunden Zellen. Die gastronomischen Betriebe der Stadt Hannover z.B. wählten geschlossen. Die Belegschaft des bekannten Cafe "Kröpke" fuhr im Autobus zum Lokal. Dort angekommen, verkündete ein Herold nach einem Trompetensignal, dass der Betrieb Kröpke geschlossen für den Führer stimme. Darauf trat die Belegschaft in langer

Front an eine Tafel, einer neben den anderen und kreuzte die schon bereitliegenden Zettel an.

Der Fall Lautenthal i. Harz, wo ein Nichtwähler nach In-szenierung eines Demonstrationzuges in Schutzhaft genommen wurde, ist bereits durch einen ausländischen Sender bekanntgegeben worden. Dazu kann ich nur noch ergänzen, dass der arm Mann nach seinem zwangsweisen Triumphzug durch den Ort am andren Tag arbeitslos wurde.

In dem Harzorte Astfeld (1.000 Einwohner) war eine Wahlzelle vorhanden, jedoch wurde in den meisten Fällen offen abgestimmt. Das Resultat zeigte, dass 8 Personen ihre Zettel durch Durchstreichen bezw. durch das Wort "Nein" im Kreis ungültig gemacht hatten. (Die nichtangekreuzten Stimmzettel wurden allgemein als gültig angesehen) Am anderen Montag verkündete der Gemeindediener durch Ausrufen die Namen der acht Volksverräter, die, soweit sie in Arbeit standen, entlassen wurden. Beim Arbeitsamt gibt es auf einen derartigen politischen Entlassungsgrund eine Unterstützungsperrfrist von 6 oder 12 Wochen. Schwerkranken wurde es überall sehr leicht gemacht, sie durften im Krankenbett dem Führer ihre Treue bekunden. Auch gab es geschlossenes Wählen, manchmal unter Vorantritt der Feuerwehr oder einer anderen Dorfkapelle. In sehr vielen Wahllokalen war neben den Zellen SA aufgestellt, die das Ankreuzen zu überwachen hatten. Wiederum ist es vorgekommen, dass bei Zellen, die nicht unter diesem besonderen Schutze standen, in Beamtenvierteln, oder den Wohnbezirken der besseren Leute, die Umschläge derjenigen vor dem Einwurf untersucht wurden, die sich länger als zum Ankreuzen nötig, in der Kabine aufgehalten hatten. Ein Arbeiter, der auf einen Zettel: "Gebt unseren Thälmann frei" geschrieben hatte, wurde sofort verhaftet. In einem Dorfe wurde eine Frau, die sich den Schleppern gegenüber standhaft weigerte, zur Abstimmung zu gehen, noch in den letzten Minuten vom Ortsgendarmen polizeilich zum Wählen geführt.

In X. wurde folgendes Flugblatt verbreitet:

Tue kein einziger unserer Gemeinde
die Schande an!

Wir stehen geschlossen zu

Adolf Hitler!

In Dasslitz bei Greiz i. Thür., einem Bauerndorf mit 375 Einwohnern, wurde nur eine Nein-Stimme gezählt. Die Wahlkommission war natürlich darüber entsetzt und bemühte sich eifrig diesen Menschen herauszufinden. Nach einigen Tagen war es ihnen auch gelungen, einen gewissen Fröhlich als Nein-Stimmer festzustellen. Dieser gab in einem Verhör zu, die Nein-Stimme abgegeben zu haben. Fröhlich ist daraufhin sofort von der Betriebsleitung der Papierfabrik Lehnsmühle entlassen worden.

In Langenwetzendorf Bezirk Greiz i. Thür. waren alle Wahllokale mit Zellen versehen. Damit sollte der Anschein einer geheimen Wahlhandlung erweckt werden. Die ganze Einrichtung war jedoch sehr dürftig, so dass kein Wähler wagen konnte, etwas zu tun, was die Öffentlichkeit nicht erfahren durfte. Die Vereine, welche geschlossen zur Wahl geführt wurden, bekamen beim Eintritt ins Wahllokal die Stimm Scheine schon im Umschlag fertig ausgehändigt und brauchten sie nur noch dem Wahlvorsteher abzugeben. Kein Mitglied eines Vereins hat tatsächlich die Wahlzelle benutzen können.

Im ganzen Landkreis Schleiz sind 33.493 Stimmen "für den Führer" und nur 121 "gegen die Liste" abgegeben worden, davon entfallen allein 75 Nein-Stimmen auf die Stadt Schleiz.

2) Rheinlandbesetzung und Kriegs-Angst

Die Rheinlandbesetzung hat als erste Reaktion - wir verweisen dafür auf die im vorigen Monat wiedergegebenen Berichte - erhöhte Angst vor dem Kriege hervorgerufen. Die seitdem eingegangenen Mitteilungen lassen erkennen, dass diese Besorgnisse durch die lärmende Wahlpropaganda nur vorübergehend zurückgedrängt werden konnten. Die in allen Landesteilen neuerdings stark erhöhte Aktivität des Luftschutzbundes und die gesteigerten Befestigungsarbeiten und militärischen Übungen in den Grenzgebieten vermehren die Beunruhigung.

Die Tatsache, dass der Rheinlandbesetzung keine energische Gegenaktion der Westmächte gefolgt ist, hat in den Reihen der Oppositionellen starke Depression hervorgerufen. Hitler gelingt einfach alles, sagt man, und manche noch nicht ganz begrabene Hoffnung auf den Sturz des Regimes von aussen her, ist erneut tief enttäuscht worden.

Schlesien: Man ist im oberschlesischen Grenzgebiet allgemein der Ansicht, dass jetzt die letzten Vorbereitungen für den Krieg getroffen werden und dass auch mit der Markentwertung schon in aller nächster Zeit gerechnet werden muss. Während vor den Reichstagswahlen die Diskussion recht rege war, wer nach Hitler kommen wird, findet man jetzt nur eine einzige Lösung: das Regime stürzt erst nach einem unglücklichen Ausgang des Krieges.

Im Bereich von Beuthen und Gleiwitz werden jetzt auch die früher wegen staatsfeindlicher Einstellung entlassenen Arbeiter und Angestellten zu Wehrübungen herangezogen. Die neu zur Entlassung Gekommenen müssen jetzt auch an Wochentagen Wehrdienst leisten, früher dagegen nur Sonntags. Frühere Chargierte aus dem Weltkrieg werden jetzt nach Oppeln zu besonderen Kursen herangezogen. Jedenfalls sind die Kriegserwartungen allgemeiner Unterhaltungsstoff. Die allgemeine Stimmung ob in der Arbeiterschaft oder im Bürgertum, ist gegen den Krieg. Selbst das nationalsozialistische Bürgertum möchte keinen Krieg. In allen Schichten ist aber gefühlsmässig die Befürchtung vorhanden, dass das Regime bald zu einem kriegerrischen Schläge ausholen wird.

Sachsen, 1. Bericht: Nach der Rheinlandbesetzung wurde in weiten Schichten mit scharfen Massnahmen der Völkerbundsmächte gerechnet. Man glaubte im Chemnitzer Bezirk ziemlich allgemein an Sanktionen und zwar wirtschaftliche wie auch politische. Niemand nahm eigentlich an, dass der Völkerbund hier dieselbe schlappe Haltung einnehmen werde wie nach der Einführung der Wehrpflicht. Man sah daher für den Chemnitzer Industriebezirk mit seiner Exportabhängigkeit und seiner Rohstofflage geradezu eine Katastrophe voraus. Man sprach es in unterrichteten Wirtschaftskreisen offen aus, dass Sanktionen für Deutschland viel verheerender wirken müssten als z.B. für Italien. Insbesondere für den Chemnitzer Wirtschaftsbezirk hätten Sanktionen wirtschaftlicher Art geradezu die Vernichtung bedeutet. Uebrigens war die Nervosität in diesen Wochen im Chemnitzer Grenzgebiet besonders gross, auch aus militärischen Gründen. Es gingen an der Grenze von Olbernhau bis ins Vogtland überall die Gerüchte, dass in der Tschechoslovakei an der Grenze sowjetrussische Flieger stationiert wären und dass im ersten Momente des Krieges das sächsische Heeresindustriengebiet in einen Trümmerhaufen verwandelt würde. Diese Angstpsychose breiter Kreise näherte sich schon bedenklich einer Panikstimmung und das Vertrauen zur siegreichen Abwehr durch deutsche Streitkräfte ist gar nicht so unbedingt. Man hat das Gefühl, dass das Hitler-Regime auch kräftig geblufft hat und wohl noch einige Jahre braucht, um den anderen ebenbürtig zu werden. Man ist deshalb darüber aufgebracht, dass Hitler so provozierend auftritt und dadurch einmal leichtfertig den Krieg entfesseln könnte. Die Entmilitarisierung des Rheinlandes und die diesbezüglichen Bestimmungen des Versailler- und des Locarno-Vertrages empfanden weite Kreise

ebensowenig als eine Ehrlosigkeit für das deutsche Volk wie die Tatsache, dass Elsass-Lothringen heute zu Frankreich gehört. Man hatte sich längst daran gewöhnt, diese Entmilitarisierung als eine Massnahme zur Sicherung des Friedens hinzunehmen und empfand den Schritt Hitlers als eine sehr überflüssige Provokation Europas und als eine Gefährdung des Friedens. Das ist jedenfalls das Urteil weiter Bevölkerungskreise im sächsischen Grenzgebiet, wo man die Gefahr des Krieges als besondere Bedrohung der Heimat empfindet.

2. Bericht: Die Rheinlandbesetzung wird noch immer lebhaft diskutiert. In der Arbeiterschaft und auch im Mittelstand sieht man in der Rheinlandbesetzung den ersten Schritt zum Kriege. Man ist fest davon überzeugt, dass es in gar nicht allzu langer Zeit zu einem Krieg mit Frankreich, der Tschechoslowakei und Sowjetrußland kommt. Versprach man sich früher von einem Krieg innerpolitische Hilfe, so hat man jetzt vor einem zweiten Völkermorden Angst, denn die Technik wird, ganz gleich wie die Chancen stehen, viele Menschen und Werte vernichten. So kommen immer grössere Teile der Bevölkerung zu der Erkenntnis, dass es besser ist, wenn eine politische Aenderung aus dem Innern kommt, weil man dadurch vielleicht einen Krieg verhüten kann.

3. Bericht: In Dresden werden revierweise Luftschutzkurse abgehalten. Die Bewohner der einzelnen Häuser werden zur Teilnahme an diesen Kursen reihum bestimmt und können sich von der Teilnahme nicht drücken. Die Kurse finden an sechs aufeinanderfolgenden Abenden statt; der Unterricht dauert an jedem Abend zwei Stunden. In den Kursen werden die Teilnehmer über den Gebrauch der Gasmasken und Gasschutzmittel, Gas- und Brandbombenbekämpfung und erste Hilfe für Verwundete und Gaskranke instruiert. Sie müssen auch mit aufgesetzten Gasmasken marschieren und singen, um das Atmen und Sichbewegen mit Gasmasken zu üben. Auch Alarmübungen werden veranstaltet. Es werden "Hausfeuerwehren" gebildet, für die gelegentlich auch Frauen bestimmt werden. Die Lattenverschlüsse auf den Dachböden sollen entfernt und durch Drahtgitter ersetzt werden. Auf den Dachböden hat Sand, auf einzelne Haufen verteilt, bereitzuliegen. Das nötige Gasschutzgerät, Spaten, Schaufeln, Aexte, Alarmgerät, Kübelspritze, Gasmasken, Stahlhelme und Hausapotheke, soll von der Bewohnerschaft eines jeden Hauses oder vom Hauswirt angeschafft werden. Mindestens zwei Gasmasken für die Hausfeuerwehr sollen in jedem Haus vorhanden sein. In der Praxis ist aber in den weitaus meisten Fällen noch gar nichts angeschafft worden. In den Kellern sollen bombensichere Schutzräume eingebaut werden. Auch das ist bisher in den wenigsten Fällen durchgeführt worden. Der Einbau solcher Schutzräume in allen Häusern soll aber noch im Laufe dieses Jahres durch Gesetz erzwungen werden, was gleichzeitig als Arbeitsbeschaffung von Bedeutung wäre.

Bayern, 1. Bericht: (München) Beim Abrollen der sich von Tag zu Tag steigenden Wahlpropaganda begann die Hitlersche Friedensargumentation sichtlich das Denken der Massen zu beherrschen. Sie hatte überzeugende Wirkung. Selbst die "ehronischen Nörgler" gaben ihm recht, wenn er es den "anderen richtig sagte". Am meisten begeisterte, dass Hitler den Franzosen nicht nachgegeben hat. Jetzt zeigte sich erst, dass Deutschland tatsächlich eine Macht geworden ist, denn "die anderen müssen sich doch schon allerhand bieten lassen".

Die Reden Hitler wurden von vielen deshalb gern gehört, weil sie geradezu eine Unterhaltung mit den ausländischen Regierungen darstellten. Was wird Hitler heute auf die neue Erklärung der Franzosen sagen? Wird er nachgeben? Wird er Truppen aus dem Rheinland zurückziehen? Und dann wurde auf die nächste Rede gewartet, und Hitler gab nicht nach, er höhnte die ganze Welt, er verlachte die Franzosen mit ihren Gesten, er wies sie zurecht wie ein Vater seinen Buben, der sich nicht anständig aufgeführt hat. Er sagte ihnen, wie anständige Leute untereinander verkehren müssen, dass sich Deutschland gar nichts in seine Wohnung "hineinreden" lasse usw. usw. Wo hat schon einmal ein deutscher Staatsmann so geredet? Und was sagen darauf die anderen? Sie sagen gar nichts, sie ziehen den Schwanz ein und lassen sich "von unserem Hitler" abkanzeln. Und wie er das machte, so allen verständlich und alle belustigend, da kann man doch wirklich sagen, dass die Wahlreden nicht langweilig sind. "Die anderen Staatsmänner sollen auch ihre Völker befragen und deren Antwort wird dann sein: Redet nicht, schliesst Frieden!" Bravo, so ist es! Und der Herr Schulze haut sich vor Begeisterung auf die Schenkel und kommt sich ganz bedeutsam vor, weil er auch ein Deutscher ist und weil er auch zu diesem herrlichen Volk gehört und wie alle anderen Völker Frieden will. Er hat vergessen, dass er erst vor 4 Wochen noch schwer über die Butterknappheit schimpfte, dass man ihm in seinem kleinen Geschäft das Geld aus der Kasse stiehlt, dass er all die Rüstungen bezahlen muss, die die Welt vor diesem krieglerischen Deutschland erschrecken lässt. Er sieht nicht, wie sich die Welt neu gruppiert, wie sie sich zusammenfindet und auf Deutschland zeigt, wenn sie vom Störenfried Europa spricht. Herr Schulze will etwas für den Frieden tun und für seine eigene Geltung in der Welt und er gibt selbstverständlich und aus innerster Ueberzeugung heraus dem Führer die Stimme. Und selbst wenn sich ein Zweifel regen sollte, wenn er an sein geringes Einkommen denkt, dann weiss er aber sogleich, dass es sinnlos wäre, da mit Nein zu stimmen. Da gibt es nichts anderes, da kann man nur mittun und neugierig sein, wie das noch weiter geht. - So denkt der grösste Teil des Volkes, nicht nur der Bürger, sondern auch der Arbeiter.

2. Bericht (Bayerischer Wald): Die im "Wahlkampf" vorgebrachten Friedensargumente Hitlers blieben dann nicht ohne Widerhall. Frieden? Wer will schliesslich keinen Frieden,

besonders von denen, die an der Grenze Deutschlands wohnen? Bei der geistigen Vorbereitung auf den Krieg, die durch die vor den Augen des Grenzvolkes sich abwickelnde Armierung stark gefördert wird, schaut man mit neuer Hoffnung nach jedem Lichtstrahl aus, der Frieden winkt.

Seit so viel von dem Militärbündnis mit Russland die Rede ist, steigerte sich die Angst vor einem Kriege noch mehr, die Friedensschmeißen Hitlers haben das wieder etwas abgeschwächt, aber das kann nur von kurzer Dauer sein. Jeder sieht doch mit eigenen Augen, dass man alles zum Kriege bereit macht. Allerdings erwarten die Leute einen Angriff von der anderen Seite. Die militärische Allianz Tschechoslovakei-Russland hat den Respekt vor dem tschechischen Gegner sehr erhöht. Das zeigen schon die tollen Gerüchte, die überall zu hören sind. So z.B., dass die Rote Armee in Karpatorussland Munitionslager und Fabriken errichte, die mit russischem Militär besetzt seien, dass auf den tschechischen Flugplätzen schon russische Militärflieger stationiert worden sind, dass die tschechische Armee in einem Ueberfall bis Degendorf vorstossen muss und dann die Russen in deren Deckung ihre Kampfverbände aufstellen, dass in Klatten eine Flugbasis für russische Flieger errichtet wird usw. usw. Solche Gerüchte wären zu Dutzenden anzuführen. Sie alle zeigen mehr als alle Wahlziffern den seelischen Druck, unter dem das deutsche Volk an der Grenze lebt.

Besucher aus der Tschechoslovakei werden immer wieder gefragt: "Wann kommen denn dann die Tschechen?" - Keine Kriegsbegeisterung, ja vielmehr eine Kriegsangst, aber der Krieg ein unvermeidliches Uebel - das ist auch im bayerischen Wald die Stimmung.

Vor einiger Zeit fanden in Zwiesel grosse Luftschutzübungen mit Einsatz von Fliegerstaffeln statt. Regelmässig finden jetzt in den Grenzorten Luftschutzkurse für Frauen statt, an denen sich alle Frauen beteiligen müssen. In Perle-sreut z.B., einer Gemeinde von 500 Seelen, haben am Luftschutzkurs 107 Frauen teilgenommen, das sind fast alle Frauen des Ortes. Auch in der Schule werden für die Jugend regelmässige Unterrichtsstunden für Gasschutz abgehalten. Der Jugend wird auch im einzelnen die Wirkung der verschiedenen Granaten erklärt.

Im Grenzgebiet geht man jetzt daran, die Telephonleitungen alle unterirdisch zu legen. In die kleinsten Weiler hinaus, in denen eine Telephonzentrale ist, legt man unterirdische Kabel.

Kurz hinter Neukirchen bei Furth werden betonierte Unterstände angelegt. Die Arbeiten werden vom Arbeitsdienst ausgeführt. An den zur Staatsgrenze führenden Strassen wurden Sprengkanäle eingebaut. Der Bevölkerung hat sich ob dieser Vorbereitungen, die nun schon seit Wochen dauern, eine grosse Unruhe bemächtigt.

3. Bericht (Oberpfalz): Die bornierten, politisch gedankenlosen Hitlernachläufer sind die einzige Volksschicht, die zufrieden ist. Für sie ist es auch eine feststehende Tatsache,

dass "Adolf Hitler der kommende Herr von Europa" ist. Das sagen sie selber überall und bemerken dazu: "Die anderen haben schon verspielt; am schlechtesten wird es bei der Abrechnung den Tschechen gehen." Diese Leute beurteilen die Zukunft nur unter dem Gesichtspunkt der militärischen Vorbereitungen an der Grenze. Diese Vorbereitungen sind auch wirklich so, als wenn es in den nächsten Tagen schon losgehen sollte. Nach Y. kommt ein Bataillon Infanterie, Y. bekommt eine Kaserne, in Mühlbach vor Eger wird ein Panzerturm gebaut. Auf der Autobahnstrecke von Oberfranken nach Nürnberg wird seit kurzem fieberhaft gearbeitet. Man sagt, dass die Autobahn für diesen Abschnitt bis zum August halbseitig fertig sein muss. Sie genüge auch halbseitig den Anforderungen. Das sind aber nur die äusserlich sichtbaren Rüstungen, daneben gehen die unsichtbaren einher. Die 45-jährigen, auch die Kriegsteilnehmer, müssen zur militärischen Ausbildung einrücken. Sie werden hauptsächlich im Pionierdienst geschult und mussten deshalb nach Grafenwöhr und Ingolstadt einrücken. Unter diesem immer deutlicher werdenden Zielen der Hitlerpolitik zerfällt das Volk allmählich in zwei Gruppen: Die Denker und darum Besorgten und die stupiden Nazis, die auftrumpfen und Begeisterung zeigen, weil sie glauben, es handle sich um einen Spaziergang. Diese Nazis wissen auch schon die Reihenfolge der Ereignisse: zuerst das Memelland, dann Oesterreich und die Tschechoslovakei.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Im allgemeinen rechnet man mit dem Krieg. Weit verbreitet ist die Ansicht, dass das Verhängnis deswegen seinen Lauf nimmt, weil das Ausland nicht fest genug geblieben ist. Wäre es fest geblieben, dann wäre der ganze Spuk sehr bald vorüber gewesen. Auch jetzt ist noch Zeit. Wer die Dinge aufmerksam beobachtet, der sieht doch, dass die ganze sogenannte Arbeitsbeschaffung und die Ankurbelung der Wirtschaft ein grosser Schwindel ist. Es sind Staatsaufträge, sonst nichts. Einmal hört das auf, wenn - kein Krieg kommt. So wenigstens rechnen die Wirtschaftskreise im Industriegebiet. Manche hoffen auf den siegreichen Krieg und zwar aus ehrlicher Ueberzeugung heraus. Sie wissen, dass sonst der Zusammenbruch kommen muss. Darum setzen sie die letzte Karte auf einen siegreichen Krieg. Wenn man jetzt draussen festbleibt, wenn man Hitler keine Konzessionen macht, dann muss Hitler kaputtgehen.

2. Bericht: Die letzten Wochen haben gewaltig aufgerüttelt. Nicht die "Wahl"; die wurde allseitig als Theater gewertet. Dafür umsomehr die Besetzung der bisher entmilitarisierten Zone. "Wenn das nur gut geht!" Das war die Rede, wohin man auch hörte. Aber die nüchternen Menschen sagen: "Hitler nützt die Lage aus, denn er weiss, dass die anderen den Krieg nicht wollen." Und sie haben wahrscheinlich recht. Eines ist sicher: das deutsche Volk will den Krieg ebenfalls nicht, es hat Angst davor, genau wie die anderen Völker. Ich behaupte, dass die

Nazibonzen, bis auf wenige, auch Angst vor dem Kriege haben. Denn sie wissen oder ahnen, was für sie auf dem Spiel steht. Aber sie bluffen. Sie rechnen mit der Kriegsunlust der Franzosen und der Engländer. Es ist ein Spiel, wenn auch ein gefährliches. Eines ist sicher: würde man Hitler ein klares Paroli bieten, es wäre nicht nur mit dem Schreckgespenst des Krieges, sondern mit der Naziherrlichkeit in Deutschland sehr bald aus. Denn bis jetzt heisst es noch immer: man kann gegen Hitler sagen, was man will, er ist doch ein Kerl. So was macht Eindruck auf den Spiesser und auch auf manchen Arbeiter und selbst auf Sozialisten.

3. Bericht: Die Militarisierung der Rheinzone hat hier wie ein Warnungszeichen gewirkt. Alles spricht vom Krieg und man wundert sich nur, wie es kommt, dass das Ausland bei Hitler alles so gelassen hinnimmt, während früher zur Zeit der Republik, die fremden Staatsmänner immer sofort zur Stelle waren, wenn etwas wie eine Verletzung der geheiligten Bestimmungen der Verträge aussah. Jedenfalls versteht die Opposition in Deutschland die englische Haltung nicht im geringsten. Sie meint weiter, man solle sich ja nicht täuschen: eines Tages würde die Welt neue Forderungen Hitlers entgegennehmen müssen. Schon jetzt jubilieren die Nazis über den aussenpolitischen Erfolg Hitlers und sagen: das Ausland hat Angst vor uns und es wird gar nichts machen. Wir können uns leisten, was wir wollen. Es kommt nur darauf an, dass einer Courage zeigt, wie es Hitler macht. Dann kuschen sie alle. Das sagen dieselben Nazis, die unmittelbar nach der Militarisierung der Rheinzone, als die ersten alarmierenden Nachrichten über die Gegenmassnahmen der Franzosen und der eventuellen Sanktionen kamen, die Hosen gestrichen voll hatten.

4. Bericht: Die Rheinlandbesetzung hat bei uns die Unruhe nur noch gesteigert. Mag sein, weil wir Grenzgebiet sind und weil wir in einer gewissen Verbindung mit der Welt stehen. Bei uns hat das Volk eine wahnsinnige Angst vor dem Kriege. Allein aus diesem Grunde hat das Volk Hitler satt bis oben an. Die Nazis werden überall madig gemacht, oft offen verachtet. Sie selber sind durchaus nicht mehr so selbstbewusst wie früher.

Neuerdings sucht man wieder Leute für den Luftschutz in die Organisation zu zwingen, besonders ältere Männer sollen Luftschutzwärter werden. Mancher nimmt vor der ärztlichen Untersuchung eine grosse Dosis Aspirin.

Hamburg, 1. Bericht: Ich glaube trotz der Schwäche des Völkerbundes, der Zurückhaltung Frankreichs und der abwartenden Haltung Englands gegenüber Deutschland und Italien nicht daran, dass der Krieg an uns vorübergehen wird. Man muss nur erst den Kriegsgrund gefunden haben, der die Völker mitreisst, der moralisch und propagandistisch hinreicht, Kriegs-

begeisterung zu erwecken und England muss zuerst seine eigenen Verhältnisse genügend geordnet haben, sein Weltreich gesichert haben. Ich vermute, dass die diesjährige Julihitze das Teufels-Ei ausbrüten wird. Und was dann? Wird Deutschland überrannt werden? Auf jeden Fall kann es nicht wieder 4 Jahre gegen eine Uebermacht gehalten werden. Dies arme, ausgesogene Land wird solche Kraft nicht aufbringen. Steht am Ende für uns eine Hoffnung? Ich wage das nicht zu bejahen, aber das eine ist sicher: Adolf Hitler sogenanntes Friedensziel für Europa ist nur eine Maske, hinter der er (seine Drahtzieher vielmehr) sich Bewegungsfreiheit verschaffen will. Ultimo ratio aller Faschisten und Militaristen ist die Gewalt.

Ich hoffe den Krieg zu überleben, damit mein Leben noch einmal Sinn und Inhalt bekomme. Einen anderen Weg zur Ueberwindung der Nazis, als die Vernichtung durch sich selbst, durch ihre eigene Politik, gibt es nicht mehr. An eine Revolution von innen her kann man bei diesem Zustand nicht glauben. Dazu sieht die Macht der Nazis zu fest und zu sehr gesichert aus, (obgleich sie sicher nicht so gefestigt ist, wie sie scheint).

2.Bericht: Die Besetzung des Rheinlandes und Bruch des Locarno-Vertrages wurde von unserer Seite sofort als eine innerpolitische Ablenkung aufgefasst. Im ersten Moment wurde hier mit der Möglichkeit militärischer Verwicklungen gerechnet. Es wurde viel von Krieg geredet. Nazis und militärische Kreise sind von dem Schritt sehr begeistert. Aussprüche wie: "Da hat Hitler ihnen wieder mal gezeigt, dass wir uns nicht unterdrücken lassen und unsere Gleichberechtigung uns selbst holen, ohne erst zu fragen", hört man oft. Für unsere Betrachtungen ist wichtig, dass bei der grossen Mehrheit des Volkes die Begriffe Wahrheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit so verwässert und verbogen wurden, dass die Nazis mit ihrer Propaganda leichtes Spiel hatten. Die grosse Masse des Volkes verfiel der Propaganda, wenn sie sich auch nicht des drückenden Gefühls der Gefahr entledigen konnte.

Berlin, 1.Bericht: In kleinbürgerlichen Kreisen erwartet man fatalistisch den Krieg. Man ist überzeugt, dass Frankreich angreifen wird. Die Führerreden dienen diesen Leuten als Beweis für ihre Vermutung über Frankreichs aggressive Absichten; es gehen in diesen Kreisen phantastische Gerüchte um. Jetzt sieht man regelmässig und zu bestimmten Stunden eine Anzahl Flugzeuge in der West-Ost-Richtung fliegen, was manche Leute zu der Behauptung veranlasst, dass seien französische Flugzeuge, die sich auf dem Wege nach Russland befinden. Ueber die weiteren Auswirkungen, die durch einen eventuellen Krieg entstehen können, macht man sich keine Gedanken. Man überlegt weder die Gefahren, noch ist man sich über den Ausgang des Krieges klar. Man kann ja doch nichts an den Dingen ändern und es hat deshalb keinen Zweck, sich

darum auch noch grosse Sorgen zu machen.

Der Luftschutzrummel geht unentwegt weiter. Ständig werden Kurse abgehalten; nicht nur in Berlin, sondern auch in den Vororten Berlins sind die Organisationen des Luftschutzbundes in Verbindung mit dem Roten Kreuz und mit der Polizei am Werke, die Bevölkerung aufzuklären. Das Ziel ist, jeden Einwohner mit den Massnahmen vertraut zu machen. In einem Berliner Vorort werden jeweils 50 Ortseinwohner eingeladen, von denen in der Regel 20 bis 25 erscheinen. Die Leute können sich der Teilnahme an den Kursen ja doch nicht entziehen. Wenn sie der ersten Einladung fernbleiben, dann werden sie bei den nächsten Kursen solange aufgefordert zu erscheinen, bis sie dem Druck weichen. Wenn sie erst einmal am Kurs teilnehmen, dann wird über die Anwesenheit genau Buch geführt und bei evtl. mehrmaligem Fehlen müssen die Kursabende bei späteren Veranstaltungen nachgeholt werden. Ein Luftschutzkurs dauert in der Regel 5 Wochen und zwar jede Woche 2 Stunden. Bei den Vorträgen werden auch Gasmasken gezeigt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Masken jetzt viel besser und wesentlich billiger sind als früher. Während man früher 26 Mark ausgeben musste, sind die neuen Masken schon für 12 Mark zu haben. Trotzdem wird den Leuten der Kauf der Gasmasken nicht empfohlen, weil Gummi bei nicht sachgemässer Aufbewahrung viel zu rasch hart und brüchig wird. Die Referenten sind nicht sehr geschickt bei ihren Vorträgen. Häufig lesen sie ab, oder aber sie unterrichten so wenig volkstümlich, dass die meisten Anwesenden ihre Ausführungen nicht richtig verstehen. In Berlin ist der Widerstand gegen die Teilnahme an den Luftschutzübungen grösser. Es ist in Berlin in vielen Fällen passiert, dass die Leute, nachdem sie die polizeiliche Aufforderung zur Teilnahme erhalten hatten, zum Polizeirevier gegangen sind und gefragt haben, ob eine gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme besteht. Die Zahl der Nachfragenden war so gross, dass die Polizeibeamten in mehreren Revieren wütend geworden sind und erklärt haben, die Teilnahme sei gesetzlich nicht vorgeschrieben, die Leute sollten machen, was sie wollen.

2. Bericht: Man rechnet in den Kreisen unserer Genossen, aber auch sonst allgemein mit einem baldigen Krieg, provoziert durch Deutschland. Ich habe in meinen vielen Unterhaltungen auch nicht einen Menschen getroffen, der die Aufrüstung und den Einmarsch ins Rheinland anders deutete, als unmittelbare Vorbereitung zu einem baldigen Krieg. Unsere Genossen sind durchwegs der Meinung, dass der Krieg zugleich den Untergang des Regimes mit sich bringen werde, da es im Herzen der Masse nicht verankert sei und die Mehrheit des Volkes deshalb keinerlei Kriegsgeist, im Gegenteil, Kriegsangst, aufweise.

3. Bericht: Der Reichswehreinmarsch ins Rheinland hat bis in die Arbeiterkreise hinein allgemeinen Beifall gefunden. "Es ist doch unser Land. Warum sollen wir dort kein Militär haben dürfen? Wir müssen uns doch verteidigen können, wenn wir angegriffen werden." Das ist die allgemeine Auffassung. Darüber, dass der Reichswehreinmarsch ein Vertragsbruch war, machen sich die wenigsten Gedanken. Und auch darüber, dass Deutschland der Angreifer sein könnte und für seine kriegs- rischen Pläne rüstet, ist sich das Volk in seiner Masse nicht klar. Zwar fürchtet man den Krieg, aber dank der wirk- samen Propaganda stellt man sich einen künftigen Krieg nur als einen Verteidigungskrieg Deutschlands gegen feindliche Angreifer vor. Das Volk glaubt den Friedensbeteuerungen Hitlers und sieht die übrige Welt nur noch durch die Brille, die ihm die Propaganda täglich von neuem aufsetzt.

Nachtrag:

Nach Abschluss dieses Abschnittes ist aus dem Berichtsbiet: Nordwestdeutschland-Niedersachsen-Westfalen noch folgender Bericht eingegangen:

Westliches Westfalen: Die Besetzung der entmilitarisierten Zone und die Reichstagswahlen haben nicht vermocht, in der Bevölkerung eine tatsächlich festere und bessere Haltung für das nationalsozialistische System zu schaffen. In allen Volkskreisen, auch bei Nationalsozialisten, bilden die Unterhaltungen über drohende kriegerische Verwicklungen das Hauptthema. Auch aktive Nazis sprechen offen aus, dass ein Krieg nicht nur Alle gegen Deutschland einigen, sondern Deutschland auch restlos zerstampfen wird. In unserem Gebiet ist man sich darüber klar, dass das ganze Industrieviertel in kürzester Zeit in Schutt und Asche gelegt wird. Wenn England glaubt, dass durch loyale Verhandlungen mit Deutschland der Krieg überhaupt verhindert werden könnte, zeigt diese Haltung, dass selbst bedeutenden Staatsmännern und Politikern die zwangsläufige Charakterlosigkeit der Nazipolitik erst begreiflich werden, wenn die ersten Bomben über England platzen. Scheinbar lässt sich das ganze Ausland immer wieder dadurch täuschen, dass die Nazi-propaganda und die "Wahlen" den Anschein erwecken, hinter Hitler stünde das ganze Volk und Hitlers Friedensreden besässen einen Verhandlungswert. Kein Hitlergegner in Deutschland hofft auf einen Krieg, weil gerade sie wissen, wie furchtbar er werden müsste. Wir hoffen aber -leider vergeblich- auf internationale Massnahmen, die es den Brandstiftern, soweit das noch geht, unmöglich machen, die Brandfackel unter die europäische Menschheit zu werfen. In den Betrieben sind die Nazis oft unzufriedener als selbst die festgebliebenen bewussten Gegner. Die Nazis sind es, die in den Betrieben über die hohen Bezüge der Bonzen reden und wie alle anderen Menschen grosse Angst vor einem neuen Krieg haben. Es ist nicht vereinzelt, dass sogar Nazis sagen: "Wenn es dazu kommt, dann wir für die Gesellschaft in den Krieg ziehen sollen, dann drehen wir die Gewehre um." Aber es wird auch davon gesprochen, dass das Ausland feige sei und vor den vollzogenen Tatsachen des Dritten Reiches stets zurückweiche. Dann werden Parallelen zur Weimarer Republik gezogen und die schwache Haltung der damaligen Regierenden stark kritisiert.

Die "Reichstagswahl" hat anscheinend im Ausland viel mehr Sensation und Erregung hervorgerufen als im Volke selbst. Von der Wahlhandlung drücken konnte man sich zwar nicht, aber im Volke wird mit 30 bis 50% Stimmen gegen Hitler gerechnet. Die Resultate sind überall ganz systematisch gefälscht worden. In einem Wahllokal unserer Stadt (nordöstliches Ruhrgebiet) sind von uns mit Sicherheit 95 Nein- bzw. ungültige Stimmen festgestellt worden, die Genossinnen und Genossen abgegeben haben. Dazu kommen noch die Stimmen von Kommunisten

und katholischen Arbeitern, die sicher nicht gering sind, und die Stimmen von Sozialdemokraten, die wir nicht mit Gewissheit kontrollieren konnten. Diesen Wahlbezirk können wir sehr gut übersehen. Das amtliche Resultat im Wahllokal stellte 46 Stimmen gegen den Führer fest und in der amtlichen Aufstellung, die die Stadt weiterleitete, die wir durch besonderen Zufall kennen, waren 28 gegnerische Stimmen angegeben. Wir haben auch in anderen Wahlbezirken ähnliche Feststellungen machen können. Bei uns war es trotz der Ueberwachung des Wahllokals ohne besondere Gefahr, den Stimmzettel durchzureissen, "Nein" draufzuschreiben oder auch einen weissen Zettel in das Kuvert zu legen und den Stimmzettel zu behalten. Uns wurden aus einem Wahlbezirk allein 12 amtliche Stimmzettel zugeleitet. Wir wissen, dass verschiedene Wähler die Namen Hitler, Goering, Goebbels usw. durchgestrichen und dafür "Fritz Husemann" geschrieben haben. Andere haben auf die Zettel geschrieben: "Die Verbrecherregierung!" - "Wir wollen Freiheit!" - "Gebt die Gefangenen frei!" - "Hitler bedeutet den Krieg" - "Es lebe der Sozialismus". Wenn man im Ausland glaubt, das ganze deutsche Volk sei im Hitlerrausch, dann soll sich die Welt die Mühe geben und unabhängig von amtlicher Leitung das wirkliche Volk aufsuchen. Die rasenden Beifallsstürme bei den grossen Hitlerkundgebungen täuschen das Volk nicht. Wir haben die Rede bei Krupp persönlich erlebt. Ausgesuchte Schmarotzer wurden mit Ueberlegung in die ersten Reihen gesetzt, dazu die vielen Beamten und Angestellten. SS und SA sorgte für die unbedingte Sicherheit, trotzdem war in der ersten Hälfte der Rede eisige Zurückhaltung, dann gaben die Kommandierten die notwendigen Beifallsgeräusche und veranlassten dadurch weitere Kundgebungen. In ganzen Teilen der Halle aber standen die Arbeiter ohne mit der Wimper zu zucken. Kein offener Widerstand, aber ein offensichtlicher Abgrund zwischen zwei Welten.

Bezirk Hannover: Aus einer Grossstadt wird berichtet: Die Stimmung für die Wahlen war ursprünglich offensichtlich schlecht. Es gehörte bis weit in bürgerliche Kreise hinein sozusagen zum guten Ton, bei allen Unterhaltungen zu versichern, dass man mit "Nein" stimmen würde. Unmittelbar nach der Wahlankündigung, also am 7. März und die folgenden Tage, blieb der Eindruck bestehen, den Hitler in seiner Reichstagsrede erweckt hatte, als ob es sich bei diesen Reichstagswahlen um eine Abstimmung über drei Jahre Hitlerzeit handeln würde. Scheinbar hat die Reaktion breiter Schichten auf dieses Plebiszit auf die Propagandaleitung einen so deprimierenden Eindruck gemacht, dass die gesamte Propaganda, von den Führerreden angefangen, bis herab zum letzten Wahlplakat, von Tag zu Tag immer mehr den Gegenstand der Abstimmung verschob. Sollte ursprünglich das Volk sein Urteil über drei Jahre Hitlerpolitik abgeben, so wurde die Abstimmung immer mehr auf eine Meinungsäusserung über die Rheinlandaktion beschränkt.

Die Propaganda nahm von Tag zu Tag wohlberechnete Steige-

rungen an. Jeden Tag wurden neue Wahlplakate in Riesenformat und immer bunteren Farben angeklebt. Das ganze Alltagsleben wurde in den Dienst der Propaganda gestellt. So verkauften die Sammler der Winterhilfe am Sonntag vor der Wahl rote Seidenbänder, die von den Männern als Armbinde, von den Frauen zu Schleifen gebunden, an Bluse oder am Mantel getragen werden mussten, mit der Aufschrift: "Deine Stimme gehört am 29. März Deinem Führer!" Drei Tage vor der Wahl erhielt jeder Bäcker von der Partei Klebemarken, die er auf jedes Brot zu kleben hatte. Sie trugen die Aufschrift: "Dass Du Brot hat, verdankst Du dem Führer. Gib ihm Deine Stimme am 29. März!" Wahlplakate, die in den Geschäften ausgehängt werden mussten, lieferte die NS-Hago. Ihre Austräger kassierten pro Plakat 30 bis 50 Pf. Natürlich wurde kein Geschäftsmann gefragt, ob er die Plakate haben wollte oder nicht, er musste sie nehmen. Die niederträchtigste Art der Propaganda wurde mit der Schuljugend getrieben. Mehrfach haben in letzter Zeit vor den Lehrerkollegien Vorträge stattgefunden, in denen ein Naziführer der Lehrerschaft erklärte, man wüsste wohl, wer unter ihr noch unzuverlässig sei. Aber man hätte Mittel und Wege genug, um auszumisten. Weil man es ihrer eigenen Initiative nicht überlassen wolle, habe man einen zentralen Plan für die Unterrichtsgestaltung in der letzten Woche vor der Wahl ausgearbeitet. Seine Durchführung würde genau überwacht werden. Tatsächlich fiel in der letzten Woche vor der Wahl der normale Unterricht aus. Dafür mussten die Kinder Lesezeichen anfertigen, deren Aufschrift lautete: "Am 29. März Deine Stimme dem Führer!" Diese Buchzeichen durften die Kinder dann mit nachhause nehmen. Ein Tag war ausgefüllt mit dem Herstellen von Papierherzen, in welche dann der Text eingeschrieben wurde: "Deutsche Frauen, deutsche Treue, Adolf Hitler wählt aufs Neue." Die Kinder wurden verpflichtet, dafür zu sorgen, dass diese Herzen von ihren Müttern an die Wohnungsfenster geklebt wurden. Drei Vormittage dieser Woche waren ausgefüllt mit Vorlesungen aus "Mein Kampf" und Erzählungen aus dem Leben des Führers, wobei vor der Klasse auf dem Katheder ein Hitlerbild, von Kerzen flankiert, aufgestellt werden musste.

Stadt Hannover: Man glaubt nicht an einen Krieg im unmittelbaren Gefolge der jetzigen politischen Verwicklungen. Man ist vielmehr überzeugt, dass die ganze Aktion Hitlers nur nach vorheriger Fühlungnahme mit England erfolgt ist. Ungeachtet dieser augenblicklichen Einstellung beobachtet man jedoch die Entwicklung mit grösster Sorge und ist überzeugt, dass das System ausweglos auf den Krieg zusteuert.

Wie sich die systematische Falschmünzerei des Propagandaministeriums über die aussenpolitische Lage auswirkt, geht besonders deutlich daraus hervor, dass man vor dem Wahltag immer und immer wieder hören konnte - und zwar von Menschen, die sowohl ihrer Vergangenheit, wie auch ihrer Haltung in den Hitlerjahren nach eigentlich als "Nein-Stimmer" gewertet

werden durften: "In diesem Augenblick ist ein weitgehend geschlossener Ausdruck der Volksmeinung in dieser aussenpolitischen Frage eine Existenznotwendigkeit für das Land gewesen." Es haben sicher sehr viele Menschen mit "Ja" gestimmt, weil sie glaubten, dass eine andere Einstellung bei der Haltung des Auslandes den sofortigen Krieg bedeutete.

In den Hanomag-Automobilwerken erklärte ein SA-Mann, dass in seinem Wahllokal am 29. März, es handelt sich um einen Arbeitervorort, 75% ungültige und Neinstimmen abgegeben worden seien. Er war sehr traurig darüber und meinte, dann helfe es auch nichts, dass man gegen 630 Neinstimmen im August 1934 diesmal nur 95 bekanntgegeben hätte.

In X., einem Dorfe in Hannover, erklärte ein Amtswalter einem unserer Genossen, den er für einen Nationalsozialisten hält, dass er in einer Viertelstunde neunzig leere Stimmzettel angekreuzt hätte.

Der Gemeindevorsteher eines kleinen Dorfes (vorwiegend Kleinbauern) in der Umgebung Hannovers, erzählte einem ihm als Sozialdemokraten bekannten Genossen, dass er sich geschämt habe, in seinem Ortsergebnis 34 leere Stimmzettel zu lassen. Er habe sie also alle noch selbst angekreuzt, sonst hätte er doch nur von oben grosse Vorwürfe wegen seiner schlechten Arbeit bekommen.

Nachprüfungen in einer ganzen Reihe von Arbeitervierteln haben ergeben, dass entgegen allen Publikationen in einer ganzen Anzahl von Abstimmungslokalen 50% und mehr leere und Nein-Stimmen abgegeben wurden.

Alle Wahlhelfer, -Leiter, -Beisitzer usw. wurden sehr sorgfältig ausgesucht. Nicht nur frühere Sozialdemokraten, sondern auch Stahlhelmer wurden ausgeschafft. Es ist nur ein Fall bekannt geworden, dass ein Kaufmann gegen die fälschende Auszählung protestierte mit dem Hinweis, dass dieses Verfahren ihn mit seinen Grundsätzen als ehrbarer Kaufmann in Konflikt bringe.

In Hannover ist ein Volksschullehrer fristlos und pensionslos entlassen worden, weil er abgelehnt hat, zur Wahl zu gehen. Am Tage nach der Wahl haben ihn SA-Leute zwei Stunden lang durch die Strassen geführt mit dem Schild: "Ich habe abgelehnt, den Führer zu wählen."

Nordwestdeutschland: Aus den Gebieten von Ostfriesland und Oldenburg wird uns von einer ausgezeichneten Stimmung unserer Genossen berichtet. Das Entscheidende ist, dass bei unseren Anhängern der Glaube an eine sozialistische Zukunft besteht, während bei dem Massenanhang der Nazis und ihren Betriebsvertretern Lethargie und Gleichgültigkeit herrschen. Unsere Berichterstatter versichern uns, dass es keinen Nazi-mann gibt, der etwa im Betrieb die Massnahmen der Regierung verteidigt. In den teilweise schon sehr offenen Diskussionen nehmen die SA-Leute oft eine so resignierende Haltung ein, dass sie gefragt werden: Warum bist Du eigentlich in diesem Verein? und dass sie dann antworten: Weil ich damals an das

Neue glaubte; weil ich hoffte, Arbeit zu finden; weil mein Bruder dabei war; weil ich meine Arbeit behalten wollte usw. Die Antwort, dass einer überzeugter Nationalsozialist ist und nach wie vor für die Durchführung des Programms eintritt und an dessen Verwirklichung noch glaubt, hört man nie. Der Elan ist vorbei. Der Glaube ist geschwunden. Das System wurstelt fort, gestützt auf einen staatlichen Machtapparat, der seine Kraft nicht aus den Massen der Anhängerschaft des Regimes zieht.

Die Rheinlandbesetzung hat die Kriegspsychose erneut sehr stark aufleben lassen. Politische Gespräche drehen sich mehr und mehr um den Krieg. Jungen Arbeitern werden von ihren Kollegen immer wieder Ratschläge gegeben, wie sie sich im Ernstfall drücken und wie sie sich an der Front in Deckung bringen können. Dabei war ein grosser Teil der Arbeiterschaft bereit, den Einmarsch in die bisher entmilitarisierte Zone gutzuheissen, wenn man in der Arbeiterschaft auch die Form falsch findet und ausserdem überzeugt ist, dass dem System dabei das innerpolitische Ziel einer "Volksbefriedigung" wichtiger war als das aussen- oder staatspolitische. Die Reichstagswahl, die nach der Hitlerrede erst als eine Generalabsolution für die gesamte Innen- und Aussenpolitik betrachtet werden sollte, verschob sich immer mehr zu einem Plebiszit über die Zerschlagung des Locarno-Vertrages. Ein grosser Teil der Bevölkerung, der dem System in vielen Fragen keineswegs wohlgesonnen ist, hat die Frage über die Rheinlandbesetzung im bejahenden Sinne beantwortet. Es darf auch über die Wechselwirkung von Druck und Ueberzeugung in dieser Entscheidung kein Zweifel bestehen: Die Angst vor den brutal angekündigten Folgen einer ablehnenden Haltung bei der Wahl führte viele Menschen um so leichter dazu, mit einem Schein von Berechtigung sich selbst zu beruhigen und zu sagen: Nun zu diesem aussenpolitischen Schritt kann man "Ja" sagen, weil eben Deutschland nicht mindere Rechte haben soll, als ein arderer Staat und Anspruch auf die volle Souveränität über sein Staatsgebiet hat.

Aus einem Landkreis in Nordwestdeutschland, der 39 Gemeinden umfasst, sind durch unsere Genossen folgende Feststellungen gemacht worden. Im Dorfe A. sind bei einer Publikation der durch das Landratsamt an die Presse gegebenen Zahlen bei 258 Stimmberechtigten 256 Ja-Stimmen angegeben worden. Tatsächlich ist bei der Auszählung im Gemeindefokal mitgeteilt worden, dass 16 Neinstimmen gezählt seien. In B. wurden nach örtlicher Zählung bei 460 Stimmberechtigten 68 gegen Hitler abgegeben worden. Nach der amtlichen Pressemeldung gab es keine ungültige und keine Gegenstimme. In C.: örtliche Zählung 579 Stimmberechtigte, 268 ungültige und Gegenstimmen. In D. einem Kleinbauerndorf, örtliche Zählung 43 Gegenstimmen, im amtlichen Bericht keine Gegenstimme. In E. ergab die örtliche Zählung: bei 631 Stimmberechtigten waren 18 Wähler nicht zur Urne gegangen, 44 stimmten gegen Hitler, 148 weisse Stimmzettel wurden abgegeben. Im amtlichen Pressebe-

richt heisst es: Alle 631 Stimmberechtigten haben gewählt und mit "Ja" für Hitler gestimmt. In F., einem Landarbeiterdorf, musste an der Tafel vor dem Wahlausschuss abgestimmt werden. Wer sich gegen diese offene Wahl beschwerte, erhielt den Vorwurf, dass er wohl etwas zu verbergen hätte. Wenn er den Mut habe, solle er doch offen gegen Hitler stimmen.

In der Stadt G. mit 30.000 Einwohnern, sind drei Leute bei der Eisenbahn wegen Nichtteilnahme an der Wahl entlassen worden. In einem Vorort dieser Stadt sind 60% der Stimmen für Hitler abgegeben worden. In den 20 Wahllokalen der Stadt ergab sich nach den Mitteilungen der Wahlausschussmitglieder ein Durchschnittsergebnis von 56% für Hitler. Ein Ausschussmitglied in einem der Wahllokale, ein Stahlhelmer, stellte als Zählergebnis fest, dass 216 ungültige und Gegenstimmen abgegeben worden sind. Er kam dann vom zentralen Wahlbüro der Stadt zurück und erzählte, dass man ihm dort das Rechnen beigebracht habe. Von seinen 216 ungültigen und Gegenstimmen seien nur noch 102 übriggeblieben. - Auf einigen Wahlzetteln sind Bemerkungen gefunden worden wie: "Lügner" - "Treue zum Sozialismus" - "Deutschland ist ein Zirkus und wir sind die Clowns".

Niedersachsen (Stadt mit 40.000 Einwohnern): An den Wahlsieg der Nazis glaubt kein Mensch. Obgleich die Arbeiterviertel noch nie so viel mit Fahnen geschmückt waren wie diesmal, ist das amtliche Ergebnis nur eine Fälschung. Das Flaggen ist auf die folgende Art und Weise erzwungen worden: Allen Hausbesitzern, besonders in den ausgesprochenen sozialdemokratischen Arbeitervierteln wurden für jede Mietpartei eine Naziflagge zugestellt mit dem Befehl, die Flaggen an die Mieter auszuteilen. Die Fahnen sollen in Zukunft zum festen Inventar der Wohnung gehören und müssen beim Mieten der Wohnung den neuen Mietern übergeben werden. Einige Tage vor der Wahl erschienen Handwerker und brachten vor dem Mittelfenster jeder Wohnung einen Fahenschuh an. Alle Mieter erhielten die Weisung, in Zukunft bei jeder Feier zu flaggen.

Einem ebenfalls nachträglich eingelaufenen Bericht aus Sachsen (Bezirk Chemnitz) entnehmen wir:

Niemand hat angenommen, dass die Regimegrößen so ungeschickt sein würden, einen 99%igen Wahlsieg proklamieren zu lassen. Denn diese Fälschung ist, abgesehen davon, dass sie auch dem Fernerstehenden schon rein wahltechnisch als absolut unglaubwürdig erscheinen muss, doch in Tausenden von Fällen von den Wählern und Ortseinwohnern leicht zu erkennen. Deshalb geht man über die "Wahl" zur Tagesordnung über. Unter den Nazis begegnet man der Stimmung, dass man "oben" den herrlichen Verlauf des Wahlkampfes nicht durch eine solche Torheit hätte nachträglich entwerten und verderben sollen. Jetzt werde im Stillen überall nur gelacht und die ganze "wunderbare Begeisterung", die durch die grossartige Aktion

erzeugt worden sei, sei durch diese "blöden 99%" verflogen. Ja, im vertrauten Kreise äusserten sich höhere Parteiführer in der Stadt Chemnitz dahin, dass viele nun, nachdem eine so unglaubliche Ziffer "errechnet" worden sei, auch an die ganze Propaganda und an das ausgezeichnete Wahlmaterial nicht mehr glauben, so dass alles für die Katz gewesen sei.

Diese Feststellung in Nazikreisen berührt die Kernfrage, die uns illegal arbeitende sozialdemokratische Gruppen fast ausschliesslich vor, während und nach der Wahl interessiert hat und auf die wir daher auch unsere Beobachtungen gerichtet haben: Welchen Eindruck hat die Propaganda auf die einzelnen Schichten gemacht, hat sie die Volksstimmung wesentlich und nachhaltig beeinflusst, hat sie zu einer inneren Festigung des Regimes geführt? Nur von diesem Gesichtspunkt aus haben wir die Vorgänge verfolgt und nur in dieser Hinsicht erschienen uns Einzelheiten aus der ganzen Aktion der Registrierung wert.

Obgleich die Nazi die Wahlpropaganda auch im Chemnitzer Bezirk zu einer Höhe gesteigert haben, die den einfachen Mann stark beeindruckt, bleibt sie in der Wirkung doch fade, weil kein geistiger Gegner da ist, mit dem sich das Regime auseinandersetzen und der seine Gegengründe sagen könnte. So bleibt alles nur Kundgebung und Demonstration, Deklamation und Monolog, und das fühlen auch die Massen der Bevölkerung und fragen sich erstaunt, warum trotzdem dieser ungeheuere Aufwand getrieben wird. Nun versuchen zwar die Nazi immer, einen Gegner an die Wand zu malen, gegen den sie dann mit wahrer Berserkerwut losschlagen. Mal sind es die früheren Parteien, aber da bleibt die Wirkung meist sehr matt. Dann sind es die Juden und die Emigranten, aber auch das macht keinen grossen Eindruck. Die stärkere Wirkung tritt erst dann ein, wenn das Ausland, das "neidische Ausland", das Deutschland nicht sein Leben gönne, als der Feind hingestellt wird. Deshalb tat man auch immer so, ob das das Dritte Reich umgeben von einer Kette von gefährlichen Feinden, gegen die der grosse Hitler das deutsche Volk bisher erfolgreich geschützt habe und weiterhin schützen werde, wenn er am Wahltag eine grosse Mehrheit erringen werde. Diese Aufputschung der nationalistischen Instinkte und starker Hassgefühle gegen die anderen Staaten, besonders Frankreich, die Tschechoslowakei, Russland, überhaupt gegen die Siegermächte des Versailler Vertrages, das bildete die Haupttendenz der Wahlagitatio.

Daneben war es darauf abgesehen, die sogenannten "Leistungen" des Hitler-Regimes im Inneren herauszustreichen, die kleinsten und nebensächlichsten Dinge im Vergrösserungsglase stärksten Kalibers zu zeigen, und die aus der Aufrüstung entstandene künstliche Konjunktur der Rüstungs- und Strassenbauindustrie als eine gewaltige wirtschaftliche Tat des Regimes und persönlich Hitlers hinzustellen. Ganze Regimenter von Statistikern, Propagandisten, Zeichnern und Versedichtern standen im Dienste der Verherrlichung der Leistungen Hitlers.

Dazu kam der brutale Zwang. Wer einen Zweifel zu äussern wagte, wurde auf der Stelle verhaftet. Er wurde etwa so behandelt, wie man in den Tagen der Kriegspsychose von 1914 überall die Leute behandelt hat, die man infolge ihres Aussehens plötzlich für Ausländer und Spione hielt und die man am liebsten gelyncht hätte. Darauf kam es auch dem Regime an, jeden, der innerlichen Widerstand leistete, als Helfer eines Auslandes hinzustellen, das sprungbereit ist, das bedrohte arme Dritte Reich zu überfallen. Aus allen Orten der Umgebung von Chemnitz sind in diesen Wochen Verhaftungen gemeldet worden, so ausser aus Chemnitz selbst aus Limbach, Wittgensdorf, Glauchau, Meerane, Ehrenfriedersdorf, Olbernhau, Heidelberg bei Olbernhau, Annaberg, Aue usw. In Chemnitz und anderen Orten sind Arbeiter gleich aus dem Betriebe weg verhaftet und ins Polizeigefängnis gebracht worden.

Ein starker Druck wurde durch die Blockwarte auf die Hausbewohner ausgeübt, die Häuser zu schmücken und mit Wahlpropaganda zu versehen. Besonders scharf achtete man dabei auf die ehemaligen Sozialdemokraten, die systematisch gezwungen wurden, Fahnen mit dem Hakenkreuz und Plakate für die Hitlerpartei herauszuhängen. Von diesem Zwang wurden insbesondere auch die Familien betroffen, die Angehörige im Konzentrationslager, im Gefängnis, Zuchthaus oder in der Untersuchungshaft haben. In vielen Orten wurden den Einwohnern noch am Wahltag persönliche Aufforderungen, Hitler zu wählen, vom Kreisleiter, Bürgermeister usw. ins Haus geschickt mit dem drohenden Hinweis, dass der Kreisleiter von dem Betreffenden die Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht erwarte und nicht enttäuscht zu werden hoffe. In Chemnitz äusserte ein etwa 60-jähriger Mann bei einer öffentlichen Kundgebung zu seinem Nachbarn, dass diese Wahl doch unheimlich viel Geld koste und dass es doch eigentlich gar nicht nötig sein müsste, den Deutschen mit soviel Aufwand und Kosten erst den Nutzen der Hitlerregierung klar zu machen. Er wurde von dem Angesprochenen, der sich offenbar in einer besonderen National-Psychose befand, der SA gemeldet und auf der Stelle abgeführt. Erst als er auf der Polizei nachweisen konnte, dass er schon seit 1930 der NSDAP angehört und sein Nachbar ihn missverstanden habe, wurde er nach 3 Tagen wieder freigelassen.

Nach der Wahl flüsterte man überall herum, dass man das Wahlergebnis wohl vorher schon in Berlin fertig gemacht hätte. Allerdings hat man mit scheinbarer Gewissenhaftigkeit gezählt, jedoch alle Stimmzettel für "Ja" gebucht, auf denen nicht ausdrücklich "Nein" geschrieben stand. In einem Chemnitzer Wahllokal erklärte der Wahlvorsteher bei einem in seiner ganzen Grösse durchgestrichenen Zettel, dass der Wähler mit diesem "Riesenkreuz" nur seine grosse Begeisterung für Adolf Hitler habe bekunden wollen, und dass man gerade diesen Wähler schwer beleidigen und schädigen würde, wenn man seine Stimme nicht für das Vaterland mitzählen würde. Ähnliche Fälle und Aussprüche zirkulieren zu Dutzenden und Aberdutzenden; offenbar hat eine einheitliche Instruktion an die

Wahlvorstände vorgelegen, nachdem man die Wähler fast völlig im Unklaren darüber gelassen hatte, wie sie ihre Ablehnung bei der Wahl zum Ausdruck bringen sollten.

Die Provinzzeitungen mussten u.a. Schüleraufsätze von Kindern veröffentlichen, worin diese die Eltern ermahnen, an die Zukunft der Kinder zu denken und Hitler zu wählen. Dabei ist im Erzgebirge ein Betriebsunfall unterlaufen, über den die ganze sächsische Lehrerschaft im stillen lacht. Die Aufsätze waren nämlich in mehreren Zeitungen, so auch in einem Glauchauer Blatt, im Faksimile der Kinderschrift wiedergegeben worden, und zwar in einer fein und tadellos gestochenen Handschrift. Das Unglück wollte es nun, dass die angeblich von einem Schüler der Glauchauer Volksschule verfasste Arbeit in Buchstabenformen geschrieben war, die in den sächsischen Volksschulen gar nicht gelehrt werden, sondern die wahrscheinlich Berliner Herkunft waren. So konnte jedes Kind erkennen, dass dieser Aufsatz in Wahrheit kein Glauchauer, sondern ein fremdartiges Erzeugnis war.

In den Chemnitzer Betrieben wurden zahllose Betriebsversammlungen durchgeführt. Alles wurde in den glühendsten Farben geschildert, die Arbeiter hörten meistens sehr still und in sich gekehrt zu, der Beifall war sehr schwach. Dabei ist nicht einmal immer gesagt, dass es ausgesprochen politischer Widerstand gegen das Regime ist, der diese passive Haltung der Arbeiter verursacht. Sondern vielfach ist es die schwere wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, die in dieser stumpfen, teilnahmslosen Haltung zum Ausdruck kommt. Ein Teil der Betriebsarbeiter äussert allerdings gelegentlich, dass gegen den Einmarsch im Rheingebiet nichts einzuwenden wäre, es sei nun einmal deutsches Gebiet und in dem müsse Deutschland auch machen können, was es wolle. Ja, Hitler habe doch bewiesen, dass die Methode, vollendete Tatsachen zu schaffen, die einzige Methode sei, mit der man vorwärts komme. Alles Verhandeln hätte in Jahren nicht das erreicht, was mit einem kühnen Schritt in wenigen Stunden geschafft worden wäre. Allgemein besteht starke Abneigung gegen ein Kriegsabenteuer, und manche glauben es ehrlich, dass Hitler alles daran setzen werde, seine Ziele ohne einen Krieg zu erreichen, solange das eben möglich ist. Sollten aber die inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter wachsen, keine Anleihen zu haben und keine Erleichterung der Rohstoffversorgung zu erreichen sein, dann werde wohl der Krieg bald kommen. Eine Änderung müsse so oder so ja auch einmal kommen, wie jetzt, könne es nicht mehr lange gehen. Nach meinen Beobachtungen hat die ganze Wahlpropaganda nichts an der Ueberzeugung ändern können, dass sich das Hitler-Regime für die deutsche Wirtschaft auf die Dauer sehr verhängnisvoll auswirken muss und die Schwierigkeiten voll auf sein Schuldkonto zu setzen sind. Es ist verblüffend, wie ausserordentlich schnell die Hurrastimmung der Wahl und die Siegestimmung bei der Verkündung des Wahlergebnisses wieder verflogen ist. Das ganze Tageselend, die Enttäuschungen und Entbehrungen traten mit unheimlicher Wucht wieder in die Erscheinung.

man empfand, dass all das Jubeln und Feiern nur ein Rausch war, der über die wahre Lage einmal hinweggetäuscht hat, der aber allen nur ein paradiesisches Trugbild vorgezaubert hat, das zur Wirklichkeit im schärfsten Widerspruche steht. Der Inhaber einer Tischlerei führte lebhaft Klage darüber, dass der gewerbetreibende Mittelstand so schwer mit Steuern belastet sei, dass viele Existenzen darunter zusammenbrechen. Auf meinen Einwand, er habe doch aber soeben erst bei der Wahl seine Zustimmung zum Regime zum Ausdruck gebracht, entgegnete er: Da habe es sich darum gehandelt, den ausländischen Feinden Deutschlands zu zeigen, dass das deutsche Volk einig sei und im Kriegsfall geschlossen das Vaterland verteidigen würde, da habe jede andere Frage, und wenn sie noch so wichtig wäre, zurücktreten müssen hinter den Lebensfragen der ganzen Nation. Ausserdem wisse doch auch niemand, wer es besser machen solle, wenn es einmal Hitler nicht mehr geben würde. Kommunistisch werden soll unser Deutschland doch aber nicht, und die Sozialdemokraten und die anderen Parteien werden wohl nicht gleich wieder einen solchen Anhang bekommen, dass sie die Macht übernehmen könnten, wenn es so etwas in Deutschland wieder einmal geben würde.

Der Inhaber eines Geschäftes in Mittweida war nach der Wahl besonders aufgebracht und meinte, dass sicherlich viele nur deswegen mit "Ja" gestimmt hätten, weil sie Sorge gehabt hätten, man werde es in jedem Falle feststellen können, wie der einzelne gestimmt hat. Und ins Konzentrationslager zu kommen, habe ja niemand Lust, der Sachsenburg näher kenne. Aber täuschen würden sich wahrscheinlich auch die obersten Parteistellen über die Stimmung in der Bevölkerung nicht. Natürlich seien wohl ziemlich alle damit einverstanden, dass mit den Vorschriften des Versailler Friedensdiktates Schluss gemacht würde, aber satt werden könnten die Menschen davon noch lange nicht. Es sei doch schliesslich der erste Wunsch der Menschen, ordentlich leben zu können, und davon könne natürlich, wie doch jeder selber sähe, heute ebensowenig die Rede sein wie früher. Wohin das einmal führen solle, wenn wir in Deutschland eine ernste aussenpolitische Situation bekämen, das könne kein Mensch sagen. Der Hass unter den Menschen sei grösser als je, und nur mit Gewalt und Furcht würden die Menschen davon abgehalten, aufeinander loszugehen.

Das sind zwei Stimmen unmittelbar nach der Wahl! Man könnte noch eine ganze Anzahl mit der gleichen Tendenz anführen, die beweisen, dass die Hurra Stimmung der Wahlwochen verflogen ist wie die Spreu vor dem Winde.

II. Aus den Betrieben

=====

1) Allgemeines

Ueber die Haltung der Betriebsarbeiterschaft sind uns einige allgemeine Berichte zugegangen:

Berlin, 1. Bericht: Die Stimmung in den Betrieben ist allgemein als sehr hitlermüde zu kennzeichnen. Bei dem Abhören der Hitlerrede mussten sich die Arbeitsgruppen in mehreren Betrieben so setzen oder aufstellen, dass sie von ihren Amtswaltern im Auge behalten werden konnten.

In diesen Tagen wurden die Maiplaketten in einigen Betrieben verkauft. Eine Ablehnung war unmöglich. In einem Falle sagte ein Amtswalter zu einer unserer Genossinnen, als sie sich anfänglich weigerte, mit der Begründung, sie habe kein Geld: "Na, Sie müssen ja wissen, was Sie tun! Aber Sie können uns nicht verwehren, wenn wir daraus den Schluss ziehen, dass jeder, der keine Maiplakette haben will, staatsfeindlich ist!" Da Staatsfeindlichkeit zum Verlust der Arbeit führt, kaufte auch diese Genossin eine Plakette.

Es wird auch in unseren Berichten von den Berichterstattern oft hervorgehoben, dass die Masse der indifferenten Arbeiter am wenigsten Widerstand leistet und manchmal geradezu hitlerbegeistert ist. Nach meinen Erfahrungen ist das erstens übertrieben und zweitens berücksichtigen die Berichterstatter zu wenig den ungeheueren moralischen Terror, der in den Betrieben von den Amtswaltern ausgeübt wird, sowie das unerhörte Spitzelsystem. Ein Beispiel: Eine junge Arbeiterin, die völlig unpolitisch eingestellt ist, küsserte im Speisesaal ihrer Fabrik, als der Gemeinschaftsempfang der Hitlerrede bekanntgegeben wurde, die Worte: "Müssen wir wieder länger bleiben? Ob man das nun hört oder nicht!" Sie wurde von einer Kollegin, mit der sie einen Streit gehabt hat, beim Amtswalter denunziert und war noch am gleichen Tage entlassen. Grund: Staatsfeindlichkeit! Genau so ist es mit dem Beflaggen der Häuser. Dass am Kurfürstendamm und im Westen weniger geflaggt wird, ergibt sich einfach daraus, dass in diesen westlichen Bezirken, gerade in den Vorderhäusern ein grosser Teil der bessergestellten Juden wohnen, von denen das Flaggen gar nicht verlangt wird. Aber gerade in den Arbeitervierteln ist der Druck zum Fahnenheraushängen durch die Blockwarte der Partei so stark, die Aufforderungen dazu so sehr mit offenen und versteckten Drohungen gespickt, dass sich die Leute aus Angst, als staatsfeindlich erklärt zu werden und mindestens die Arbeit zu verlieren, gar nicht zu weigern wagen. Wenn - im Falle der Weigerung und Denunziation - auch nur diese Folge eintritt, so ist der Betreffende erle-

digt. Er bekommt in keinem Betrieb mehr Arbeit und bekommt auch keinerlei Unterstützung.

2. Bericht: Von der Arbeiterschaft kann man im grossen ganzen sagen, dass weite Kreise sich infolge der Vermehrung der Arbeit mit den schlechteren Löhnen zufriedengeben. Im allgemeinen ist es ja so, dass in einer Familie immer mehrere Verdienner in Betracht kommen. Heute haben nun mehr Familienmitglieder Arbeit als früher und obgleich die Löhne sehr gesenkt worden sind, ist die Gesamtlohnsumme, die einer solchen Familie zur Verfügung steht, doch nicht kleiner geworden. Es ist aber für die Familie besser, wenn 3 Familienmitglieder Arbeit haben, als wenn 2 arbeitslos sind, auch wenn alle drei zusammen nicht mehr verdienen als früher nur einer, und deshalb hat man sich mit dem bestehenden Zustand abgefunden.

Immerhin ist festzustellen, dass viele Arbeitslose es abgelehnt haben, Arbeit anzunehmen, die zu niedrig bezahlt wird, weil sie sich ausgerechnet haben, dass sie sich dann schlechter stehen als Erwerbslose (es handelt sich vor allem um Arbeiten bei der Autobahn, bei Strassenbauten usw.).

Allgemein ist festzustellen, dass die Haltung der Arbeiterschaft ausserordentlich egozentrisch geworden ist. Allerdings zeigen sich immer wieder von neuem Widerstandsregungen. So hat sich z.B. vor einiger Zeit in einem kleinen Metallbetrieb mit etwa 30 Beschäftigten auf einen Abbau der Akkordlöhne hin eine so starke und allgemeine Verschlechterung der Akkordleistungen und der Arbeitsqualität ergeben, dass diese Firma sich gezwungen sah, nach kurzer Zeit die alten Sätze wieder einzuführen. Im grossen ganzen zeichnet sich aber die Haltung der Arbeiterschaft durch eine gewisse Müdigkeit aus. Es kommt oft vor, dass Arbeiter, um ihr kampfloses Sichergeben in die bestehenden Zustände zu rechtfertigen, sich bemühen, gute Seiten am Nationalsozialismus und seinen Führern herauszufinden. Solche Leute setzen dann umständlich auseinander, dass Hitler schliesslich doch ganz brauchbar ist und sogar Goering trotz aller seiner schlechten Seiten doch auch gewisse Vorzüge habe. Keime für eine neuerwachende Spontanität in den Arbeitermassen sind jedenfalls nicht sichtbar.

Sachsen, 1. Bericht: Zwei andere ehemalige Mitglieder der Arbeiterjugend, von denen der eine bereits im Konzentrationslager und anschliessend im Arbeitsdienst war, erklärten auf meine Frage, was sich denn für sie im Dritten Reich geändert habe, fast zögernd: eigentlich nichts. Auf mein Erstaunen, dass sie sich die Antwort gewissermassen erst überlegen mussten, sagten sie dann: Nun ja, es hat sich schon etwas geändert. Die Arbeitslosigkeit sei, wenigstens in ihrem Gebiet, sehr stark zurückgegangen. Es würde auch immer wieder für Arbeit gesorgt, so dass es im ganzen dortigen Gebiet, das früher fast 50% Arbeitslose hatte, heute fast kei-

nen Arbeitslosen mehr gibt. Auch ihr Wohnort (halb Land- halb Arbeiterwohnsitzgemeinde, abseits der Verkehrsstrasse) sei gegenüber der Zeit vor drei Jahren gar nicht mehr wiederzuerkennen. Anstelle der fusssteig- und kanalisationslosen holperigen Dorfstrassen seien jetzt apshaltierte Strassen mit Fusssteigen und Baum-Bepflanzungen erstanden, die dem Orte ein ganz neues Gesicht geben. Und so noch anderes mehr. Was das also beträfe, so müssten sie ehrlicherweise zugeben, dass sich auf dem Gebiete manches zum Besseren gewendet hätte. Auch die Löhne hätten sich kaum verschlechtert.

Niederdrückend seien für sie natürlich der politische Zwang und die Angeberei. Die grössten und gefährlichsten Denunzianten wären bei ihnen auf dem Lande aber nicht etwa die Bauern gegen die Arbeiter, sondern meist die Arbeiter untereinander, und nicht selten sogar frühere Genossen, die - heute stramme Nazis - ihre ehemaligen Genossen zur Rede stellen oder gar mit Anzeige drohen, wenn sie ihnen den Hitlergruss nicht erwidern oder irgendeine abfällige Bemerkung gegen das System machen. Das führt dazu, dass man miss-trauisch gegeneinander wird, jeden Gasthausbesuch meide (das leere Gasthaus hat auch in ihrem Ort den ehemals nazi-freundlichen Gastwirt zum Hitlergegner gemacht) und sich auch sonst abschliesse und nur mit den Vertrautesten Verkehr und Gedankenaustausch pflege. Zeitungen lesen sie keine, auch die meisten anderen Arbeiter nicht. Ihr Informationsorgan ist das Radio und das gesprochene Wort von Mund zu Mund.

2. Bericht: Ein besonderes Problem ist die Frau als Arbeiterin. Es haben sich da in letzter Zeit vor der Wahl Dinge ergeben, die man einfach kaum für möglich halten sollte. Gerade die Frauen, welche am meisten unter dem Fehlen des Nötigsten für die Familie leiden müssten, sind die hartnäckigsten Verteidiger des Systems. Es gab Betriebe, wo man diejenigen, welche sich es merken liessen, dass sie gegen Hitler stehen, einfach anspuckte. Dazu wurde vielfach noch gesagt, dass diese Leute keine Unterstützung bekommen dürften. Es gab sogar Frauen innerhalb eines Betriebes, die vor der Wahl sagten, dass diejenigen, welche mit Nein stimmen würden, an die Wand gestellt und erschossen werden müssten. Niemand wagte eine Verteidigung. Wagte es eine Arbeiterin dennoch, dann musste sie schon besonders gut angeschrieben sein, sie schuf sich aber trotzdem Feinde.

Schlesien: Zwei Arbeiter in der Eisenbahn. Der eine: "3,20 Mk. Abzug, eine Gemeinheit, was bleibt da noch zum Fressen übrig? Aber dem Lump werden wir es noch anstreichen." Darauf der andere Arbeiter: "Dem Lump werden wir die letzte Führerrede schicken, das ist doch nicht im Sinne des Führers."

Es ist interessant, dass sowohl die Arbeitsfront als auch die Wehrmacht einen Nachrichtendienst über die Stimmung in den Betrieben eingerichtet haben. Darüber wird uns berichtet:

Sachsen: An die Betriebswalter der DAF ist nachstehendes Rundschreiben ergangen:

Deutsche Arbeitsfront
-- Kreis Dresden -
Ortsw. Oppellvorstadt
Abt. P r e s s e

Dresden-N 6 Hechtstr. 31
Fernsprecher 56935
den 1. Hornung 1936
Leset die NS-Presse!

Rundschreiben 1/36

An sämtliche Betriebswalter!

Betr.: Stimmungsbericht.

Es muss leider festgestellt werden, dass in letzter Zeit überhaupt keine Stimmungsberichte mehr aus den Betrieben an die Ortsverwaltung abgegeben werden. Nur einige wenige Betriebe sind es, die regelmässig ihren Pflichten in dieser Hinsicht nachkommen, auf jeden Fall ein recht beschämendes Ergebnis in Bezug auf die Mitarbeit der Amtswalter. Wie Sie wohl wissen, erarbeiten Sie die Berichte nicht für uns persönlich aus, sondern haben wir alle die Anordnungen unserer vorgesetzten Dienststelle zu befolgen.

Aus diesem Grunde geben wir Ihnen hierdurch nochmals den Termin für die Ablieferung der monatlichen Stimmungsberichte bekannt:

Für Monat Januar 1936 letzter Termin am 5.2.36.
In Zukunft ist der letzte Termin am 2. eines jeden Monats.

Sollten Unklarheiten über den Inhalt der Stimmungsberichte herrschen, so können diese jederzeit in der Ortsverwaltung der DAF, Hechtstr. 31 während der Dienststunden in der Abt. P r e s s e geklärt werden.

Der Bericht soll die Überschrift: Stimmungsbericht für Monat....., von Betrieb....., Abt. Presse; tragen.

Sein Inhalt streift so kurz wie möglich, wirtschaftliche Fragen des Betriebes, die politische Stimmung und ferner alle wichtigen Ereignisse im Betrieb vom verflossenen Monat, usw.

Wir hoffen, dass es nur dieses einmaligen Hinweises bedarf, um nun regelmässig die Berichte zu erhalten.

Heil Hitler!

Gez. Straubichen.

O. Presseswalter.

Wittengau
Stellv. Ortswalter.

Berlin: Es ist bekannt, dass in den grossen Rüstungsbetrieben Beauftragte der Wehrmacht tätig sind. Sie haben den Auftrag, die Qualität der Arbeiten zu überwachen, nachdem sich herausgestellt hat, dass infolge der schnellen Ablieferungsfristen die gelieferten Materialien zu vielen Klagen Anlass gaben. Neben dieser Hauptaufgabe beschäftigten sich die überwachenden Offiziere mit der Stimmung der Belegschaften, worüber sie periodisch an ihre vorgesetzte Behörde berichten müssen, die die Berichte wieder an das Kriegsministerium weiter leitet. Dort hat es in den letzten Wochen viel Befremden ausgelöst, dass die Meldungen auf der ganzen Linie von lebhaften Klagen der Arbeiter zu berichten hatten. Sowohl die politische Unzufriedenheit wie auch die materielle Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft sei besorgniserregend gestiegen. In der Hauptsache erstrecken sich die sachlichen Klagen der Arbeiter auf das Antreiber-system, das eine wirkliche Qualitätsarbeit verhindere - was besonders für die Flugzeugindustrie von entscheidender Bedeutung ist - , auf die sinkende Tendenz der Reallöhne, und die herrschende Lebensmittelnot, die die Ernährung der Familien in Frage stelle. Damit Hand in Hand gehe eine fühlbare politische Radikalisierung der Belegschaften, die noch heute ihre Spitze gegen die Nazis richte, aber morgen schon dem ganzen System gefährlich werden könne.

2) Die Widerstandsregungen

Berlin: In einem grossen Berliner Rüstungsbetrieb äusserte sich ein Arbeiter abfällig über den Nationalsozialismus. Er wurde von einem Nazi denunziert und daraufhin mit einer Strafe in Höhe eines Wochenlohnes belegt. Da er Familienvater ist, fanden die Kollegen Wege und Möglichkeiten, ihn so zu unterstützen, dass er keinen Lohnausfall hatte. Der Denunziant wurde in der nächsten Zeit von allen Belegschaftsmitgliedern gemieden. Der Nazi beschwerte sich darüber bei der Betriebsleitung, aber ohne Erfolg. Ein durchaus nicht einzelner Beweis für das Zusammenhalten der qualifizierten Arbeiterschaft.

Ein anderes Beispiel aus einem Grossbetrieb: Die Werkzeugmacher stellten eine Forderung auf Lohnerhöhung. Ein Mann wurde mit dieser Forderung zum Direktor geschickt, der ihm antwortet: Hier gibt es keine marxistischen Forderungen. Bei der nächsten Lohnzahlung kündigten nun über 20 Werkzeugmacher. Da diese Arbeitergruppe zur Zeit sehr gesucht und im Betrieb nicht so schnell zu ersetzen ist, sprachen die Ingenieure der Firma mit den Arbeitern, denen 5 Pfennig pro Stunde mehr geboten wurden. Als die Werkzeugmacher damit nicht einverstanden waren, wurde ihnen schliesslich eine Lohnerhöhung von 10 Pf. bewilligt. Den Arbeitern der benachbarten Abteilung wurden dann freiwillig 3 Pf. pro Stunde mehr gezahlt.

Es gibt auch noch Grossbetriebe in Berlin, die noch so stark von SP-Leuten durchsetzt sind, wo vor allem auch die Meister und Vorarbeiter und das Personalbüro sich aus alten SP-Leuten zusammensetzen, dass in ihnen die Betriebsleitungen sich nicht durchsetzen können, um einen Nazimeister einzustellen. Derartige Versuche enden dann mit der baldigen Hinausgraulung der Nazis. Aus einem Betrieb ist uns bekannt, dass ein Denunziant nicht nur, wie der oben erwähnte SS-Mann, "gesellschaftlich boykottiert" wurde, sondern verprügelt ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Bei Osram wurde die Sammeliste für das WHW so schlecht gezeichnet, (die meisten Arbeiter zeichneten nur 10 Pf. oder ähnlich), dass die Liste von der Betriebsleitung noch einmal an den Betrieb zurückgegeben wurde, weil zu wenig zusammengekommen sei. Die Arbeiter mussten daraufhin notgedrungen mehr zeichnen und sich annähernd an den eigentlich vorgeschriebenen Zeichnungssatz von 10 Prozent vom Lohn halten.

Derartige Beispiele des solidarischen Zusammenhaltens und der ausdrücklich antifaschistischen Einstellung können aber nicht verallgemeinert werden. Speziell neue Betriebe ohne alte Stammarbeiterschaft lassen jedes Solidaritätsgefühl vermissen. So ist in Tegel ein Metallbetrieb eröffnet. Alle dort beschäftigten Arbeiter sind neu eingestellt und früher meist unorganisiert gewesen. Unter ihnen sehr viele alte Kämpfer. Es besteht in diesem Betrieb infolgedessen keinerlei politischer Zusammenhalt unter den Arbeitern. Die Arbeiter erhielten früher Wochenlöhne, jetzt Akkordlohn, den man andauernd zu drücken versucht. Die Arbeiter schimpfen zwar darüber, können sich aber zu keinerlei Widerstandsbewegung aufraffen. Wenn einer nur solche Möglichkeiten erwähnt, bremsen die anderen Kollegen sofort. In diesem Betrieb herrscht auch ein gewisser Neid der schlechter bezahlten Arbeiter gegenüber den qualifizierten und besser bezahlten.

Doch können die Verhältnisse in diesem Betrieb genau so wenig verallgemeinert werden, wie die in den oben erwähnten besonders guten Betrieben. Er stellt gewissermassen den extremen Fall des schlechten Betriebes dar.

Sachsen: In den Betrieben der Auto-Union, Chemnitz herrscht grosse Missstimmung wegen der schlechten Behandlung, der hohen Lohnabzüge und dem mangelhaften Werkzeug. Am Montag, dem 3. Februar 1936, fand eine Betriebsversammlung statt. Anwesend waren Betriebsleiter, Meister und Arbeiter. Nach Absingen der bekannten Lieder kam es zu einer Aussprache. Die Arbeiter brachten ihre Ansichten offen zum Ausdruck. Sie forderten eine geregelte Arbeitszeit, Verringerung der Lohnabzüge, bessere Werkzeuge und vor allen Dingen eine bessere Behandlung durch die Meister. Ein Meister, der als übler Geselle bekannt war, musste in der Versammlung zugeben, dass er verschiedene Schimpfworte gegen die Arbeiter gebrauchte. Nachdem ein Betriebsleiter sah, dass die Sache für die Firma schlecht stand, ergriff er das Wort:

"Wir sind doch alle Ehrenmänner, ich verspreche Euch, dass diese Woche alles anders wird." Die Arbeiter verlangten eine schriftliche Erklärung, doch mussten sie sich mit der mündlichen Verlautbarung des Betriebsleiters begnügen. Das Versprechen ist nicht eingehalten worden. Die Elektroschweißer legten daraufhin die Arbeit nieder, gingen jedoch nicht aus dem Betrieb. Es ist nun drei Tage lang zu einer Art Teilstreik gekommen. Wenn ein Meister eine besondere Arbeit hatte, so wurde sie verrichtet. Die anderen Arbeiter blieben auf ihren Plätzen und taten nichts. Jetzt ist den Arbeitern eine Zulage von 15,- RMk. versprochen worden.

War am 29. Februar der Auftrag an die Gefolgschaftsführer ergangen, die Sammlungen mit ihren Vertrauensräten durchzuführen, so hatten für den 1. März alle Amtswalter die Aufgabe, zu sammeln. Für den 29. Februar waren in allen Betrieben Betriebsappelle angeordnet, zu dem Zweck, der Belegschaft durch Betriebsführer und Vertrauensräte zu sagen, wie notwendig die Sammlung sei und wieviel Not schon mit den gesammelten Geldern gelindert worden wäre.

In einem Betrieb kam es dabei zu einem Konflikt. Ein Arbeiter machte den Zwischenruf: "Weshalb wird denn in Deutschland mit dem Gelde nicht so geholfen, wie man das mit demselben Geld durch den V.d.A. im Ausland tut?" Ein anderer rief: "Macht bei uns Geschenke wie in Böhmen, wo jeder Reichsdeutsche ein ganzes Lastauto Steinkohle bekommt!" Ein dritter rief: "Solche Propaganda in Deutschland wäre besser als alles andere." Da keiner der Rufer festgestellt werden konnte, konnte man auch nichts gegen sie unternehmen.

Schlesien: In einem grösseren Betrieb in Breslau lud sich ein Stürmer-Kolporteur selbst zu einer Belegschaftsversammlung ein, um für den Stürmer Propaganda zu machen. Im Laufe seiner Rede erläuterte er die Judengesetze und erklärte, dass es längst an der Zeit gewesen sei, den Juden ihr rassen-schänderisches Treiben zu legen, sonst wären noch alle Dienstboten Judendörner geworden. Daraufhin lauter Protest bei den anwesenden Frauen und Zwischenrufe wie: "Beleidigung der deutschen Frau und Mutter." - "Wo bleibt da die Ehre der deutschen Frau, wenn man uns so hinstellen darf." usw. Der Vertrauensmann sah sich daraufhin veranlasst, Protest gegen diese Verallgemeinerung von Einzelfällen einzulegen. Dem Redner wurde das Wort entzogen, er musste abgehen, was mit offenem Gelächter quittiert wurde. Auch der Gefolgschaftsführer legte bei den Parteistellen Protest ein.

Bayern: Von einem niederbayerischen Arbeitsamt wurden an die Baustelle der Reichsautobahn in Y. 12 Arbeiter vermittelt. Bei der Arbeitsaufnahme wurde den Arbeitern der Wochenlohn bekanntgegeben. Sie erklärten, dass ihnen unter solchen Bedingungen die Aufnahme der Arbeit unmöglich sei, weil sie ja doch mit diesen Einkünften ihre Familien nicht ernähren können. Sie verliessen die Arbeitsstätte und verhandelten im

Lohnbüro. Dort wurde ihnen erklärt, dass sie keine andere Arbeit annehmen können, da sie doch nach hier zugewiesen seien. Die Arbeiter blieben bei ihrer Arbeitsverweigerung. Daraufhin wurden die zwei Sprecher der Arbeiter verhaftet und nach Dachau eingeliefert. Die übrigen 10 wurden wieder nach Hause geschickt. Die Wohlfahrtsamt sperrte ihnen für 12 Wochen die Wohlfahrtsunterstützung.

Nordwestdeutschland: Pg. Reinzema, Kassierer der DAF auf der Emdener Heringsfischerei, früher unorganisiert, Streikbrecher und "alter Kämpfer", Besucher der Führerschule Bernau und Teilnehmer der grossen Kraft-durch-Freude-Reisen, ist der Gegenstand eines Betriebszwischenfalles geworden. Eines Tages stellte sich nämlich heraus, dass er die einkassierten Arbeitsfrontgelder für sich verbraucht hatte. Die Mitglieder begaben sich zum Büro und forderten Strafanzeige. Die Herren versuchten, die Belegschaftsmitglieder zu beruhigen, weil Reinzema zu viel weiss und sie ihn deshalb halten mussten. Man versprach eine Untersuchung. Diese - von Reinzemas Gesinnungsfreunden durchgeführt - ergab, dass er 200 Mark für sich verbraucht habe. Die Belegschaft forderte erneut Strafantrag. Man versuchte es ihren Sprechern damit auszureden, dass sie davon doch nichts hätten. Doch die Belegschaftsvertreter erklärten, schliesslich seien es doch ihre Groschen, die der Mann veruntreut habe. Der Vertrauensmann begab sich zum Betriebsführer. Dieser bezeichnete Reinzema als einen Lumpen und versprach, die Geschichte zu erledigen. Als nach einiger Zeit immer noch nichts geschah, verlangten die Arbeiter eine Betriebsversammlung. Jedoch hatten sie dafür nur ein Interesse, wenn man ihnen freie Aussprache gestattete. In der Hoffnung, durch ein reinigendes Versammlungsgewitter das unterirdische Geschimpfe loszuwerden, stimmte die Arbeitsfront zu, nachdem der Betriebsleiter von sich aus erklärt hatte, dass er diese Betriebsversammlung begrüsse. In der Versammlung erschienen die DAF-Bonzen Trauzettel und Meier und versuchten Reinzema zu retten. Es seien ja nur 200 Mark gewesen. Doch die Arbeiter hatten inzwischen ausgerechnet, dass der ganzen Belegschaft insgesamt für 1000 Mark Beitragsmarken unrechtmässig vorenthalten worden waren. In der Versammlung stand ein alter Kollege auf und protestierte gegen den Versuch, die Unterschlagung zu bagatellisieren. Er zeigte auf einen grauhaarigen Arbeiter neben sich und sagte: "Uns könnt Ihr nichts vorrechnen, der Kollege neben mir hat 20 Jahre lang Gewerkschaftsbeiträge kassiert, ohne dass es je Unordnung gegeben hat. Aber jetzt sind Eure Leute da." Das Ergebnis war, dass Reinzema entsprechend dem Willen der Belegschaft aus dem Betrieb flog und angezeigt wurde. Er ist jetzt zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

3) Die Vertrauensräte

Die auf den 3. und 4. April angesetzten Vertrauensratswahlen sind nach Anberaumung der Reichstagswahlen aufgehoben und die Amtsdauer der Vertrauensräte ist um ein Jahr verlängert worden. Gleichwohl verdienen die nachstehenden Berichte über die Wahlvorbereitungen noch Beachtung als Material zur Beurteilung der Institution der Vertrauensräte. Wir haben bereits im Januar-Bericht (S.78 f) darauf aufmerksam gemacht, dass diesmal Bestrebungen bestanden, der Vertrauensratswahl 1936 im Gegensatz zum Vorjahre nicht den Charakter einer allgemeinen politischen Vertrauenskundgebung der Arbeiter für das Regime zu geben, sondern sie als eine rein innerbetriebliche Angelegenheit aufzuziehen. Inzwischen ist eine entsprechende Anweisung des Propagandaministeriums für die Behandlung der Vertrauensratswahlen in der Presse in diesem Sinne bekanntgegeben worden. Anfang Februar äusserte sich auch der Reichsschulungsleiter der NSDAP Dr. Frauendorfer, es sei der Wille des Führers, die Wahlen nicht nach politischen Gesichtspunkten durchzuführen.

"Die bevorstehenden Vertrauensratswahlen sind keine politischen Wahlen! Das gilt es jedem Volksgenossen klarzumachen. Es ist nicht so, dass die Gefolgschaft eines Betriebes, die bei den bevorstehenden Wahlen mit "nein" stimmt, nicht nationalsozialistisch ist. Das Urteil ist vielmehr so zu werten, dass die Gefolgschaftsmitglieder mit einer schlechten Betriebsführung nicht einverstanden sind."

Ähnlich heisst es in dem "Aufklärungs- und Redner-Informationsmaterial der Reichspropagandaleitung der NSDAP und des Propagandaamtes der Deutschen Arbeitsfront" (Lieferung 3, März 1936):

"Es ist ein weit verbreiteter Glaube, dass diese Wahl des Vertrauensrates als eine gewissermassen inoffizielle Volksabstimmung gewertet werden könne. Man sagt, dass durch diese Wahl ein wesentlicher Teil der deutschen Wählerschaft, insbesondere aber der Überwiegende Teil der deutschen Handarbeiter erfasst werde und dass diese am Tag der Vertrauensratswahl somit Gelegenheit hätten, ihre Einstellung zum nationalsozialistischen Staat mit Hilfe des Wahlzettels zu bekunden."

Auch viele abstimmende Volksgenossen selbst glauben an diese Auslegung der Vertrauensratswahl und nehmen deshalb ihre Wahl unter diesem Gesichtspunkt vor, d.h. sie sehen in der Abgabe ihrer Ja- oder Nein-Stimme insbesondere ihrer Stellungnahme zum nationalsozialistischen Staat usw. ausgedrückt.

Aus unseren weiteren Ausführungen ergibt sich eindeutig, dass diese Auffassung absolut unrichtig ist, und, dass vielmehr die Abstimmung sich rein nur auf den Betrieb, d.h. die in diesem aufgestellten Bewerber für den Vertrauensrat bezieht..."

Im übrigen entnehmen wir unseren Berichten: Berlin

Interessant ist die Rolle, die noch in vielen Betrieben frühere freigewerkschaftliche Betriebsräte spielen. So ist uns aus einem Berliner Grossbetrieb (und ein ganz ähnlicher Fall aus einem Chemnitzer Grossbetrieb) bekannt, dass die Arbeiter in allen Lohn- und Tariff Fragen noch ständig zu ihrem alten gewerkschaftlichen Vertrauensmann um Auskunft kommen. Der schickt sie dann zum Nazivertrauensrat. Die Leute gehen aber nicht gern zu ihm, der auch wenig über die Fragen orientiert ist. Er schickt vielmehr seinerseits die Leute wieder zu dem Gewerkschafter zurück und hat ihn jüngst sogar beauftragt, sich mit den neuesten Tarifänderungen vertraut zu machen.

Die Stellung zu den Vertrauensräten ist in Berlin heute ganz allgemein ablehnend. Man hat gesehen, dass die VR, selbst wenn sie etwas für die Arbeiterschaft tun wollen, es nicht können. Die Illusionen, dass die VR Betriebsräte-Ersatz seien, sind darum völlig verschwunden. Ueberall, wo sich VR für Belegschaftsinteressen eingesetzt haben, sind die Betriebsführer zur Arbeitsfront gelaufen und haben sich beschwert. Der Schluss war meist, dass der Vertrauensrat auf seine Tätigkeit überhaupt verzichtet. In einem Betrieb kamen Angehörige des Kyffhäuser-Bundes zum Vertrauensrat und forderten ihn auf, für bestimmte Lohnfragen einzutreten. Der Vertrauensrat lehnte das ab. Darauf stellten die übrigen Kollegen fest: Der Vertrauensrat hat eben nichts mehr zu tun mit dem alten Betriebsrat.

In einem graphischen Mittelbetrieb Berlins fand schon im Februar 1934 sehr rege die Diskussion über die erste Vertrauensratswahl statt. Es wurde beschlossen, die offizielle Liste zu sabotieren. Der Treuhänder setzte daraufhin einen Vertrauensrat ein. Bei der zweiten Vertrauensratswahl versuchten dann ehemalige Gewerkschaftler Kollegen ihres Vertrauens auf die Liste zu bringen. Man stimmte dann für diese Liste, da einige ehemalige sozialdemokratische Genossen aufgestellt worden waren. Nachher stellte sich jedoch heraus, dass auch diese Vertrauensräte keine Möglichkeit hatten, irgend etwas für die Belegschaft zu tun. Zur jetzt aufgeschobenen Vertrauensratswahl wurde bereits lange vorher diskutiert, welche Stellung diesmal eingenommen werden sollte.

Die Klärung darüber war noch nicht erreicht, als die Verschiebung der Wahl bekannt wurde.

Sachsen, 1. Bericht: (Vor der Verschiebung der Wahlen) Bei der Vorbereitung der Vertrauensratswahlen hat man in den Chemnitzer Betrieben nicht die politische Bedeutung der Wahlen unterstrichen, sondern im Gegenteil den Versuch gemacht, politische und allgemeine wirtschaftliche Hinweise möglichst zu vermeiden und dafür in geschickter Weise spezielle Betriebsfragen in den Vordergrund zu rücken. Die Nazi-Agitatoren geben zu, dass dies und jenes noch nicht ganz in der Ordnung sei, da und dort müsse noch etwas mehr geschehen, der neue Betriebsvertrauensrat werde eben eine ganze Reihe wichtiger Fragen zu erledigen haben. Deswegen sei es aber auch nötig, ihm zu beweisen, dass der ganze Betrieb geschlossen hinter ihm stehe, damit er sich wirklich auf das Vertrauen des ganzen Betriebes stützen könne. Wer anders handele, der schädige also eigentlich nicht nur sich selbst, sondern die ganze Gefolgschaft. Ja, die Amtswalter der Arbeitsfront hatten in einigen Chemnitzer Betrieben die Unverfrorenheit, zu erklären, dass alle diejenigen, die nicht zur Wahl gehen und den Vorschlag nicht unterstützen, damit zum Ausdruck bringen wollten, dass ihnen die "revolutionäre Tätigkeit" des Vertrauensrates und sein schneidendes Vorgehen gegen die Arbeiterfeinde nicht passe und sie verkappte Anhänger der kapitalistischen Reaktion seien. Man sucht also bewusst Anschluss an die marxistische Klassenerkenntnis der Betriebsarbeiter und versucht, sie durch einen demagogischen Dreh auszuwerten für die Wahlagitator der Nazis zur Vertrauensratswahl.

Inzwischen ist die sozialdemokratische Parole, die Stimmenzahl ungültig zu machen, in Chemnitz ziemlich allgemein bekannt geworden und wird von vielen lebhaft begrüßt. Natürlich geschieht ihre Verbreitung oft in getarnter Form, wie z.B.: "Wenn doch die Marxisten endlich ihren Kram verloren geben wollten, was geht sie überhaupt diese Vertrauensratswahl an, was mischen sich diese Leute überhaupt in unsere Betriebsangelegenheiten und verlangen, dass der Stimmzettel ungültig gemacht werden soll. Schliesslich wissen wir allein, was wir zu tun haben." In dieser Form wird geredet, der andere versteht meist sofort die Absicht und er gibt die Parole in einer wieder anders getarnten Art weiter. Aber auch in dieser Form muss in mehreren Betrieben noch sehr vorsichtig gearbeitet werden. In vielen Betrieben sitzt der besonders beauftragte Beobachtungsspitzel, und der kann mitunter auch eine so getarnte Information durchschauen und einen Betroffenen erledigen. Solche Spitzel werden mit Bedacht an solchen Stellen im Betriebe eingesetzt, von wo aus eine möglichst umfassende Beobachtung der Gefolgschaft möglich ist, z.B. als Portier, Materialverwalter, Kolonnenführer, Kranführer usw.

Die Parole der KPD wurde, soweit sie überhaupt bekannt wurde, als unsinnig ganz energisch abgelehnt.

Es herrscht allgemein der Eindruck, dass die Regimegrößen dem Verlauf der Vertrauensratswahlen mit grosser Besorgnis entgegensehen. Denn man ist offenbar darüber genau informiert, dass die Stimmung in vielen Betrieben sehr schlecht ist. Das kommt daher, weil in sehr vielen Betrieben Massnahmen durchgeführt worden sind, die eine schleichende Erbitterung unter der Belegschaft hervorgerufen haben. So sind z.B. in der Chemnitzer Industriegegend in der letzten Zeit scharfe Rationalisierungs-massnahmen durchgeführt worden, die von der Belegschaft als grosser Druck und als schärfste Ausbeutung empfunden werden. Die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters ist vielfach nach einer raffinierten Berechnungsmethode neu geregelt, und darnach sind die Löhne in mehreren Betrieben neu geordnet worden. Die Arbeiter müssen in einem wahnsinnigen Tempo arbeiten, wenn sie bei diesen Berechnungssätzen zu einem erträglichen Wochenlohn kommen wollen. Solche Vorgänge werden besonders auch aus dem Textilgebiet von Limbach und Umgebung berichtet. Die Belegschaften mussten dabei die Erfahrung machen, dass die sogenannten Vertrauensräte diese Dinge stillschweigend mitmachen und - zur Rede gestellt - sich mit dummen Ausreden zu helfen suchen. So wurde in Oberfrohna bei Chemnitz den protestierenden Arbeitern gesagt, dass im Gefolge der Rationalisierung nur jüngere Kräfte entlassen werden würden, die sowieso jetzt für den Heeresdienst nötiger gebraucht würden. Als man in einem Fall nachwies, dass im Betriebe solche Arbeitskräfte gar nicht vorhanden waren, erwiderte der Vertreter des Nazi-Vertrauensrates, dass es darauf nicht so sehr ankomme, es würde dann eben ein Austausch der Arbeiter mit verwandten Betrieben erfolgen. Als die Arbeiter einwendeten, dass es sich heute, wo noch so viele arbeitslos seien, doch überhaupt nicht um eine Verschärfung des Arbeitstempos handeln könne und dass davon nur der einzelne Unternehmer den Vorteil hätte, nicht aber die gesamte "Volksgemeinschaft", wurde ihnen erwidert, dass es sich dabei um wirtschaftliche Probleme handle, deren Erörterung dem einzelnen Arbeiter und Vertrauensrat nicht zukäme, die vielmehr Sache der Betriebsführer und der nationalsozialistischen Staatsführung seien. Sie sollten sich ja hüten, dass sie nicht in liberalistische und marxistische Diskussionsfehler zurückverfielen, das könnte jedem, der dabei betroffen würde, teuer zu stehen kommen. Jetzt müsse das Gesamtwohl der Nation ausschlaggebend sein und nicht die persönlichen Wünsche des einzelnen Betriebsarbeiters. Wer keine Opfer für die Nation auf sich nehmen wolle, der müsse das sagen und lieber aus dem Betriebe ausscheiden. Sie sollten doch froh sein, dass der nationalsozialistische Staat ihnen überhaupt wieder Arbeit verschafft habe. Damit wird die Diskussion kurz abgeschnitten, denn jeder Arbeiter hat dann die unverblühte Drohung gehört und muss sich bescheiden.

2. Bericht: Dresdner Emballagen-Fabrik A.G. (Reemtsma-Konzern): Von dieser Firma fand im Nossener Hof eine Vertrauensmännerversammlung der NSDAP statt. Die Versammlung war eine einzige Klage über die Misstimmung im Betriebe gegen den Führer und die Regierung. Insbesondere grüßte niemand mehr mit dem "deutschen Gruss". Der Redner erwähnte insbesondere die Beamten der Firma, die sich am entschiedensten passiv verhielten. In diesem Betrieb hatten die Arbeiter untereinander schon vor unserer Parole vereinbart, den gesamten Zettel zu streichen.

Sachsenwerk in Niedersiedlitz bei Dresden: Im Werk bestehen nach wie vor sogenannte "rote Abteilungen". Das sind die Abteilungen, in denen unsere Leute noch immer fest zusammenhalten. Ueber die Vertrauensratswahlen ist lebhaft diskutiert worden. Die Arbeiter hatten sich dann vor Erscheinen unserer Parole dahin geeinigt, in die Umschläge keine Stimmzettel zu legen. Sie sagten sich: streichen wir die Zettel durch, dann legen "sie" andere hinein. Natürlich können "sie" es bei der anderen Handhabung auch tun.

3. Bericht: In den Betrieben ist die Stimmung mies. Vor allem unter den Vertrauensräten. Da wurden in Dresden vor einigen Monaten eine Anzahl Betriebsräte in eine Schule geschickt. Dort wurde ihnen der Nationalsozialismus in Reinkultur eingepaukt. Sie kamen dann wieder in die Betriebe, wollten das Gelernte verwerten, kamen aber dabei an die falsche Adresse und mussten feststellen, dass es mit dem Sozialismus vorbei ist. Andererseits werden die Vertrauensräte von der Belegschaft immer vorgehetzt und kommen so in eine verzweifelte Lage.

In einem kleinen Metallbetrieb war auch so ein von der Schule gekommener Vertrauensrat, der sich nun mit Feuereifer in die Wahrung der Belegschaftsinteressen stürzte. Er zeigte dem Unternehmer verschiedene Mängel an, kam aber dabei in Misskredit, ohne dass die Mängel abgestellt wurden. Eines Tages kommt ein Arbeiter zu ihm mit einem kleinen Stück alten Blechs und fragt, ob er es mitnehmen kann. Der Vertrauensrat gestattet es ihm, er soll es nur nicht sehen lassen. Vom Portier wird der Arbeiter mit dem Stück Blech gestellt und der Arbeiter sagt, dass ihm der Vertrauensrat das Mitnehmen gestattet habe. Daraufhin bekommt der Vertrauensrat die fristlose Entlassung. Er erhebt dagegen Einspruch. Verschiedene Instanzen der Arbeitsfront versprechen, sich für ihn einzusetzen, da doch das Vergehen eine Entlassung nicht rechtfertige. Der Unternehmer ist für die Funktionäre der Arbeitsfront nicht zu sprechen. Und der entlassene Vertrauensrat schreibt daraufhin einen Brief direkt an den Treuhänder der Arbeit. Er schildert ihm den Sachverhalt, äussert die Vermutung, dass das ganze eine Provokation des Arbeiters war und begründet seine wiederholten Interventionen für die Belegschaft bei der Direktion damit, dass er doch erst von der Schule gekommen ist und dort die Rechte und Pflichten der Belegschaft bzw.

des Vertrauensrats gelernt hat. Er wird zum Treuhänder bestellt und gefragt, ob er diesen Brief geschrieben habe. Auf seine Bejahung erklärt ihm der Treuhänder, er sei ja Kommunist und habe in seinem Brief kommunistische Theorien entwickelt. Er könne die Entlassung nicht rückgängig machen. Der Vertrauensrat ist nun arbeitslos und steht unter Polizeiaufsicht. Er will trotzdem vor dem Arbeitsgericht klagen.

In einer Zigarettenfabrik fungiert eine Frau als Vertrauensrat. Sie macht es so, dass sie sich die Beschwerden der Belegschaft schriftlich mit Unterschrift geben lässt und diese dann direkt an den Treuhänder der Arbeit weitergibt. Allerdings ist sie deshalb bei beiden Teilen in Ungnade gefallen. Bei der Belegschaft, weil sie die Unterschrift verlangt und bei dem Treuhänder, weil sie sich direkt an ihn unter Umgehung der AF wendet. Trotzdem fährt sie in ihrer Methode fort.

In den Kreisen der Arbeiterschaft erblickt man in der Verschiebung der Vertrauensrätewahlen ein Manöver, um vor der Reichstagswahl oder kurz nachher kein ungünstiges Resultat publizieren zu müssen. Denn alle sind sich darüber einig, dass bei einer Vertrauensrätewahl höchstens 30% Stimmen für das System erreicht würden.

Bayern, 1. Bericht: Papierwarenfabrik mit ca. 120 Mann Belegschaft: Beim letzten Betriebsappell wurden wir von einem Vertreter der Arbeitsfront auf die Bedeutung der bevorstehenden Vertrauensrätewahlen hingewiesen. Die Vertrauensrätewahlen dürften nicht als politische Wahlen im Sinne eines Bekenntnisses zur politischen Führung des Staates angesehen werden. Sie seien lediglich ein Ausdruck für das Vertrauen, das die Belegschaft in die Führung des Betriebes habe. Vertrauensrat und Betriebsführung seien ein einheitliches Ganzes und diesem Führungsorgan des Betriebes sprechen die Arbeiter bei der Wahl ihr Vertrauen aus. Der Ausgang der Wahl ist deshalb ein Gradmesser nicht nur für den Vertrauensrat, sondern auch für die Beliebtheit und das soziale Verständnis des Betriebsführers. Auf diese Weise sucht man also die Oppositionswahl gegen den nationalsozialistischen Machtapparat auf die Betriebsführung abzuwälzen.

Im Betrieb rechnet man mit mindestens 50% ungültiger Stimmen. Anders könnte das Ergebnis werden, wenn sich die Auffassung durchsetzt, dass die heurige Wahl in erster Linie eine Vertrauenskundgebung für die Betriebsführung werden soll. Gelingt es, das den Arbeitern einzureden, werden viele in unserem Betriebe doch noch anders stimmen, denn sie möchten den Betriebsführer, der sich immer sozial verhalten hat und noch dazu ein Gegner der Nazi ist, diesen gegenüber keine Schwierigkeiten bereiten. Es wird noch dazu kommen, dass sich unter solchen Umständen auch die Betriebsführung bemüht, das Abstimmungsergebnis so günstig wie möglich zu gestalten.

Wolldeckenfabrik: Die ca. 400 Mann starke Belegschaft ist voll beschäftigt. Es werden Heeresdecken angefertigt. Die Belegschaft, die früher ganz freigewerkschaftlich organisiert war, zeigt heute bis auf wenige Ueberläufer eine antisozialistische Einstellung. Die politischen Auffassungen der einzelnen Arbeiter sind sehr radikal. Die ehemals sozialdemokratischen Funktionäre erfreuen sich noch immer des Vertrauens der Belegschaft. Im Betrieb hat sich ohne Widerspruch eingebürgert, dass bei Verhandlungen mit der Betriebsführung der Vertrauensrat übergangen wird. Als sich in einer Abteilung ein Vertrauensrat beschwerte, dass er nicht bei der Beratung über einen Urlaubsstreitfall hinzugezogen wurde, erklärte der Abteilungsleiter: "Ich muss mit dem verhandeln, der auch wirklich verhandeln kann."

2. Bericht: In Selb fand vor einiger Zeit eine Belegschaftsversammlung der Porzellanfabrik Rosenthal statt. Der Referent, ein Pg. Seidel von der DAF aus Schweinfurt, sagte u.a.:

"Es wäre ja nicht mehr notwendig, die Vertrauensrätewahlen durchzuführen, wir könnten die Vertrauensräte ja auch ernennen. Aber in der festen Ueberzeugung, dass jeder deutsche Arbeiter sich restlos hinter die nationalsozialistischen Ziele der Betriebsgemeinschaft stellt, lassen wir diese Wahl durchführen. Damit wollen wir eindeutig feststellen, ob es noch Feinde unserer Sache gibt. Sollte sich zeigen, dass es im vierten Jahre unserer Herrschaft noch solche Elemente gibt, dann werden wir mit eisernen Besen auskehren und die Ausgekehrten rücksichtslos auf der Strasse liegen lassen. Wer darum glaubt, seiner verbrecherischen Gesinnung gegen den Staat an diesem Wahltag Ausdruck geben zu müssen, der sei gewarnt und er tue besser, wenn er gleich zuhause bleibt, statt zu wählen. Solche Schufte sind nicht wert, an den Erfolgen des Führers teilzunehmen, denn nur der Führer sichert ihnen den Arbeitsplatz. Die Wahl ist geheim, das Wahlresultat wird richtig bekanntgegeben..."

Zwischenruf: "Schwindel!"

Der Redner Seidl war einen Augenblick ganz konsterniert und schrie dann: "Wer hat das gerufen, der soll sofort vortreten."

Niemand trat vor. Darauf Unterbrechung der Versammlung mit der Aufforderung, der Rufer solle von den anderen, die ihn kennen, gemeldet werden, Nichts rührte sich.

Darauf wurde die Versammlung wieder fortgesetzt und Pg. Seidl sagte nur noch:

"Dieser feige Wurm wird noch festgestellt werden und dann wird er seine volksverräterische Fresse nicht mehr auftun!"

Sprach und hatte damit seine Rede beendet.

Die Belegschaft bei Rosenthal ist der Ansicht, dass nach diesem Tobsuchtsanfall des Naziredners weiter gespitzelt wird

und dass die Wahlen richtige Terrorwahlen sein werden. Man glaubt, dass schon irgend ein Verfahren bei der Wahl angewendet werden wird, das eine wirkliche geheime Wahl unmöglich macht. Man braucht ja nur nach einer nummerierten Wählerliste abstimmen lassen und die Stimmzettel schön aufeinander in eine Urne legen. Beim Auszählen der Stimmen hat man dann gleich die Kontrolle über die Wähler anhand der Wählerliste.

Welche Rolle der Vertrauensrat in einem Betrieb oft zu spielen hat, das wurde Ende der vorigen Woche in der...Fabrik in X. demonstriert. Dort durften seit längerer Zeit die Kinderreichen Ueberstunden machen, um so zu einem besseren Lohn zu kommen. Am letzten Lohntag erhielten nun die Ueberstundenarbeiter nur den Lohn für 48 Stunden ausbezahlt und als sie sagten, dass sie doch mehr Arbeitsstunden zu verrechnen hätten, wurde ihnen erklärt, die Betriebsleitung habe mit dem Vertrauensrat vereinbart, dass nur 48 Stunden ausbezahlt werden und dass der Ueberstunden-Lohnanteil einem besonderen Fonds im Betriebe angesammelt werde, aus dem man Unterstützung in Notfällen usw. geben könne. Die Ueberstundenarbeiter sahen natürlich verärgert drein und redeten mit den Vertrauensräten kein Wort mehr. Einer der Vertrauensräte fragte nun einen solchen Ueberstundenarbeiter, von dem er geschnitten wurde, warum er sich so verhalte. Darauf sagte ihm dieser mürrisch, dass es wegen der Lohneinbehaltung sei, worauf der Vertrauensrat beteuerte, dass er davon gar nichts wisse. "Uns hat kein Mensch gefragt, wir haben nie einen solchen Beschluss gefasst." Aber weder der Vertrauensrat noch einer der betroffenen Ueberstundenarbeiter verlangten eine Aufklärung vom Führer der Belegschaft. Zu der ganzen Vertrauensrätewahl kann man eine Befürchtung haben: die ganze Einrichtung ist bei den Arbeitern so in Verschluss, dass sie sich wegen dieser Sache weder so noch so engagieren. Bei der Vertrauensrätewahl werden die Leute sich so einrichten, wie sie glauben, dass es der Erhaltung ihres Arbeitsplatzes am förderlichsten ist. Schlägt die Stimmung dennoch zu einer allgemeinen Ablehnung bei der Wahl um, dann jedenfalls nur infolge der übertriebenen Nazipropaganda. Ausgeschlossen ist ein solcher Stimmungsumschwung nicht, weil im Zuge der Agitation für die Vertrauensrätewahlen auch eine Propaganda für die "Deutsche Arbeitsfront" erfolgt. In einem Rundschreiben, das anfangs Februar an sämtliche Nazi-Blockwarte gerichtet wurde, wurde jeder Blockwart aufgefordert, im Monat Februar mindestens 4 Mitglieder für die "DAF" zu werben.

Südwestdeutschland: Der Vertrauensrat geniest bei uns kein grosses Ansehen. Im Anfang war der Obmann von der Arbeit freigestellt. Das hat aber aufgehört: heute hat er nur noch zwei Stunden in der Woche Sprechstunde. Seine praktische Arbeit für die wirklichen Interessen der Belegschaft ist gleich Null. Hier einige Sätze aus dem Jahresbericht, den

der Vertrauensrat in unserer neuen Werkzeitung gab:

"..Der Vertrauensrat hat im vergangenen Geschäftsjahr 11 Sitzungen abgehalten. Abgesehen von 4 Sitzungen, die sich mit der Kündigungsangelegenheit eines Angestellten beschäftigten, kamen im VR Fragen allgemeiner Natur zur Aussprache und Erledigung. So vor allem die Frage der Kantine, der Pensionäre und der Weihnachtsgratifikation... Streitigkeiten zwischen einzelnen Gefolgschafts-Angehörigen kamen 53 zwecks Schlichtung bei mir zur Bearbeitung. In 3 Fällen musste ich den Betriebsführer um Entlassung der Ruhestörer bitten. Wegen politischer Meckerei musste ich 5 Kameraden zur Besonnenheit ermahnen. Bei den persönlichen Streitigkeiten haben unsere weiblichen Gefolgschaftsmitglieder einen ganz erheblichen Anteil gehabt..."

Im ganzen Bericht findet sich nichts von der Behandlung irgendwelcher Lohnfragen, obwohl da allerhand Arbeit wäre. Dagegen wird breit dargestellt, was der Vertrauensrat resp. die Betriebszelle für die politische Verdummung der Belegschaft geleistet hat. Z.B. wieviel DAF-Zeitungen vertrieben wurden etc. Wenn man aber an die Steigerung der Belegschaft um das 4-fache denkt, dann sieht man erst wie lächerlich klein das Interesse der Arbeiter an diesen Produkten ist. Bei einem Belegschaftsstand von rund 800 Leuten sind nach den Angaben der Betriebszelle im Jahresdurchschnitt

215	Leser der Metallarbeiterzeitung
215	" " Werkzeitung des Konzerns
91	" " Arbeit und Wehr
69	" des Arbeitertums

Am Beginn des Jahres bezogen nur 10 Mann das "Arbeitertum". "Durch das Entgegenkommen des Betriebsführers", d.h. durch die Uebernahme der Kosten konnte die Leserzahl auf 180 gesteigert werden.

"..Im Dienste der Auslandspropaganda brachten wir rund 300 Broschüren und Flugzettel in den verschiedensten Sprachen an interessierte Kameraden zur Weiterleitung an Bekannte im Ausland zur Verteilung.."

An vielen Stellen des Jahresberichts tritt deutlich die wirkliche Rolle zutage, die der Vertrauensrat spielt, so z.B. wenn es da heisst:

"Bei verschiedenen Gelegenheiten konnten wir zu unserer Freude feststellen, dass wirklich ein guter Kameradschaftsgeist in unserer Gefolgschaft herrscht. Noch vorhandene Meckerer und ewige Besserwisser werden wir versuchen zu bekehren. Gelingt uns dies nicht, so bestehen immer noch andere Mittel, ihnen klar zu machen, dass man sich entweder in die Gemeinschaft einzufügen hat oder aber darin überflüssig ist."

In der Hauptsache, soweit er nicht "für den Arbeitsfrieden" im Betrieb tätig ist, bemüht sich der Vertrauensrat resp. seine einzelnen Mitglieder um die Organisierung aller möglichen Werk-Vereine und Veranstaltungen, für die man stets blechen soll und die nur dazu dienen, die Proleten von ihren wirklichen Interessen abzulenken.

Die Vertrauensräte der Firma Riecker, Schuhfabrik in Tuttlingen, haben, da sie betriebliche Aufgaben nicht zu erledigen brauchen, nur noch die Aufgabe, private Sachen der Arbeiter zu regeln. Kürzlich erzählte eine Arbeiterin des Betriebes einer Kollegin allerhand Neuigkeiten von dem Verhältnis einer anderen Kollegin. Der Vertrauensrat griff ein und forschte nun bei diesem Mädchen nach den intimsten Sachen. Der Erfolg: das Mädchen wurde wegen gesunkener Moral entlassen.

Pfalz: Die Aufgabe der Vertrauensräte ist, mit Taschenapotheken, Kochbüchern, Löffeln, Messern, Gabeln usw. im Betriebe Handel zu treiben. Für die Aufgaben, wie sie früher von den Betriebsräten erfüllt wurden, haben sie nichts übrig.

Rheinland: Man versucht, den Vertrauensräten wieder so etwas wie Selbstbewusstsein beizubringen. In allen Gebieten fanden unlängst sogenannte "Arbeitstagungen" der Vertrauensräte statt, die ein bezeichnendes Licht auf die unglückliche Rolle der Vertrauensräte werfen und die zeigen, wie hilflos das Regime der Arbeiterfrage gegenübersteht. Man sucht auf die Arbeiter einzuwirken, indem man die Vertrauensräte bearbeitet. Wir erhalten über eine solche Arbeitstagung folgenden Bericht: Anwesend waren etwa 900 Vertrauensräte aus dem Bezirk. Es sprach der Amtswalter der deutschen Arbeitsfront Schmidt. Er führte u.a. aus:

"Indes die grosse Welt des Nationalsozialismus mutig fortschreitet, ist mancher, auch in der Bewegung, stehen geblieben und dadurch mittlerweile in den Tross des Nachzüglers geraten. Die Schuld daran hat er nur sich selbst zuzuschreiben, weil er mutiges Dreinschlagen und nationalsozialistische Tat mit der kleinen Welt des Alltags bürgerlicher Wünsche und Süchte und Anschauungen verwechselt. Ihm fehlt jedes revolutionäre Denken..

Wenn Adolf Hitler das Jahrtausende alte Freiheitsideal seines Volkes verwirklichen will, dann können die, die mit ihm leben, nicht in den kleinlichen Schlendrian eines engherzigen Spiessbürgertums verfallen. In dieser Gefahr aber stehen die Betriebsvertrauensräte, die sich noch immer als Vertreter ihres Betriebes, ihrer Gruppe, wähnen. Sie sehen nur das, was sie täglich an kleinen Sorgen haben, sie glauben, dass von ihren Interessen die grosse Welt Notiz nimmt und nehmen muss. Sie wollen nicht sehen, dass es gar nicht auf den einzelnen Betrieb ankommt und dass der hohe Lohn nicht das Erstrebenswerte ist..." usw. usw."

Der Bericht schliesst mit der Vorstellung, dass der Vortrag ohne jede Diskussion entgegen genommen wurde und dass alles beim alten bleiben wird. Denn aus diesem allgemeinen Phrasenbrei sei niemand schlau geworden und die Betriebsfragen blieben nach wie vor ungelöst.

In Aachen hätte man bei der Post und bei der Strassenbahn versucht, die ehemaligen Freigewerkschaftler zur Vertrauensratswahl auf die Listen zu bringen. Sie aber lehnten alle ab.

Hannover: Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront in Hannover, Karius, sprach in einer nur für Amtswalter bestimmten Versammlung. Einer unserer Genossen, der als Amtswalter an der Versammlung teilnahm, berichtet darüber, dass Karius sich dagegen wandte, dass die Amtswalter und Vertrauensräte soviel Rede und Antwort stehen. Sie sollen keine Diskussionen zulassen und alle Einwände mit dem Satz abwehren: Und wenn alles falsch wäre, ich glaube doch an den Führer.

Schlesien, (Waldenburger Bergbau): Zu den Vertrauensräten besteht kein Vertrauen, weil Beschwerden gegen die Betriebsleitung nicht entgegengenommen werden. Infolgedessen fällt es auch keinem Arbeiter ein, sich an den Vertrauensrat zu wenden. Die ausgeschriebene Neuwahl der Vertrauensräte begegnete der grössten Gleichgültigkeit. Politisiert wird nicht, es besteht die Auffassung, jeder ist sich selber der Nächste. Bei besonderen Anlässen finden Betriebsappelle statt und zwar eine Viertelstunde vor Einfahrt, und eine halbe Stunde nach der Ausfahrt. Niemand darf dann den Grubenhof verlassen.

4) Betriebsveranstaltungen

Berlin: Man darf die Wirkungen nicht unterschätzen, die Kameradschaftsabende und ähnliche Veranstaltungen vor allem auf die Arbeiter haben. Man kann beobachten, dass die Arbeiter leichter der Beeinflussung unterliegen als die Angestellten. Die Angestellten sind bei solchen Gelegenheiten eher angewidert von der Reden der Arbeitsfrontbonzen. Sie fühlen sich diesen Postenjägern geistig überlegen, durchschauen den Rummel und können auch eher nachrechnen, was die Kosten eines solchen Kameradschaftsabends für den Betrieb wirklich bedeuten. Auch von den Arbeitern werden die Reden der Arbeitsfront- und Kraft-durch-Freude-Walter oft als lästig empfunden, aber schliesslich entscheidet bei ihnen doch die Zahl der Biermarken. Wenn der Chef genügend zu essen und zu trinken gibt und vielleicht noch für die Frauen ein kleines Geschenk spendiert, dann heisst es: "Der Olle hat sich aber nicht lumpen lassen."

Und dann kommt eine richtige Feststimmung zustande. Vor allem bei kleineren Unternehmen, wo der Unternehmer selbst aus der Branche stammt, bildet sich bei einem solchen Kameradschaftsabend leicht die Illusion einer wirklichen Kameradschaftlichkeit heraus. Aber auch bei grossen Firmen kann man die Ansicht hören, dass es den leitenden Angestellten gar nichts schade, wenn sie mal mit einer Fabrikarbeiterin tanzen müssen. Man muss die einschläfernde und verwirrende Wirkung beobachten, die von diesen Dingen ausgeht und der sich z.B. nicht einmal die Intellektuellen entziehen können.

Südwestdeutschland: Die Hildebrandmühle Mannheim hat es fertiggebracht, als Unkostenbeitrag zu ihrem letzten Kameradschaftsabend der Belegschaft am vorhergegangenen Zahltag drei Mark pro Mann abzuziehen.

Das Kapital Kameradschaftsabende scheint allmählich überhaupt das Schmerzenskind der Unternehmer zu werden. Aus den Grossbetrieben Lanz-Mannheim, Benz-Mannheim, BBC-Mannheim, Bopp & Reuter, Mannheim, Strebelwerk-Mannheim wird berichtet, dass den Arbeitern nun allwöchentlich zu den übrigen horrenden Abzügen noch 20 Pf. pro Woche für Kameradschaftsabende abgezogen werden. Diese Neueinführung hat unter den Arbeitern allgemeine Entrüstung hervorgerufen, da ihnen doch vom Fg. Dr. Ley mindestens vorgemacht worden war, dass wenigstens einmal im Jahre der Unternehmer auf seine Kosten die Arbeiter als seine Gäste versammeln werde.

Bayern: In der Glasfabrik in X. wurde seit mindestens einem Jahr kein Betriebsappell mehr abgehalten, nicht einmal am 30. Januar, am Gedenktag der Machtübernahme durch Hitler.

Sachsen: Die Betriebsappelle, einst mit soviel Tam-Tam ausgeschrieben und als soziale Tat gefeiert, sind in ganz Sachsen entweder versunken, vergessen oder verhasst. Kein Mensch kehrt sich mehr an diese Ley'sche Parole. Für jeden Tag des Jahres wird ein besonderer "Kernspruch" als Parole für den Betriebsappell herausgegeben. Wir fügen nachstehend einige Beispiele an:

18. Februar: Wo keine Obrigkeit ist, oder sie ohne Ehre ist, da kann auch kein Friede sein; wo kein Friede ist, da bleibt auch keine Nahrung.

Dr. Martin Luther
gest. am 18.2. 1546.

21. Februar: Wenn blutige Schlachten ein schreckliches Schauspiel sind, so muss dies eine Veranlassung sein, den Krieg mehr zu würdigen, aber nicht Waffen, die man führt, nach und nach aus Menschlichkeit stumpfer zu machen, bis einmal wieder einer dazwischen kommt mit scharfem Schwert und uns die Arme vom Leibe weghaut.

Clausewitz

21. Januar: Wir sind noch lange keine Marxisten, weil wir fordern. Ein Marxist ist der, der von der Gemeinschaft mehr fordert als er gewillt ist, der Gemeinschaft zu geben.

Dr. Robert Ley

19. Februar: Die neuen Aufgaben der Wehrmacht im Frieden erschöpfen sich heute nicht mit der soldatischen Schulung der jungen Mannschaft, mit dem Dienst der Waffe. Sie hat darüber hinaus als Erziehungsziel den nationalsozialistischen Soldaten. Damit will sie bewusst die Arbeit weiterführen und vollenden, die vorher in den Gliederungen der Partei eingeleitet worden ist.

General v. Reichenau

5. März: Wir haben das Reich durch Kampf erobert, jetzt müssen wir es durch Frieden bestellen.

Adolf Hitler

19. März: Die Arbeiter müssen begreifen und sich danach richten, dass sich die Dienstleistung über den Gewinn zu stellen habe. Der Gewinn soll nicht die Basis, sondern das Resultat der Dienstleistung sein. Ersparnisse durch Verbesserungen im Betrieb dürfen nicht den Gewinn des Unternehmers erhöhen, sondern müssen durch Verbilligung des Produktes der Allgemeinheit zugute kommen und damit den Innen- und Aussenabsatz beheben.

Carl Duisberg, gest. 19.3.1935

30. März: Wenn aber das Wort Sozialismus überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann es nur den haben, in eiserner Gerechtigkeit, d.h. tiefster Einsicht, jedem an der Erhaltung des Gesamten das aufzubürden, was ihm dank seiner angeborenen Veranlagung und damit seinem Wert entspricht.

Adolf Hitler

8. April: Der Kommunismus ist der Schrittmacher für den Tod, für den Volkstod, für den Untergang.

Adolf Hitler

10. April: Dieser Staat steht erst in seiner Jugend, in Jahrhunderten soll er sein Mannesalter erreichen, und Sie können überzeugt sein, dass ihn ein Jahrtausend noch nicht gebrochen haben wird.

Adolf Hitler

5) Die Werkscharen

Die Werkscharen sind eine militärisch uniformierte und gedillte Organisation der "Kraft durch Freude", die sich aus jungen Betriebsarbeitern zusammensetzt und betriebsweise gebildet werden soll. Sie nahmen zum ersten Mal an dem Nürnberger Parteitag 1935 als geschlossene Formation teil (vgl. auch unseren November-Bericht, S.78 f). Die Bildung dieser Betriebs-SA, die lange Zeit nicht vorankommen wollte, wird seit einigen Monaten mit besonderem Eifer betrieben. Zwischen Ley und dem Stabschef der SA wurde ein Abkommen getroffen, wonach die Werkscharen grundsätzlich von SA-Führern geführt werden sollen. Unsere Berichterstatter melden:

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Die Werkscharen werden mit grosser Energie gefördert. Die Mitglieder dieser Werkscharen erhalten einheitlich blaue Mützen, genau wie die SS-Feldmützen, in der Farbe dem dunkelblauen Werkscharanzug angepasst. Am oberen Rand der Mütze wird das DAF-Abzeichen getragen. Die Mütze hat ein weisses Band. Die Bestimmungen über die Werkscharen lauten:

1. Eine Werkschar wird aufgestellt in Betrieben, in denen eine Mindeststärke von einem Führer und 15 Werkschärmännern zu erreichen ist.
2. Die Höchststärke einer Werkschar soll 1 Führer, 93 Mann nicht überschreiten.
3. Ueber die Durchführung der Werkscharaufgaben in den Betrieben, in denen die Mindeststärke lt. Punkt 1 nicht zu erreichen ist, ergeht besondere Anordnung.
4. Erlaubt die Grösse des Betriebes die Aufstellung mehrerer Werkscharen (über 93 Mann), so soll jede einzelne Werkschar die Stärke von 1 Führer, 63 Mann nicht überschreiten.

Aus Zweckmässigkeitsgründen und der besseren Führung wegen gliedert sich die Werkschar in Trupps mit einer Durchschnittsstärke von 31 Mann. Der Werkscharführer beauftragt den geeignetsten Mann des Trupps mit dessen Führung.

Diese Werkscharen haben nach der Meinung aller denkenden Arbeiter einen doppelten Zweck. Sie sollen erstens dazu dienen, die Arbeitskollegen zu bespitzeln und sie sollen zweitens so etwas wie eine Ersatzreserve für den Fall eines Krieges sein. Die Truppe wird ganz streng in Disziplin erzogen und sie ist auch in ihrem ganzen Wesen auf militärische

Unterordnung abgestellt. Bei der Auswahl der Leute werden selbstverständlich in erster Linie die nationalsozialistisch Zuverlässigen berücksichtigt.

2. Bericht: Aus einem Textilbetrieb wird berichtet: Hier herrscht jetzt dicke Luft. Die Kritik und die Unruhe nahmen in letzter Zeit grösseren Umfang an. Die Arbeiter waren in den letzten Wochen ziemlich frech geworden. Jetzt haben sie einen Dämpfer bekommen. Man hat alle Leute, die sich für sich hielten und in den Pausen interne Gespräche führten, auseinandergerissen und jeder Gruppe einen Mann beibegeben. Das gilt auch für die Arbeitsplätze. Man nennt diese Spitzel Wachtmänner. In verschiedenen Betrieben wurden Werkscharen gegründet, denen alle unter 30 Jahre alten beitreten mussten. Die Unzufriedenen sollen von diesen Werkscharen genau kontrolliert und gemeldet werden. Die Nörgler sollen aus der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen werden. Die Werkscharen erhalten Unterricht durch einen Intendanten vom Stadttheater. Was daraus wird und werden soll, ist klar: das sind neue gelbe Vereine, deren Mitglieder bevorzugt werden sollen und die sich auch schon alle für die Uebernahme irgend eines Pöstchens bereit halten.

3. Bericht: Ueber die sogenannten Werkscharen berichtet am besten der folgende Anschlag: "Heute nachmittags 4 Uhr An-treten! Turnzeug mitbringen! Schiessen, Exerzieren!"

Bayern: Die Porzellanfabrik Rosenthal, jetzt ein sogenannter "arischer Betrieb", ist der einzige Betrieb in Selb, der eine Werkschar eingeführt hat. Alle männlichen Arbeitskräfte von 20 bis 38 Jahren wurden in die Werkschar eingereiht. Es werden 80 Leute sein. Sie müssen wöchentlich einmal exerzieren.

Schlesien: (Bergbaubetrieb): Auch hier sind die Werkscharen unter Druck gegründet worden. Sie dienen in erster Linie der Unterhaltung. Man bringt den Arbeitern Sprechchöre, Musik, auch Laienspiele, die meist den unsozialen früheren "System-Kapitalisten" und den neuen Gefolgschaftsführer in der Volksgemeinschaft den Arbeitern vorsetzen. Auch Laienspiele, die den jüdischen raffenden Kapitalisten dem deutschbewussten, arischen Gefolgschaftsführer gegenüberstellen, sind schon aufgeführt worden. Die erste Belegschaftsversammlung, bei der die Werkschar auftrat, hatte zumindest äusserlich einen vollen Erfolg. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Teils kamen die Arbeiter aus Neugier, teils um ihre Arbeitskollegen mal bei der hohen Kunst arbeiten zu sehen. Im allgemeinen ist der Zweck erreicht worden. Nur wenige machten sich über den Inhalt der Stücke lustig. Die Musik fand vollen Beifall. Die Laienspiele nennt man kurz Ley-Spiele. Wer schauspielerisches Talent hat, kann sich dem Mitspielen kaum entziehen. Anfangs hatte man noch eine andere Methode: man köderte die

Mitspieler damit, dass sie während der Arbeitszeit üben und proben könnten, später jedoch erklärte man dies für unhaltbar, so dass heute die Proben nach Feierabend abgehalten werden müssen.

6. Einzelberichte

Schlesien:

Der Maschinenbau der Firma Linke-Hoffmann ist an die Famo-Werke (Fahrzeuge und Motorenbau) abgegeben worden. Dazu gehören die Grau- und Gelbgießerei, die Kupfer- und Kesselschmiede, die Modelltischlerei der grosse und kleine Maschinenbau sowie der Lokomotivbau. Während früher die Arbeiter bei Linke-Hoffmann für 25-jährige Dienstzeit ca. 80 Mark erhielten, hat die Firma diese Verpflichtung nicht übernommen. Auf Drängen der Belegschaft hat sie jetzt für diese Zwecke Sammlungen eingeführt. Linke-Hoffmann hat dies nun zum Anlass genommen, auch ihrerseits die Erklärung abzugeben, dass sie nicht mehr in der Lage sei, diese Extravergütung zu zahlen. Der Belegschaft wird nun monatlich ein Groschen für diesen Fonds abgezogen, was bei den 1.500 Arbeitern für die Firma ein gutes Geschäft bedeutet.

In diesem Jahre zahlte Linke-Hoffmann auch den sonst als Weihnachtsbeihilfe gezahlten Vorschuss nicht aus. Eine Delegation der Arbeiter wurde bei der Betriebsleitung vorstellung und erreichte, dass für jedes Kind eine Beihilfe von 2 Mark gezahlt wurde. Die Betriebsleitung hat angeordnet, dass täglich eine halbe Stunde länger gearbeitet werden muss. Der Lohn dafür wird den Arbeitern gutgeschrieben und sie erhalten davon die Feiertage bezahlt. Der Rest soll am Ende des Jahres als Weihnachtsbeihilfe ausbezahlt werden. Die Arbeiter wandten sich an die Meister, nicht an die Vertrauensräte, und protestierten gegen die Ueberstundenarbeit. Die Vertrauensräte wurden nun von sich aus im Sinne der Belegschaft bei der Direktion vorstellig. Ueber den Ausgang der Sache wird noch berichtet.

Die Breslauer städtischen Werke haben ganz plötzlich die meisten der über 60 Jahre alten Arbeiter pensioniert. Den Arbeitern war zu Weihnachten ein Vorschuss gezahlt worden, der in wöchentlichen Raten von 2,50 Mark abgezogen werden sollte. Den Pensionierten hat man den Vorschuss vom letzten Lohn auf einmal einbehalten.

Siemens-Platina-Werke, Ratibor: Ewald Gottwald, etwa 35 Jahre alt, Ratibor, Präsidentengasse, war seit 15 Jahren Angehöriger der kommunistischen Bewegung, 1933/34 im Konzentrationslager und ist seit Ende Mai 1935 als Brenner in den Siemens-Platine-Werken beschäftigt. Seitdem ist er Betriebsspitzel der Gestapo. Er ist als solcher überführt. Gottwald kam 1934 aus dem Konzentrationslager Esterwegen,

trat in den kommunistischen illegalen Apparat ein und leistete dort Spitzelarbeit. Ende 1934 flog der Apparat auf, 36 Mann wurden verhaftet. Dann kam er in den Betrieb, in dem sonst kein Arbeiter geduldet wird, der als ehemaliger KPD- oder SPD-Mann bekannt ist. Am 10. Februar 1936 wurden 11 Mann des Werkes verhaftet. Die SS kam vormittags, 6 Mann in zwei grossen Autos, in den Betrieb gefahren. Der ganze Betrieb kam zum Stillstand, da sich der Arbeiterschaft eine grosse Erregung bemächtigte. Der Direktor protestierte gegen die Massnahmen der SS-Leute. Später beruhigte er dann die Belegschaft, es handle sich um eine Massnahme zur Sicherung vaterländischer Belange. Die 11 Verhafteten wurden schon am 14. Februar vor den Richter gestellt; sie sollten Gelder zur Unterstützung von Gefangenen gesammelt haben. Da ihnen nichts nachgewiesen werden konnte, wurden alle freigesprochen. Nur zwei, Konazny und Padura, wurden dem Konzentrationslager zugeführt. Beide waren früher Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die SS-Leute äusserten während der Verhaftung: "Das rote Nest werden wir schon ausruchern."

In der Eisengiesserei in Jauer wurde ein KP-Mann wegen angeblicher politischer Tätigkeit, die ihm aber nicht nachgewiesen werden konnte, fristlos entlassen. Vom Arbeitsamt wurde eine Sperrfrist von 7 Wochen verhängt.

In einem Betrieb der Striegauer Steinindustrie wurde angeblich von der Belegschaft, in Wirklichkeit von DAF-Waltern, folgendes Plakat angeschlagen:

Halte Deinen Mund - tu Deine Pflicht
Was anderes will der Führer nicht!

Sachsen:

Aus einem grossen Papierbetrieb der Dresdner Gegend wird die Stimmung so geschildert: Ein grosser Teil lebt und arbeitet stumpf dahin, kümmert sich um nichts Politisches mehr, scheint nichts zu sehen und zu hören und vor allem nichts mehr zu glauben. Einige wenige plustern sich als überzeugte Nazis auf, seltsamerweise sind das aber gerade die Leute, deren Fachleistung als Arbeiter nicht im hohen Ansehen steht, so dass sie den anderen mit ihrem nationalsozialistischen Getue nicht sehr imponieren können. Die grosse Masse im Betrieb ist unzufrieden und schimpft. Politisch lässt sich niemand aus. Aber sie geben zu verstehen, dass sie auch für etwas anderes zu haben wären, wenn erst mal etwas Ordentliches wieder sichtbar würde und die Nazis davor langsam zurückweichen müssten. Die Kritik nimmt immer schärfere und offenere Formen an. Aber niemand möchte jetzt wegen einer politischen Aktion seinen Arbeitsplatz aufs Spiel setzen.

Aus einem Leipziger Betriebe wird mitgeteilt, dass die Amtswalter vor dem 7. März sehr kleinlaut waren und sich den Mitarbeitern gegenüber nicht mehr so anmassend und frech aufführten, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Ja, wenn sie einen Wunsch der Partei oder einen "Befehl" zu übermitteln hatten, so taten sie es in den sanftesten Tönen, so dass man die grossspurigen Schreier kaum wiedererkennt. Gedrückt ist die Stimmung dieser Betriebs-Amtswalter auch deswegen, weil sie die Berechtigung der Erbitterung unter den Arbeitern zugeben müssen und sich daher auf recht schwerem und undankbarem Posten fühlen. Allerdings fallen viele Arbeiter immer wieder darauf herein, wenn der Betriebsführer Arbeiterfreundlichkeit mimt. So sehr die Arbeiter verbittert sind über die stark gekürzten Löhne in vielen Branchen, so lassen sie sich doch zum Teil immer noch von der "Leutseligkeit" des Herrn Betriebsführers betören, wenn dieser zu einem Kameradschafts- oder Betriebs- oder KdF-Fest höchstpersönlich erscheint und sich herablässt, in dieser "gemischten Umgebung" sogar eine Tour zu tanzen, eine markige, wohlwollende Ansprache zu halten oder gar eine Runde Bier zu stiften. Da gibt es immer noch beschränkte Proleten, denen vor Freude und Begeisterung über "diese neue Zeit" die Tränen in die Augen treten und die so ein Erlebnis für erhebender halten als eine menschenwürdige Entlohnung.

In einer Dresdner Emballagen-Fabrik wurde in den letzten Tagen wieder ein neuer Beweis des Gemeinschaftsgedankens erbracht. Auf flammenden Rot als Untergrund hingen in allen Sälen neue Schilder mit der Aufschrift: "In diesem Betrieb gilt nur der Deutsche Gruss Heil Hitler!" Das war wieder Wasser auf die Mühle der Nazis: "Wer nicht richtig grüsst, hat kein Recht auf seinen Arbeitsplatz." - "Habt Ihr es gelesen, es ist ein Grund zur Entlassung." - "Ich finde das für richtig, es muss unsere Einheit zur Schau getragen werden." - und so ging das die ganze Zeit. Und das ist derselbe Betrieb, der mit seinem Kameradschaftsabend eine Betriebsfaschingsfeier durchführte, die mit einer Schlägerei (leider für unsere Freunde zu klein) endete!

Schleifscheiben-Werke Dresden-Reick: Das Werk erbaute vor kurzem eine neuzeitliche Kantine. Bei der Kantinenweihe war natürlich der Nazi-Ortsgruppenleiter Eger anwesend. Der Betriebsführer ist österreichischer Jude. Zunächst sagte der Nazileiter, dass er sich freue, so ein Werk im Ortsgruppenbereich zu haben... und dann sagte er, dass jeder, der nicht mit "Heil Hitler" grüsse, fristlos entlassen werden würde. Der anwesende Direktor sagte natürlich nichts. Anders dagegen ist im gleichen Betriebe der Zellenleiter der Partei. Dieser stand vor etwas längerer Zeit bei einer Betriebsfeier neben dem jüdischen Betriebsführer an der Theke und liess ihn hochleben!

In einem keramischen Betrieb bei Zwickau verdienten die Arbeiter früher im Akkord noch im Jahre 1932 45 bis 50 RMark wöchentlich. Heute verdienen dieselben Arbeiter bei Akkord in der Woche nur noch 32 bis 34 RMark. Nun arbeitet der Betrieb aber schon mehrere Monate kurz. Einmal zwei Tage, einmal drei Tage in der Woche, je nachdem wie Aufträge vorliegen. In diesen zwei Tagen Arbeit müssen die Arbeiter aber alle Kräfte anspannen, um wenigstens auf 12 bis 13 Mark Verdienst zu kommen. Da die Arbeiter in den übrigen Tagen etwas ausruhen können, vermögen sie in den zwei Tagen auch wie die chinesischen Kulis ranzuzugehen. Wenn das Woche um Woche volle sechs Tage so fort ginge, hielte keiner von ihnen das unheimliche Tempo aus. Zu ihrem Wochenlohn erhalten sie vom Staate eine Kurzarbeiterunterstützung von wöchentlich 6 RMark, so dass sie auf 18 bis 19 RMark pro Woche kommen. Da sie immerhin 2 Tage im Betrieb stehen, werden sie natürlich nicht in der Kartei der Arbeitslosen geführt.

Wanderer-Werk, Chemnitz: Dort wurden drei Vertrauensleute und der Dir. Stuhlmacher entlassen. Der Vorgang ist bekannt. Es war bisher nicht möglich, den wirklichen Grund der Entlassungen zu erfahren. Eine Version lautet: Dir. Stuhlmacher hätte Geld für die SA-Standarte unterschlagen. Eine andere Version: er hätte den Vertrauensrat in einige Geschäftsgeheimnisse eingeweiht, worüber der Vertrauensrat wieder die Kreisleitung informiert habe. Dadurch seien für die Wanderer-Werke geschäftliche Schädigungen entstanden. - Jedenfalls haben alle Entlassenen wieder in anderen Betrieben Arbeit gefunden.

Gelegentlich eines Besuches Mutschmanns in den Wanderer-Werken kam es zu einem Auftritt zwischen Mutschmann und dem Vertrauensrat. Es war versäumt worden, Mutschmann durch Spalierbildung der Arbeiter zu begrüßen. Darauf Beschwerde Mutschmanns über den Vertrauensrat, dessen Aufgabe es sei, für den richtigen Empfang zu sorgen. Er werde sich das merken und den Betrieb, der einen so schlechten Vertrauensrat habe, glatt fallen lassen, wenn der Betrieb einmal seine Fürsprache brauchen sollte.

Am 26. März 1936 wurden drei Arbeiter der Autounion verhaftet, weil sie Kritik an der Anbringung von Stoppuhren an den Maschinen übten und fragten, ob denn dies die nationalsozialistische Freiheit wäre.

Musikinstrumente-Fabrik in X.: Vor einiger Zeit kam der Vertrauensrat in den Arbeitssaal gestürzt und schrie: "Mit der Köpfezusammenstreckerei ist es jetzt ein für allemal aus. Wer nochmals bei der Unterhaltung erwischt wird, ist entlassen, wenn nicht noch anders gegen ihn vorgegangen wird."

Ein Schlosser des Bahnbetriebswerkes in Y. lehnte es zu Beginn des Winterhilfs-Werks im November 1935 ab, sich einen Betrag vom Lohn in Abzug bringen zu lassen. Wiederholte Mahnungen durch den Betriebsobmann nutzten nichts. Es wurde nichts gegen den Schlosser unternommen. Im Februar 1936

leisteten bereits 5 Mann des Werkes mit Erfolg den gleichen Widerstand.

Textilfabrik: Vor einiger Zeit wurde ein Arbeiter entlassen, weil die schlappe Haltung des nationalsozialistischen Vertrauensrates von ihm kritisiert wurde. Dieser Kritik lag folgender Vorfall zugrunde:

Vier Putzerinnen wurden in eine andere Abteilung, wenn auch angeblich nur vorübergehend, versetzt. In der neuen Abteilung bestand ein niedrigerer Lohnstarif. Die Mädchen wussten von alten Gewerkschaftlern, dass nach früheren Tarifverträgen bei Versetzungen keine Lohnverschlechterungen eintreten durften. Sie bestanden auf ihrem bisherigen Lohn. Der Vertrauensrat wurde beauftragt, beim Unternehmer vorzusprechen. Anstatt diesem Auftrag nachzukommen, erklärte er: "Wir würden damit nur erreichen, dass die Löhne der übrigen Mädchen in der alten Abteilung auf die gleiche Stufe in der neuen Abteilung herabgesetzt würden."

In der Maschinenfabrik Caspary & Co. Markranstädt bei Leipzig wurden für die 180 Mann starke Belegschaft Freikarten zu einem Nazifilm verteilt. Trotzdem haben die Nazis in 6 Tagen Verteilungszeit nur 106 Karten an den Mann gebracht. Die restlichen Karten hat einfach keiner genommen. Sie mussten wieder zurückgegeben werden.

Bei der Firma Hamel, Chemnitz-Siegmarsdorf, ist ein Bibelforscher im Magazin beschäftigt, der sich weigert, der Arbeitsfront beizutreten. Der Vertrauensmann ist vorstellig geworden, hat jedoch bei keiner Instanz des Betriebes etwas erreicht. Auch die Arbeitsfront hat nichts ausrichten können. Der Chef erklärte, dass er einen solchen Mann für sein Magazin nicht wieder bekommt, der wüsste alles aus dem Kopf. Auch die Bemerkung des Vertrauensrates, dass wegen diesem einzigen Mann das Schild von der Arbeitsfront "Dieser Betrieb gehört geschlossen zur Arbeitsfront" nicht herausgehängt werden könnte, vermochte den Betriebsleiter nicht zu bewegen, den Bibelforscher zu entlassen.

Ein gleicher Fall spielte sich auch bei der Baufirma Gleibe in Chemnitz ab. Auch hier ist der Bibelforscher im Betrieb geblieben.

In einer dicht vor Chemnitz liegenden Fabrik, die konjunkturell hoch beschäftigt ist, sie erzeugt Segeltuch für die Kriegsflugzeuge, ist man besonders hinter den Arbeitern her, die nicht in der NSDAP organisiert sind. Die Bespitzelung hat ein kaum vorstellbares Mass erreicht. Das Fallenstellen ist an der Tagesordnung. Zu einem als linkseingestellt verdächtigen Arbeiter kommt ein Kolporteur und bietet ihm das "Arbeiterum" an. Der Arbeiter lehnt ab. Sogleich berichtet der Kolporteur der Partei, der Arbeiter habe gesagt: "So einen Mist lese ich nicht." Es kommt zu stundenlangen Verhören, der Arbeiter kann zu seinem Glück Zeugen beibringen, die bei der Unterhaltung mit dem Kolporteur zugegen waren.

Die bereits verfügte fristlose Entlassung wird im letzten Augenblick zurückgenommen.

Berlin:

Bei der Brotfabrik Wittler ist nur eine kleine Stammbesellschaft. Die Firma arbeitet viel mit Aushilfen, um die Soziallasten, Urlaubsgewährung usw. nach Möglichkeit zu verringern. In der Regel ist dort bei Führerreden Gemeinschaftsempfang, an dem sich alle beteiligen sollen. Die Leute kommen dann in der Kantine zusammen und hören dort vor dem Lautsprecher die Rede an. Am 7. März, anlässlich der Führerrede, fand aber keine Uebertragung statt, offenbar hatte die Organisation nicht geklappt. Am nächsten Tag hing am Lautsprecher ein Tannenzweig mit einem Zettel: "Ruhe sanft". Nachforschungen nach dem Täter waren ergebnislos. Bei der zweiten Rede erfolgte dann wieder Gemeinschaftsempfang. Die Zeit, die dadurch vertan wird, muss von den Arbeitern vorher oder nachher abgearbeitet werden.

Bei Zeiss-Ikon war der Gemeinschaftsempfang bei einer der ersten Wahlkundgebungen nicht organisiert worden. Die Folge war, dass von den 3.000 Belegschaftsmitgliedern nur 250 teilgenommen haben. Anlässlich der Essener Rede war von der Betriebsleitung Pflichtteilnahme vorgesehen. Die Arbeiter standen in der Wellblechbaracke, die für den Gemeinschaftsempfang benutzt wird, dicht gedrängt, um die Rede anzuhören. Es wurde aber eine stille Opposition in der Form getrieben, dass es fortwährend erstaunlich viel Ohnmächtige gab, die hinausgeschafft werden mussten.

Werkzeugmaschinenfabrik. Die Belegschaft beträgt ca. 750 Mann ohne Angestellte. Der Betrieb wurde seit 1933 baulich vergrößert. Die erzeugten Maschinen werden an Borsig, Junkers und nach Wilhelmshafen geliefert. Für die Belegschaft wurden neue Wasch- und Baderäume erbaut. Die Feilbänke sind mit Linoleumbelag versehen worden. In allen Arbeitsräumen sind Lautsprecher aufgestellt. Reden, Betriebsbekanntmachungen und in der Mittagspause Musik werden durchgegeben. Der Stundenlohn beträgt 1,- RMark bis 1,30 RMark; die bestbezahlten Qualitätsarbeiter sind die Schaber, sie erhalten 1,80 RMark bis 2,- RMark Stundenlohn. Die Belegschaft war früher kommunistisch. Auch heute ist sie links, wobei eine parteipolitische Einstellung nicht ersichtlich ist. Die Schaber, die in den verschiedensten Abteilungen des Betriebes verteilt sind, sind eine feste Gruppe, sie geben im Betrieb den Ton an. Die Stimmung in der Belegschaft ist scharf gegen das Regime gerichtet. Zu einer Wahlversammlung des Betriebes machte der Vertrauensrat einen Anschlag: "Wenn es bisher auch nicht gelungen sei, die Belegschaft in eine Versammlung zu bekommen, so müssten diejenigen, die diesmal fernblieben, die Konsequenzen tragen. Es gingen Verkäufer mit Karten für die Versammlung durch die Abteilungen. Die Arbeiter übersahen einfach die neben

ihnen Stehenden und arbeiteten weiter. Nur 150 Karten wurden im ganzen Betrieb verkauft und in der Versammlung waren sogar nur etwa 70 Leute anwesend. - Ende Februar fand eine Sammlung für das WHW statt. 6 Sammler und der Chef standen am Betriebsausgang. Jeder Arbeiter wurde angerempelt. Am nächsten Tage wurde durch die Lautsprecheranlage bekanntgegeben, dass das Ergebnis der Sammlung 120 Mark betrage. Mitgeteilt wurde ferner, dass 5 Mann nichts gegeben hätten, die hoffentlich nicht selbst bald das WHW beanspruchen müssten. Diese Mitteilung wurde im ganzen Betrieb belacht. - Die Arbeiter diskutieren stark die politischen Vorgänge. Die Verschiebung der Vertrauensrätewahl wurde erregt besprochen, die Arbeiter sind darüber verärgert. Die Leute sprechen von Schiebung. Sie wollten ihrer Oppositionsstimme durch Ablehnung der Liste Ausdruck verleihen. Der Betriebsführer ist kein Nazi. Im Betriebe wurde ein Dreher, der 1 1/2 Jahre Zuchthaus wegen illegaler politischer Tätigkeit abgesessen hat, eingestellt.

Dürener Metallwerke, Berlin-Wittenau, vormals Berlin-Karlsruhe-Industriewerke. Der Betrieb produziert Leichtmetalle für den Flugzeugbau und Patronenhülsen. Im Werk wird in drei Schichten gearbeitet. Beschäftigt sind insgesamt etwa 1.200 Mann. Die Entlohnung erfolgt nach dem Metalltarif. Die Belegschaft setzt sich fast nur aus Facharbeitern zusammen, es sind jedoch einige Kräfte aus dem Stammwerk in Düren im Werk tätig. Diese werden mit 20 Prozent Aufschlag bezahlt und schaffen dadurch dauernd böses Blut. Eine weitere Beunruhigung geht von den Renovierungsarbeitern, den Bauarbeitern aus, die nicht zu ihren Tarifen, sondern zu den Sätzen der niedrigeren Metalltarife bezahlt werden. So erhalten z.B. die Maurer nicht ihren Tariflohn von 1,15 RMark, sondern nur 93 bzw. 96 Pf. Bei den Malern werden 72 Pf. bezahlt; während der Tariflohn 95 Pf. beträgt.

Ueber diese Zustände herrscht im Betrieb unter den etwa 500 Nazigegegnern schwere Erbitterung, die auch auf der letzten Betriebsversammlung zum Ausdruck kam. Die vorhergegangene Betriebsversammlung war so schwach besucht, dass man die letzte in die Arbeitszeit verlegen musste, um damit den Besuch obligatorisch zu machen. Der kommissarisch ernannte Betriebsobmann äusserte seine Verstimung über diesen Zustand und legte dann einen Bericht der Betriebskrankenkasse vor, welche ein Defizit von 6.500 Mark aufweist. Zur Deckung dieses Fehlbetrages wurde eine Beitragserhöhung von 5 Prozent verfügt. Dem steht ein gänzlicher Abbau der zusätzlichen Leistungen und ein teilweiser Abbau der ordentlichen bis zu 20 Prozent gegenüber. So wurde z.B. das Sterbegeld vom 50-fachen des Grundlohnes auf das 25-fache herabgesetzt. Der bisher gewährte Zuschuss beim Zahnersatz in der Höhe von 50 Mark wurde gänzlich gestrichen. Die Anwesenden 400 Mann der ersten Schicht machten in disziplinierte Weise ihre Ablehnung geltend. Die Stimmung wurde dann noch erbitterter, als ein Lohnabzug von monatlich 10 Pf. zur Beschaffung von Waffen und Munition für die sehr zahlreiche Werkschar gefordert wurde.

Die Belegschaft forderte ihrerseits die Bereitstellung von Milch durch den Betriebsführer, da der Betrieb in fast allen Abteilungen schwere gesundheitliche Schädigungen bei der Gefolgschaft auslöst. Diese Forderung wurde abgelehnt. Dennoch wurde von den Wortführern im Anschluss an die Versammlung ein Umlauf zur Namensunterzeichnung durch den Betrieb gegeben, in dem man auf der Forderung weiter bestand und ferner die Abstellung von weiteren Mängeln im Betrieb forderte. Schon nach den ersten dreissig Eintragungen wurde der Umlauf gesperrt und die Unterzeichner fristlos entlassen.

Alle diese Umstände steigern die Erbitterung der Belegschaft, die teilweise auch die Nazis ergriffen hat. Man steht jedoch einer aktiven politischen Tätigkeit ablehnend gegenüber und führt den Kampf lediglich für eine Verbesserung der sozialen Lage, ohne jeden politischen Willen.

Siemens, Berlin: Die Abschaffung der Dekadenzahlung ist nicht, wie vielfach berichtet wird, auf irgendwelche Aktionen zurückzuführen (auch ein Streik oder irgend eine Widerstandsbewegung in irgend einer Abteilung hat bei Siemens nicht stattgefunden), wohl aber ist die Ursache der Abschaffung des neuen Zahlungssystems in der Missstimmung der Belegschaft zu suchen. Es stellten sich bei dem Dekadensystem zahlreiche Mängel heraus. Durch die Verrechnung der Akkorde zum Monatsende, während zu den 10-tägigen Lohnzahlungen nur Vorschüsse gegeben wurden, kam es sehr oft dazu, dass die Arbeiter bei der Endakkordabrechnung nur 4 bis 6 Mark ausgezahlt bekamen. Besondere Schwierigkeiten entstanden, wenn in eine Dekade zwei Sonntage fielen, da der Sonntag nicht nur an sich Mehrausgaben bringt, sondern auch die Wochenfahrkarten Sonnabends gelöst werden müssen, so dass dann der Kauf von zwei Wochenkarten in eine Lohnperiode fiel. Einige qualifizierte Arbeitergruppen gingen ausserdem weiter und folgerten: wenn wir Monatslohn bekommen, werden wir in diesem Punkt den Angestellten gleichgestellt. Dieser Zahlungsmodus bringt uns aber nur Nachteile. Wir wollen dann aber auch die besonderen Rechte der Angestellten haben (Kündigungsfrist, Bezahlung der Feiertage usw.) Wie setzte sich die Missstimmung der Belegschaft durch? Die NSDAP lässt sich durch ihre Betriebsfunktionäre regelmässig zehntägige Stimmungsberichte liefern. In diesen Berichten musste notgedrungen die immer steigende Missstimmung der Belegschaft über den neuen Zahlungsmodus zum Ausdruck kommen. Die Partei sah schliesslich in dieser wachsenden Missstimmung eine Gefahr und setzte bei der Betriebsleitung durch, das unbeliebte Lohnzahlungssystem wieder abzuschaffen.

Nach wie vor ist bei Siemens Hochkonjunktur. Ständig werden Werkzeugmacher und Monteure gesucht. Bei der Einstellung müssen die Arbeiter drei Photos abliefern, eins davon erhält die Polizei. - Ehemalige KP-Leute werden in andere Abteilungen versetzt und können keine Verbindung mehr im Betrieb untereinander halten.

Aus einer Schneiderei in Berlin wird folgender Fall berichtet: In der Schneiderei sind etwa 20 Näherinnen beschäftigt. Sie klagen allgemein über schlechten Zustand der Arbeitswerkzeuge. Einem Mädel passierte es, dass ein Kleid verbrannte. Daraufhin sollten ihr 42 Mark vom Lohn abgezogen werden. Die ging auf Anraten ihrer Kolleginnen zum Rechtsberater der Arbeits-Front. Dieser stellte fest: rechtlich sei zwar der Abzug nicht zulässig, aber er könne ihr nur raten, mit der Arbeitgeberin einen Vergleich zu schliessen, denn sonst würde sie sicherlich entlassen werden und dagegen sei nichts zu machen. Das Mädel kam in den Betrieb zurück, ohne von dieser Auskunft zu berichten. Erst auf ausdrückliche Nachfrage schilderte sie den Vorgang. Die Näherinnen in dem Betrieb sind so eingeschüchtert, dass sie nicht einmal über solche Vorkommnisse zu sprechen wagen.

Bayern:

Mech. Baumwollspinnerei- und Weberei, Augsburg: Die Belegschaft beträgt zur Zeit 4.000 Mann. Der Betrieb hatte in letzter Zeit vorübergehend Kurzarbeit eingeführt. Arbeiterentlassungen sind bis heute vermieden worden. Der Bestand an Baumwolle und Garnen ist sehr bedenklich zurückgegangen, so dass die Betriebsleitung sich jetzt gezwungen sah, die Herstellung von Ersatzstoffen zu betreiben. Es werden Zellwolle-Mischgarne und Abfallgarne hergestellt. Eine Aussicht, dass die Rohstoffbeschaffung in der nächsten Zeit günstigere Formen annehmen könnte, besteht nach Auffassung der Betriebsleitung nicht.

Durch die langdauernde Kurzarbeit ist in der Belegschaft allergrösste Not entstanden. Die Leute haben kaum noch richtige Kleider anzuziehen. Ganz schlimm schaut es bei den kinderreichen Familien aus. Diese Not ist aber eine Erscheinung der gesamten Augsburger Arbeiterschaft, soweit sie in der Textilindustrie von Kurzarbeit betroffen ist. Im Betrieb werden alle Monate Betriebsappelle durchgeführt, die in der bekannten Kasernenform verlaufen. Betriebsversammlungen mit Aussprache fanden schon 5 Monate nicht mehr statt.

Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist unter diesen Verhältnissen sehr gedrückt. Man murrte, aber revolutionäre Tendenzen sind nicht zu spüren. Es hat den Anschein, als ob die kommunistische Orientierung bei einzelnen wieder deutlicher werde. Von politischen Aktionen irgendwelcher Richtung ist natürlich nichts zu spüren, was wohl auch durch das in der letzten Zeit wieder mehr in Erscheinung tretende Spitzelsystem bewirkt wird. Man muss sich sehr in acht nehmen vor politischen Gesprächen. Das politische Gespräch ist auch aus den Brotzeitunterhaltungen fast verschwunden.

Vor einiger Zeit kam General von Epp zu einer Besichtigung des Betriebes. Schon eine Woche vorher wurde ein Betriebsappell durchgeführt und die Belegschaft auf dieses bedeutende Ereignis vorbereitet. Es wurde aufgefordert, beim Erscheinen Epps im Betriebe laut und deutlich zu grüssen.

Beim Besuch wurde die Belegschaft zusammengerufen und musste sich eine Rede Epps anhören, in der dieser viel vom Durchhalten in dieser schweren Zeit sprach und dass der Führer das Opfer, das die Arbeiterschaft durch die Kurzarbeit bringe, nie vergessen wird. Es gab nur ein Strammstehen und keine Diskussion. Epp fand für seine Ausführungen überhaupt keinen Beifall. Die Arbeiter hörten ihm teilnahmslos zu; Epp ist noch dazu ein ganz schlechter Redner.

Spinnereibetrieb (ca. 300 Mann Belegschaft): Die Nazis haben im Betrieb starken Einfluss. Die Bespitzelung der ganzen Belegschaft ist von der NSBO organisiert. Als ein Arbeiter im Betrieb einem Kollegen vertrauensvoll über Nachrichten berichtete, die der Moskauer Sender brachte, war schon am nächsten Tag bei ihm Haussuchung. In der Küche hat man sogar den Fussboden aufgerissen. Die ganze Durchsuchung, an der drei Beamte beteiligt waren, dauerte 3 Stunden. Die Betriebsführung, die schon früher arbeiterfeindlich eingestellt war, hat in den Nationalsozialisten ihre stärkste Stütze. Während der ganzen Herbst- und Wintermonate mussten einige Abteilungen kurzarbeiten. Trotzdem die Not der Arbeiter sehr gross ist, wird im Betrieb keine politische Unterhaltung geführt. Unsere Genossen sehen keinen Ausweg und glauben, dass äussere Einwirkungen oder wirtschaftliche Zerrüttung allein Hitler stürzen können. Die Angst der Arbeiter vor dem Terror hält sie vor jeder illegalen Betätigung zurück. (Ein Familienvater mit 5 Kindern hat im Monat Januar ein Einkommen von 48,50 gehabt).

Aus einem Schreinerbetrieb: Vor einiger Zeit wurden in der ganzen Belegschaft grüne Bestellzettel für die Fachpresse der Deutschen Arbeitsfront herumgegeben mit der Aufforderung, jeder möge sie ausfüllen. Der Bezug erfolge durch die Post und sei kostenlos. Von den 56 Mann der Belegschaft haben nur 18 Arbeiter und 7 Lehrlinge die Zeitung bestellt. Die Intresselosigkeit gegenüber der Presse der Deutschen Arbeitsfront ist fast überall gleich.

Ein grosses Torfstichunternehmen. In den 3 Jahren seit Hitler hat sich bei unserer Belegschaft nicht viel geändert. Die Arbeiter waren früher alle freigewerkschaftlich organisiert, die besten Gewerkschaftsfunktionäre gehörten der SPD an. Die Arbeitsverhältnisse haben sich durch die Herabsetzung des Akkordlohnes im Sommer 1934 etwas verschlechtert. Günstig war der Umstand, dass im vergangenen Jahr während der Feierschichten auf der Reichsautobahn gearbeitet werden konnte.

Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist stark kommunistisch. Man glaubt an die Macht Russlands, an den Zusammenbruch Hitlers in einem Krieg. Von demokratischen Zuständen will man nichts mehr wissen. Mit dem nationalsozialistischen Betriebsführer hat es wiederholt ernste Auftritte gegeben. Einmal kam es zu einer Rauferei einiger Arbeiter mit dem

Chauffeur des Chefs, der ein Angeber ist. Die Arbeiter wurden verhaftet. Sofort wurde Geld für die Familien der Kollegen gesammelt. Die Arbeiter warten auf die grosse Abrechnung. "Dann soll man uns nicht mehr mit dem Gerede von Menschlichkeit kommen, dann wird einmal richtig Ordnung gemacht und nachgeholt, was 1918 versäumt wurde." Heute sieht man, was eine Diktatur alles fertig bringt. Was brächte erst eine sozialistische Diktatur fertig, wenn sie wirklich einen Sozialismus aufbaut.

Sportgerätefabrik in X.: Der Betrieb ist aussergewöhnlich gut beschäftigt. Zwei Drittel der Belegschaft besteht aus Frauen. Vor kurzem wurden wieder 30 Frauen neu eingestellt, die alle schon früher einmal in dem Betrieb beschäftigt waren. Unter den neu eingestellten Frauen sind mehrere früher aktive Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen, die heute noch von den Nazis als Gegner des Regimes betrachtet werden.

Die Betriebsleitung kümmert sich wenig um die ehemalige Parteimitgliedschaft der Arbeiter und hat dies auch deutlich zu verstehen gegeben. Bei einer Betriebsversammlung, die vor einigen Tagen abgehalten wurde, wollte ein ehemaliger Kommunist aus Aibling sprechen. Die Belegschaft war bereits vollzählig vertreten, um den ihnen seit Jahren bekannten Re-negaten zu hören. Als der Redner unter den versammelten Frauen und Männern einige früher KP-Leute sah, die er in dem Verdacht hatte, dass sie auch noch heute ihre Gesinnung behalten haben, unterbrach er sich und fragte entrüstet den Betriebsführer, warum solche Leute eingestellt werden, die heute noch den nationalsozialistischen Staat verneinen und gegen ihn arbeiten. Der Betriebsführer antwortete, dass dies gute Arbeiter seien, die er nicht entbehren könne. Was sie früher dachten, wisse er, was sie heute denken, könne er nicht kontrollieren. Die Leute sind alle bei der Arbeitsfront und haben sich noch nie etwas zuschulden kommen lassen, was sie mit den bestehenden Gesetzen in Konflikt gebracht hätte. Er sei mit diesen Arbeitern sehr zufrieden und könne sich keine Einmischung in seine Rechte als Betriebsführer bieten lassen, da er auch die volle Verantwortung für das Unternehmen auf sich nehme. Daraufhin erklärte der Redner, dass er unter solchen Umständen nicht mehr weitersprechen kann und verliess grusslos das Lokal. Die Arbeiter freuten sich über die verdiente Abfuhr dieses Kriechers. Allerdings befürchtet man, dass er sich nun bei seiner vorgesetzten Stelle beschwert, was aber keinen praktischen Erfolg haben wird, da der Betriebsführer auch dort grösste Achtung geniesst.

In den BMW (Bayr. Motorenwerke) war wie überall am Freitag vor der Wahl Gemeinschaftsempfang der Hitler-Rede, zu dem auch der Gauleiter Wagner erschienen war. Wagner hat in seiner Rede die Arbeiter sichtlich gelangweilt. In Wagner sehen alle den gemeinen Peitschenhalter. Er hat in seinem ganzen Benehmen so richtig den Ausdruck der Brutalität.

Hitler hingegen wird immer von dem Grossteil mit Interesse angehört. Als Wagner sprach, war wohl fast aller Auffassung: der hätte daheim bleiben dürfen, der macht die Sache nur schlechter. Die ganze Belegschaft musste um 4 Uhr in den grossen Maschinensaal. Alles war so gezwungen, so kasernenmässig und die Arbeiter gaben das auch in ihren Gesprächen untereinander zu verstehen. "Einmal wirds schon wieder anders werden", sagte sich mancher, aber heute kann man nichts dagegen machen. Nach Wagners Rede gab es überhaupt keinen Beifall. Es war eine geradezu eisige Stimmung. Auch nach Hitlers Rede hörte man sich den Jubel im Lautsprecher nur an, ohne mitzujubeln. Erst als die Werk-SA das Horst Wessel-Lied anstimmte, sangen verschiedene mit, aber auch nur die vorderen Reihen. Im hinteren Teil der Halle standen die Arbeiter hinter den Maschinen und schienen sich überhaupt nicht um das zu kümmern, was da vorne los war.

In den Glaswerken in B. hat wieder eine neue Bespitzelung eingesetzt. SA-Leute werden aufgefordert, die Gesinnung und die Aeusserungen der einzelnen Arbeiter zu melden. Scharfe Massnahmen werden in Verbindung mit der Spionageabwehr ergriffen. An die Bevölkerung erging die Aufforderung, jede irgendwie verdächtige Person anzuzeigen. Im Betrieb sind nur ca. 20% aller Arbeiter in der Arbeitsfront organisiert. Wiederholt hat man sich bemüht, die Arbeiter in die Arbeitsfront hineinzubringen, aber sie weigerten sich energisch. Selbst SA-Männer gibt es, die nicht organisiert sind.

Reichsautobahn Los X. Der Verdienst beträgt netto, ohne Feilerschichten wöchentlich 20,60 Mark. Die Leute werden zu Akkordleistungen gezwungen, für die sie früher in der Systemzeit 50 und 60 Mark verdienten bei billigerer Lebenshaltung. Es ist keinem möglich, Logis mit Verpflegung zu nehmen, weil sich niemand die Ausgabe leisten kann. So kocht sich jeder selbst, soweit das möglich ist, d.h., er nimmt in einem Töpfchen das Essen von zu Hause mit, dass dann an einem Feuer gewärmt wird. Bei der oft stundenweiten Entfernung der Wohnung vom Arbeitsplatz ist die Essenträgerei eine grosse Plage. Die meisten ledigen Arbeiter haben sich bei umliegenden Bauern eingemietet, mit denen sie sich sehr gut verstehen. Die Bauern schimpfen schwer über den jetzigen Zustand. Sie sehen, dass sich der Arbeiter bei den jetzigen Löhnen nichts kaufen kann, selbst wenn genug zu haben wäre. Es ist ihnen unerklärlich, wie die Arbeiter bei dieser schlechten Ernährung die schwere Arbeit leisten können.

Südwestdeutschland:

Aus einem Metallbetrieb: Vom Gesichtspunkt illegaler Arbeit ist unser Betrieb sicher kein Muster. Im Laufe eines Jahres steigerte sich die Belegschaft um das Vierfache und das ist wohl auch mit ein Grund, warum wir bei uns keinerlei Ansätze für ein kollektives Bewusstsein der Belegschaft, keine Versuche zu solidarischem Handeln in Betriebsfragen feststellen

können. Und doch wäre bei uns reichlich Gelegenheit vorhanden. Denn mit der starken Zunahme der Belegschaft ging Hand in Hand eine sehr empfindliche Senkung der Löhne, natürlich auf dem Weg über den Akkord. Denn: die Tariflöhne stehen ja im "neuen Deutschland" bekanntlich unter einem besonderen Schutz, den sie, wie man unsere Nazis reden hört und ihre Presse liest, in der Zeit des umfassendsten Arbeitsrechts, der unabhängigen und wirklichen Gewerkschaften, der Arbeitsgerichte und der Betriebsräte nicht hatten. Natürlich kann unsereins solchen lächerlichen Behauptungen, die jeder denken, der Arbeiter selbst als Schwindel erkennen müsste (leider fallen nicht wenige darauf herein) heute nicht widersprechen.

Was uns einstigen Gewerkschaftern am meisten auffällt, ist der Umstand, dass der Unternehmer heute vollkommen Herr im Hause ist. Das ist zwar in unserem Fall, wo es sich um eine Filiale eines grossen Betriebes und um einen relativ anständigen Direktor handelt, noch einigermaßen erträglich. Aber abgesehen davon, dass in den meisten Betrieben das Wort von Ley, dass das Verhältnis zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft demjenigen zwischen Soldaten und Kompagnieführer entspreche, buchstäblich Wahrheit wurde, ist es auch bei uns um die Vertretung der Interessen der Belegschaft sehr windig bestellt. Unser Betriebszellenobmann, zugleich Vertrauensratsobmann, ist ein schneidiger, 100-prozentiger Nazi. Seine Haupttätigkeit besteht jedoch nicht in der Vertretung unserer Interessen, sondern im Aufbau einer Betriebszelle, die die Belegschaft kontrolliert. In diesem Punkt hat er allerdings, seitdem er von Berlin zu uns versetzt wurde, einige "Erfolge" erzielt. Die Organisation ist grossartig. Aber die Anteilnahme der Belegschaft weniger. Eine Ausnahme macht nur die KdF, die von den meisten regelmässig in Anspruch genommen wird. "Wenn wir schon unsere Beiträge bezahlen, wollen wir auch etwas für unser Geld haben", so sagen die Kollegen und sie haben nicht einmal so unrecht. Ganz gering ist dagegen die Teilnahme an den weltanschaulichen und sonstigen politischen Krämpfen, die die Betriebszelle aufzieht. Leider kann man sich in den seltensten Fällen drücken. Muss man schon teilnehmen, wie z.B. beim Gemeinschaftsempfang anlässlich der Hitlerrede bei Krupp-Essen, dann sitzt alles stumpf und gleichgültig da und wartet nur auf den Augenblick, wo Schluss ist und man fluchtartig die Kantine verlassen kann. Bei der Hitlerrede war keinerlei Begeisterung festzustellen. Weder am Schluss der Rede noch am Tag darauf gab es irgendwelche Diskussionen. Die Leute sind einfach gleichgültig.

Seit einiger Zeit hat unser Betrieb auch die Ehre, aussen ein Schild zu tragen: "Dieser Betrieb steht geschlossen in der DAF". Es war ein Leichtes, es soweit zu bringen. Denn wehe dem, der nicht in die DAF eintreten wollte. Er könnte sich rasch den Betrieb von aussen ansehen.

Es wäre natürlich ganz falsch, wollte man sagen, dass unser

Betrieb nationalsozialistisch sei. Das trifft weder für die Betriebsführung noch für die Belegschaft zu. Die Leute wagen nur nicht, das zu sagen, was sie denken. Jeder, der kritisch ist, scheut sich, zu Leuten, die er nicht ganz genau kennt, auch nur ein Wort mehr zu sagen, als er unbedingt muss. Und viele Arbeiter denken eben tatsächlich nicht. Trotz der paar aktiven Nazis, die den Laden schmeissen, denken die allerwenigsten z.B. daran, im Betrieb den Hitlergruss anzuwenden. Die sogenannten "alten Kämpfer" sind nicht sehr beliebt. Bisher ist noch keiner, wenn er eingestellt wurde, sehr lange dageblieben. Vor kurzem wurde wieder einmal, auf besondere Empfehlung der NS-Gauleitung, einer eingestellt. Seine erste Sorge war, ob er in diesem Betrieb auch etwas werden könnte. Als er arbeiten sollte, erwies er sich als furchtbarer Murks und nach drei Tagen war er trotz Gauleitung und Berufung auf seine "alte-Kämpfer"-Eigenschaft verschwunden. Neuerdings hat die Betriebsführung jeden Verkauf von Schriften während der Arbeitszeit, der eine Zeit lang sehr überhand nahm, untersagt. Andererseits hat sie aber für jede Abteilung je ein Hitler-Bild, insgesamt 20, gestiftet. Die Arbeiter und Angestellten durften den dazugehörenden "würdigen Schmuck" durch eine Betriebssammlung selbst bezahlen. Das war übrigens bisher auch der ganze Beitrag unseres Betriebes zur "Schönheit der Arbeit".

Der grösste Stuttgarter Metallbetrieb, Bosch A.G., hat neuerdings scharfe Anordnungen über die politische Arbeit im Betrieb erlassen. So ist auch hier ein Verbot des Schriften- und Abzeichenvertriebs während der Arbeitszeit verhängt worden.

Daimler, Untertürkheim, steht ganz im Zeichen der Rüstungskonjunktur. Die Arbeiter sind dort nicht nur vereidigt worden. Sie müssen sich seit neuester Zeit auch durch einen Lichtbildausweis beim Betreten des Betriebes legitimieren. Diese Einrichtung wird ausserordentlich streng gehandhabt. Arbeiter und Angestellte, die ihren Lichtbildausweis vergessen hatten, mussten ihn zu Hause holen, ehe sie den Betrieb betreten durften. Der Zeitverlust ging natürlich zu ihren Lasten.

Grosse Schuhfabrik: Ein Arbeiter, der aus Schlesien hierher in Arbeit vermittelt wurde, klagt über die abweisende Haltung seiner Kollegen: So geht es aber allen Fremden. Nach allen Regeln der Kunst werden die Fremden durch den Dreck gezogen. Angeberei und Denunziation werden direkt gezüchtet. Ist aber einer der Betriebsführer in der Nähe, dann tun die Leute, als ob jedem geholfen würde, sich so schnell als möglich in die Arbeit hineinzufinden.

In der Schuhfabrik Riecker in Tuttlingen wurden 14 Tage vor der Wahl hundert Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt. In der Woche vor der Wahl wurden die Kündigungen zurückgenommen. Alle glaubten, dass damit der Fall nun erledigt wäre.

Plötzlich am Donnerstag nach der Wahl wurde allen mitgeteilt, dass sie am Freitag oder am Samstag aufhören müssten. Natürlich kam nun die Erregung zum Durchbruch, da nun alle klar die Absicht erkannte, dass die Zurückziehung der Kündigung nur ein Wahlmanöver war.

Rheinland-Westfalen:

Bei Ford in Köln fand vor einiger Zeit eine Betriebsversammlung statt, die im Reichshallentheater abgehalten wurde. Es sprach der Treuhänder der Arbeit "Staatsrat" Bürger. Er sagte etwa: "Kameraden! Es sind viele Beschwerden über Ford gekommen. Ich habe geglaubt, Ford sei abgebrannt. Ich konnte aber feststellen, dass Ford noch steht. Bei Ford muss gearbeitet werden; dafür wird aber ein Lohn von 1,40 RMark verdient. Wenn das im ganzen Gau Köln-Aachen verdient würde, dann würde ich meinen Laden schliessen. Wem es bei Ford nicht passt, der kann gehen. Ihr seid doch alle freiwillig bei Ford. Ihr braucht es bloss zu sagen, dass Ihr nicht mehr bei Ford arbeiten wollt und sofort werden alles hundertprozentige Nationalsozialisten eingestellt. Nehmt Euch die Kameraden aus Köln einmal als Beispiel, die für 0,45 RMark auf dem Hundsrück und in der Eifel Autostrassen bauen. Diese Leute sind glücklich und zufrieden und sie wissen besser als ihr, dass in absehbarer Zeit nicht an einen Pfennig Lohnerrhöhung gedacht werden kann. Solange nicht, bis das Heer auf der Höhe ist, auf der Höhe, auf der wir es haben müssen. Ich mache im übrigen auf folgenden Fall aufmerksam: Ein Arbeiter hatte über einen Obermeister Beschwerde bei mir eingelegt. Diesen Brief habe ich postwendend an den betreffenden Obermeister geschickt und Ihr könnt euch denken, dass jetzt für den Arbeiter dort dicke Luft ist. Glaubt Ihr, ich wäre verrückt und wir alle von der DAF wären verrückt und würden jedem einzelnen Beschwerdefall nachgehen? Die Zeiten sind vorbei. Wenn Ihr etwas in euerm Betrieb mit euren Vorgesetzten, mit den Meistern oder Obermeister habt, dann setzt Euch abends mit den Leuten zusammen, giesst Euch ein paar Mollen hinter die Binde und dann sind alle Beschwerden erledigt. Ich mache Euch ferner darauf aufmerksam, dass ich die Arbeitsordnung ergänzt habe und zwar: Wer über den Betrieb an Aussenstehende etwas erzählt, was die Firma schädigen könnte, oder was von der Firma als Schädigung ihres Ansehens angesehen werden könnte, ist fristlos zu entlassen. Ich werde diese Ergänzung für alle Betriebe vorschlagen." Diese Rede Börgers wurde im Beisein der Generaldirektion und der gesamten Belegschaft gehalten.

Textilfabrik: Gelegentlich der grossen Sammelaktion der Nazibonzen sammelte auch der stellvertretende Betriebsführer, der SA-Amtswalter ist. In seiner Abwesenheit kam nun ein unterer SA-Sammler zu der Familie des Nazibonzen. Er bekam nichts und erzählte am nächsten Tag in seinem Betrieb, dass es zwar ganz nett sei, wenn der Chef auf der Strasse mit-

sammle, dass es aber noch besser gewesen wäre, wenn er selber seinen Beitrag dazugesteuert hätte. Darauf wurde der SA-Mann unter Zustimmung des Vertrauensrates zu einer Strafe von einem halben Tageslohn verurteilt und der Betrag wurde der NSV zur Verfügung gestellt. Der Bestrafte ist Familienvater und hat ein Kind. Der Fall wurde in sämtlichen Betrieben am Brett der DAF bekanntgemacht und soll abschreckend wirken. Es wird angekündigt, dass künftig in ähnlichen Fällen der Sünder entlassen werden würde.

Aus einer Nadelfabrik: Bei uns arbeiten 400 Leute. Es sind fast alles ehemalige Freigewerkschaftler. Wir arbeiten nur 4 Tage in der Woche. Es wird davon gemunkelt, dass die Arbeitszeit noch mehr eingeschränkt werden soll. Obwohl alle wegen der wirtschaftlichen Lage und wegen der Bedrückung und Rechtlosigkeit unzufrieden sind, wagt doch niemand, offen aufzumucken. Denn es gibt zuviel Spitzel unter den Betriebsangehörigen. Alles hat Angst vor diesen gemeinen Angebern. Trotzdem besteht eine durchaus gute Fühlung innerhalb der Belegschaftsmitglieder, die früher freigewerkschaftlich organisiert waren und die bis heute ihre Gesinnung nicht gewechselt haben. Leider befinden sich unter den ehrlichen Nazigegegnern recht viele unbewusste Angeber. Sie sind für jedes geheim gesprochene oppositionelle Wort empfänglich und geben jedes feindliche Wort gegen das System sofort ohne jede Vorsicht weiter. Dadurch gefährden sie die illegale Arbeit viel mehr als sie sich überhaupt denken können.

Die Gespräche der Belegschaftsmitglieder drehen sich gegenwärtig naturgemäss recht lebhaft um die aussenpolitischen Geschehnisse. Man kann dabei feststellen, dass man im Allgemeinen die Wiederbesetzung des Rheinlandes mit Militär als zu recht erfolgt ansieht. Oft fragt man, warum die früheren Regierungen nicht auch so energisch die aussenpolitischen Interessen Deutschlands hätten wahren können. Natürlich ist man sich durchaus über die Gefahren, in denen sich Deutschland jetzt befindet, klar. Und die Sorge und die Abneigung vor einem neuen Krieg kommt ständig in den Gesprächen zum Ausdruck. Man unterhält sich auch vielfach über die Mitteilungen der ausländischen Sender, besonders des Strassburger und Moskauer Senders, die von vielen regelmässig abgehört werden. Wir können sogar feststellen, dass die richtigen Nazis die Sender ständig abhören.

Grossbetrieb in Essen: Bei uns herrscht ein fürchterliches Angebersystem. Es gibt Leute, die mimen den echten Nazis. Sie verraten die guten Leute, ehemalige Freigewerkschaftler, Christliche und auch KP-Leute. Diese Sorte von "alten Kämpfern" bringt es aber auch fertig und klagt beim Betriebsleiter, wenn sie wissen, dass er Anti-Nazi ist, manchen Nazi an, nur um selbst in ein gutes Licht zu kommen. Es sind richtige Schmielappen. In unserem Betrieb war zur Wahl wie überall Hochbetrieb. Und ein Schild verkündete: "Dieser Betrieb tritt geschlossen für den Führer an." Die Kollegen sind alle überzeugt,

dass es bald zum Krieg kommen wird. Viele hoffen sogar darauf. Aber sonst herrscht eine völlige Passivität.

Mitteldeutschland:

Aus der Volksfürsorge (früheres gewerkschaftliches Versicherungsunternehmen): Schon bald nach der Machtübernahme entstanden innerhalb der zuständigen Nazistellen Differenzen wegen der Umgestaltung des Unternehmens und der Uebernahme der alten Angestellten. Eine Richtung wollte die Angestellten im weitesten Masse entlassen und so Platz für viele hundert alte Kämpfer schaffen, während die andere Seite den Standpunkt vertrat, dass es sich um ein Wirtschaftsunternehmen handle, das nicht erschüttert und durch eine solche Massnahme aufs höchste gefährdet werden dürfe. Diese Auffassung setzte sich durch und so kam es, dass verhältnismässig wenige alte Angestellten entlassen wurden. Zum Teil wurden die Entlassenen im Laufe der Zeit wieder eingestellt. Soweit Nationalsozialisten eingestellt wurden, geschah dies über den Rahmen des geschäftlichen Bedarfs hinaus einfach zur Versorgung von Parteileuten. Ein sehr hoher Prozentsatz dieser Leute war den Anforderungen in keiner Weise gewachsen. Viele von ihnen sind inzwischen wieder entlassen. Andere sind im Betrieb parteipolitisch völlig passiv, da sie wissen, dass ihre Leistungen in keinem Verhältnis zu denen der alten marxistischen Angestellten stehen, sie also auf die Hilfe der alten Angestellten angewiesen sind. Der Eingang von Neuversicherungen erfolgt lange nicht in dem Masse, wie man erwarten sollte, wenn man bedenkt, dass grosse Bevölkerungskreise, an die früher seitens des Unternehmens gar nicht herangetreten werden konnte, heute der Werbung neu erschlossen sind. Hier ist vieles beim alten geblieben. Die Werber und Unterkassierer sind meist die alten Leute aus der Arbeiterbewegung. Diese wenden sich kaum an die Nazis, geschieht es doch einmal, so wird nicht selten im Gespräch beiderseits festgestellt, dass ja doch jeder seine alte Gesinnung habe. Unter solchen Umständen kommt dann der Abschluss einer Versicherung kaum in Frage. Den Werbern ist es ausdrücklich untersagt, bei der Werbung darauf zu verweisen, dass die Volksfürsorge der DAF unterstehe und dass es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen handle. Die Werbung mit diesen Argumenten wird seitens der Privat-Versicherungsgesellschaften als unlauterer Wettbewerb angesehen und deshalb das Verbot.

In der Leitung des Unternehmens sind vor einiger Zeit schwere Differenzen, insbesondere zwischen dem aus der Zeit vor Hitler stammenden alten Organisationsleiter und den Nazi-Direktoren ausgebrochen. Ley wollte aus dem Unternehmen 2 Millionen Mark, wie man hört für Bauzwecke der DAF, herausnehmen. Dagegen wandte sich der Organisationsleiter. Gleichzeitig wurde der bisherige "Allianz"-Direktor Pohlmann zum Direktor der Volksfürsorge berufen. Er hat die Absicht, das Unternehmen umzuorganisieren. Der Organisationsleiter stellte die Bedingung, dass von den alten Angestellten niemand ent-

lassen werden dürfte. Die Differenzen führten zum freiwilligen Ausscheiden des bisherigen Organisationsleiters. Pohlman hat als erstes für das Reich sechs neue Generalinspektur-Stellen geschaffen, die mit jungen Angestellten aus der Zeit vor der Uebnahme besetzt werden sollten. Diese haben durchwegs, trotz des glänzenden Angebots hinsichtlich Stellung und Gehalt, abgelehnt.

In Kreisen der Angestellten wird die Ernennung des Direktors Pohlmanns als der Anfang vom Ende der Volksfürsorge in ihrer jetzigen bzw. früheren Form angesehen. Man glaubt, dass in nicht allzuferner Zeit eine Verschacherung an das Privatkapital erfolgen wird.

Ein anderer Angestellter berichtet über Vorgänge in der Volksfürsorge folgendes: Die frühere GEG besass noch 1933 52% der Aktien-Anteile bzw. Kapitalsanteile an der Volksfürsorge, also die Majorität. Die anderen Teile hatten die Gewerkschaften inne. Diese anderen Teile gingen nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften in den Besitz der DAF über. Dies waren über 5 Millionen Mark. Nach der Gleichschaltung wurde Direktor der Volksfürsorge ein gewisser Dr. Kratzer. Da dieser aber den von der DAF gewünschten Kurs nicht mitmachte, musste er gehen. Ende Dezember 1935 gingen nunmehr die 52% Anteile der GEG durch betrügerische Manipulationen in den Besitz der DAF über. Zur Zeit ist die neue Leitung dabei, die gesamte Verwaltung der Zentrale wie auch der Stellen im Reich von Kräften zu reinigen, die als staatsfeindlich verdächtig sind oder von denen man weiss, dass sie Sozialdemokraten geblieben sind.

- - - - -

T e i l B

(Abgeschlossen am 5. Mai 1936)

Das deutsche "Wirtschaftswunder" und die Weltwirtschaft

Seit das "amerikanische Wirtschaftswunder", wie man in Europa die Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten in den zwanziger Jahren nannte, zu der furchtbaren Wirtschaftskrise geführt hat, weiss man, was von kapitalistischen Wirtschaftswundern zu halten ist. Aber schliesslich sind die Vereinigten Staaten ein an Naturschätzen, an industriellen und finanziellen Kräften reiches Land, das sich auch von schweren Schlägen verhältnismässig rasch erholen kann. Die Nazis, die das ominöse Vorbild Hoovers nicht ruhen lässt, wollen nun ihrerseits dem von ihnen unterdrückten, der Meinungsfreiheit beraubten und vom Weltstrom der öffentlichen Meinung abgeschnittenen Volk einreden, dass sie ein "deutsches Wirtschaftswunder" geschaffen hätten. Im Ausland denkt man freilich heute schon ganz allgemein darüber sehr skeptisch. Aber volle Klarheit über den Charakter und die Ausmasse dieses angeblichen Wunders kann man erst erlangen, wenn man die deutsche Wirtschaftssituation in den Rahmen der weltwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre hineinstellt.

1) Die Weltrohstoff-Wirtschaft

Ueber die Lage der Weltwirtschaft ein klares Bild zu gewinnen, ist vor allem deshalb schwierig, weil die Entwicklung in den letzten Jahren in den verschiedenen Ländern zum Teil sehr ungleichmässig verlaufen ist und noch heute verläuft. Nur gewisse einheitliche Züge lassen sich feststellen, vor allem

eine wesentliche Verbesserung der Situation in der agrarischen und industriellen Rohstoffwirtschaft, die freilich von der Weltwirtschaftskrise am schwersten betroffen worden war. Die Besserung wird am sichtbarsten im Rückgang der Lagervorräte, die jahrelang zu ungewöhnlicher Höhe angeschwollen waren und schwer auf die Preise und auf die Produktion gedrückt hatten. Im folgenden wird ein Ueberblick auf die Veränderungen in der Höhe derjenigen Welt-Lagervorräte gegeben, die die Lage der Rohstoffwirtschaft der Welt am stärksten beeinflusst hatten:

		Juni 1934	Juni 1935	
Weizen	Millionen Tonnen	31,4	24,1	
		Dezemb. 1932	Novemb. 1934	Novemb. 1935
Baumwolle	Mill. Ballen (sichtbares Angebot)	10,6	7,8	7,8
Kupfer	Tausend Tonnen	725	580	338
Zinn	Tausend Tonnen (sichtbares Angebot)	57,7	15,7	13,7
Zink	Tausend Tonnen (Ver.St. u. Gr.-Brit.)	127	120	84

Parallel mit dem Lagerabbau ging die Erholung der Welt-Rohstoffproduktion, wofür folgende symptomatische Zahlen angeführt werden sollen. Es betrug die Weltproduktion in den Jahren:

		1929	1932	1934	1935
Eisen	Million. Tonnen	95,7	38,1	60,3	70,8
Stahl	" "	116,6	49,3	79,5	95,8
Steinkohle	" "	1.286,6	917,2	1.047,1	1.072,3
Petroleum	" "	205,0	180,0	208,4	224,8
Zink	Tausend "	1.344	648	985	1.128
Zinn	" "	187	93	109	138

Dass nun Deutschland im Rahmen der weltwirtschaftlichen Erholung der Rohstoffwirtschaft durchaus keine Ausnahme-Stellung einnimmt, sei am Beispiel der Stahlproduktion gezeigt, also

gerade derjenigen Industrie, bei der die Erholung in Deutschland dank der auf die Spitze getriebenen Rüstungen am weitesten fortgeschritten ist. Die Stahlproduktion betrug in den Haupterzeugungsländern:-

	1929	1932	1934	1935
	in Millionen Tonnen			
Verein.Staaten	55,2	13,5	25,7	33,9
Deutschland	16,2	5,8	11,9	16,1
Gross-Britannien	9,8	5,3	9,0	10,0
Frankreich	9,7	5,6	6,2	6,3
Russland	4,9	5,8	9,6	12,4

Dabei muss man berücksichtigen, dass in der deutschen Statistik ab März 1935 die Stahlproduktion des Saargebiets eingeschlossen ist. Diese betrug im Jahre 1934 über 1,9 Millionen Tonnen. Selbst wenn man annimmt, dass sie sich im Jahre 1935 nicht erhöht hat, dann sind, um einen Vergleich mit den Vorjahren zu ermöglichen, für die Zeit von April bis Jahresende 1935 von der deutschen Stahlproduktion 1,6 Millionen Tonnen abzuziehen, und demnach für das Jahr 1935 nur 14,5 Millionen Tonnen einzusetzen. Die Erholung der deutschen Schwerindustrie bleibt also stark hinter der englischen zurück, obwohl die Steigerung der militärischen Rüstungen in Deutschland sehr viel grösser ist als in England.

2) Die Produktion in den drei Weltwirtschaftsgruppen

Dass im allgemeinen die Beschleunigung des Rüstungstempos in der ganzen Welt stark zur Verbesserung der Lage der Rohstoffwirtschaft beigetragen hat, ist offenkundig. Darüber hinaus aber spiegelt sich in den Produktionszahlen eine allgemeine konjunkturelle Erholung wider, die auch auf allen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens zu beobachten ist. Es lassen sich jedoch, wenn man die gesamte industrielle Produktion im weltwirtschaftlichen Rahmen verfolgt, drei Ländergruppen mit verschiedener Entwicklung feststellen, nämlich eine Gruppe, die sich in einem ausgesprochenen Industrialisierungsprozess befin-

det, eine zweite Gruppe, in der der wirtschaftliche Erholungsprozess seit ein bis zwei Jahren fühlbar in Gang gekommen ist, und eine dritte Gruppe, die sich im wesentlichen noch in der Phase der Stagnation befindet. Es sei dies zunächst an der Streuung der Indexziffern der industriellen Produktion aufgezeigt. Nimmt man die industrielle Produktion im Durchschnitt des Jahres 1929 auf alle Länder mit 100 an, so betrugen die Produktionsindizes im Durchschnitt der Jahre:

1932 1933 1934 1935

Erste Gruppe

Russland	182,7	199,0	235,5	331,2	(Oktober)
Japan	97,8	113,2	128,7	148,8	(Oktober)
Dänemark	91,0	105,0	116,0	121,0	
Norwegen	92,4	93,8	100,2	105,1	
Schweden	79,1	81,8	100,0	109,1	(Mai)
Rumänien	88,5	102,6	123,9	109,5	(Juni)
Ungarn	76,9	83,9	97,5	114,0	(3.Viertelj.)

Zweite Gruppe

Gross-Britannien	83,5	88,2	98,8	103,2	
Deutschland	53,3	60,7	79,8	95,2	
Vereinigte Staaten	53,8	63,9	66,4	75,6	
Italien	76,9	83,9	80,9	87,2	(August)
Belgien	69,1	71,6	70,0	81,9	(November)
Tschechoslovakei	63,5	60,2	71,5	78,5	(November)

Dritte Gruppe

Frankreich	68,8	76,7	71,0	67,0
Holland	62,3	69,1	69,8	66,3
Polen	53,9	55,6	63,0	66,4

Ein ähnliches Bild gewinnt man aus den Angaben über die Zahlen der beschäftigten Personen, die in den meisten Ländern statistisch viel besser erfasst sind als die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Beschäftigten, soweit sie von der Sozialversicherung, Arbeitsinspektoraten etc. erfasst sind, betrug im Durchschnitt der Jahre:

	1929	1932	1934	1935
Grossbritannien (in Tausenden)	10.223	9.367	10.142	10.380
Deutschland " "	17.595	12.518	15.041	15.979
Verein. Staaten (in Prozent)	100	61,2	75,2	78,4
Italien (" ")	100	78,5	82,9	100,1 (Aug)
Frankreich (" ")	100	1930/80,9	76,9	73,5

Selbst wenn man die offensichtliche Fälschung der deutschen Statistik einmal ausser Betracht lässt, gibt diese Zusammenstellung jedoch insofern ein schiefes Bild, als die Erfassungsmethoden in den einzelnen Ländern sehr verschieden sind. So sind zum Beispiel in Deutschland in der Zahl der Beschäftigten die in Arbeitsdienstlagern, bei Notstandsarbeiten etc. Untergebrachten mit eingeschlossen, in den Vereinigten Staaten hingegen nicht. Nun betrug aber die Zahl der bei solchen Arbeiten Beschäftigten in den Vereinigten Staaten im Februar 1936 3.853.000. Würde man für beide Länder die gleiche Erfassungsmethode anwenden, so würde sich daher mit grösster Wahrscheinlichkeit herausstellen, dass die Beschäftigtenzahl in beiden Ländern ungefähr in gleichem Verhältnis hinter der des Jahres 1929 zurückbleibt, nämlich etwa mit 20 Prozent unter Ausschluss und mit 10 Prozent unter Einschluss der Notstandsarbeiter.

Ausserdem bleibt noch ein Widerspruch aufzuklären. Während in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich die Veränderungen in der Beschäftigtenzahl einigermaßen mit denen der industriellen Produktion übereinstimmen, weichen sie in Deutschland und Italien voneinander ab, und zwar in umgekehrter Richtung. In Deutschland bleibt die Beschäftigtenzahl -- besonders wenn man die Notstandsarbeiter abzieht, da sie nicht in der industriellen Produktionssphäre beschäftigt sind -- stark hinter der Erholung der industriellen Produktion zurück, während sie ihr in Italien vorausseilt. Im Falle Italiens ist die Erklärung einfach: die Verkürzung der Arbeitszeit, die von der italienischen Regierung angeordnet wurde, hatte offenbar das Ergebnis, dass die Beschäftigtenzahl stärker angestiegen ist

als die Produktion. Aber auch in Deutschland ist die Kurzarbeit ebenfalls stark vorgezogen, besonders in manchen Konsumgüterindustrien, die mit Rohstoff- oder Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben; darüber hinaus hat die Regierung noch auf die Unternehmer einen Druck ausgeübt, um sie zur Einstellung oder Nichtentlassung an sich überflüssiger Arbeiter zu zwingen. Umso auffälliger ist der Widerspruch zwischen den Angaben über die industrielle Erholung und denen über die Beschäftigtenzahl. Die Erklärung liegt darin, dass der deutsche Produktionsindex in der gegenwärtigen Situation ein sehr unexaktes Bild vom Grade der industriellen Erholung gibt. Es überwiegen nämlich in diesem Index die Schwer- und Rohstoffindustrien, auf die sich die Erholung im wesentlichen beschränkt. Würden alle Industrien im Produktionsindex nach dem Verhältnis ihrer Beschäftigtenzahlen vertreten sein, so würde sich zweifellos herausstellen, dass die industrielle Produktion Deutschlands heute noch in ähnlicher Masse hinter dem Stande des Jahres 1929 zurückbleibt wie die der Vereinigten Staaten.

Jedenfalls lassen schon die bisher angeführten Daten erkennen, dass von irgend einem "Wirtschaftswunder" in Deutschland in keiner Weise die Rede sein kann, dass sich vielmehr die Erholung der deutschen Industrie schon rein äußerlich durchaus in dem Rahmen hält, der ihr im Kreise der grossen Industriestaaten, insbesondere Englands und der Vereinigten Staaten, angewiesen ist. Weiter wird sich aber zeigen, dass die industrielle Erholung in Deutschland auf viel schwächeren Füßen als in den anderen Ländern steht, wenn man ^{nach} den Ursachen der verschiedenen Entwicklung in den drei oben angeführten Ländergruppen fragt.

3) Länder im Industrialisierungsprozess.

Wir haben bereits die erste Ländergruppe -mit Russland an der Spitze- als die Industrialisierungsgruppe bezeichnet und damit die Ursache der, zum Teil sehr starken, Steigerung ihrer

industriellen Produktion über den Stand des Jahres 1929 hinaus angedeutet. Es handelt sich bei dieser Gruppe durchwegs um Länder, bei denen der Anteil der industriellen Produktion an der Gesamtproduktion bisher noch sehr niedrig war, bei denen aber aus verschiedenen Gründen --besondere Intelligenz der Bevölkerung wie im Falle der skandinavischen Staaten, besondere Tatkraft und Organisation wie im Falle Russlands und Japans, günstige Rohstoffquellen wie im Falle Rumäniens-- ein Spielraum für eine rasche Steigerung der industriellen Produktion gegeben war. Ihre unmittelbaren Antriebskräfte waren teils das Bestreben, der Wirtschaftskrise Herr zu werden, der diese Länder als agrarische oder industrielle Rohstoffländer besonders stark ausgesetzt gewesen waren, teils ausserwirtschaftliche Motive wie in Russland und Japan. Neben den klassenpolitischen und ideologischen Motiven, die in Russland ausschlaggebend waren, spielte unter den ausserwirtschaftlichen Motiven das Militärische die massgebende Rolle. Russland wie Japan haben ihre Rüstungen in den letzten Jahren ungeheuer gesteigert, Russland zu defensiven, Japan zu offensiven Zwecken. Das russische Budget für das Finanzjahr 1936 sieht Heeresausgaben in der gewaltigen Höhe von 14.815 Millionen Rubel vor, das japanische Budget für das Finanzjahr 1936/37 militärische Ausgaben von 1.059 Millionen Yen, das sind 47 Prozent seines gesamten Budgets. Beide Länder sind aber in der gleichen Situation, dass sie ihre Rüstungen nur erhöhen können, wenn sie den industriellen Apparat dafür im eigenen Lande schaffen. Daher erklärt sich zu einem grossen Teil das starke Ueberwiegen der Schwer- und Rohstoffindustrien beim russischen Industrialisierungsprozess und die Bemühungen Japans, durch Eroberungen auf dem asiatischen Kontinent einen besseren Ausgleich seiner Handelsbilanz herbeizuführen, die durch die wachsenden Rüstungen schwer belastet ist.

4) Das Schicksal des Goldblocks.

Verhältnismässig ebenso einfach wie der Aufstieg der industriellen Produktion in der ersten Ländergruppe erklärt sich ihre Stagnation in der dritten Gruppe. Die Verantwortung für sie liegt wohl ausschliesslich darin, dass diese Länder an der alten Goldparität ihrer Währungen noch immer festhalten, in einer Periode, in der diese Parität bereits in allen anderen Ländern de jure oder de facto --wie in Deutschland und Italien-- aufgegeben wurde. Damit wurden diese Länder zwangsweise zu einer "deflationistischen Politik" gedrängt. Sie mussten, um ihre Ausfuhrfähigkeit nicht ganz einzubüssen und eine zu starke Verschlechterung ihrer Handelsbilanz zu verhüten, einen Druck auf die Preise ausüben und deshalb auch in der Anwendung von krisenbekämpfenden Massnahmen, wie öffentlichen Arbeiten, sehr zurückhaltend sein.

In Frankreich, dem Hauptland dieser Gruppe, hat sich in den letzten Monaten eine leichte industrielle Erholung bemerkbar gemacht; der industrielle Produktionsindex stieg --wenn der Durchschnitt des Jahres 1913 als 100 genommen wird-- von 93 im Dezember 1934 auf 97 im Januar 1936. Diese bescheidene Erholung stand offenbar im Zusammenhang mit verstärkten Rüstungen und auch öffentlichen Arbeiten, zu denen man sich unter dem Druck der Arbeitslosigkeit doch entschloss. Aber sie wurde erkauft mit einer Erhöhung des Defizits der Staatsfinanzen, mit einem verhältnismässig starken Ansteigen der Preise und einer entsprechenden weiteren Verschlechterung der ohnehin schon stark passiven Handelsbilanz: der Index der Grosshandelspreise stieg von 339 im Juli 1935 auf 377 im Februar 1936, der Einfuhrüberschuss von 428 Millionen Francs im Februar 1935 auf 808 Millionen im Februar 1936. Diese Entwicklung zeigt deutlich die Gefahren auf, die in der Gegenwart für die Ländergruppe mit der alten Goldparität in einer Lockerung der Deflations-schraube liegen, und sie ist wohl auch, im Verein mit der Ver-

schärfung der aussenpolitischen Spannungen, für die neue Währungs-
krise Frankreichs verantwortlich zu machen.

Unser stärkstes Interesse verdient aber die zweite Länder-
gruppe, die die wichtigsten Industrieländer umfasst. Die Frage
ist, ob das Schicksal dieser Ländergruppe sich ebenso einheit-
lich erklären lässt wie das der ersten und der zweiten Grup-
pe. Diese Frage muss verneint werden. Man muss vielmehr diese
Gruppe in weitere Untergruppen zerlegen, deren wichtigste
Typen England, die Vereinigten Staaten und Deutschland sind;
Italien entspricht weitgehend dem Typus Deutschland. Die wich-
tigsten Unterschiede zwischen diesen drei Untergruppen sind im
folgenden kurz zusammengefasst.

5) England und Amerika .

England ist dasjenige Land, in dem sich bei den wirtschaft-
lichen Vorgängen der letzten Jahre am ehesten der klassische
Konjunkturzyklus erkennen lässt. Es lag dies vor allem daran,
dass England von der Bankenkrise, die alle übrigen Länder er-
fasste, in keiner Weise betroffen wurde und dass auch seine
Währungs- --verursacht durch den Zusammenbruch des inter-
nationalen Kreditsystems im Jahre 1931 -- so rasch, schmerzlos
und glücklich gelöst wurde, dass die Bevölkerung von ihr kaum
etwas merkte. Daher ist das Kreditsystem des Landes völlig
intakt geblieben und es konnten sich alle Erscheinungen in der
Kreditwirtschaft durchsetzen, die für Depressionsperioden
typisch sind und die wirtschaftliche Erholung auszulösen pfle-
gen: leichter Geldmarkt, sinkende Zinssätze, Konversionsfähig-
keit der Anleihen, starkes Kapitalangebot für Dauerinvestitio-
nen, von denen vor allem der Baumarkt profitiert. In der Tat
ist in England die industrielle Erholung vorwiegend auf die
starke Steigerung des Wohnungsbaus zurückzuführen. Von Septem-
ber 1933 bis September 1934 wurden in England 257.746 private
Wohnhäuser gebaut, von September 1934 bis September 1935 sogar
275.000. Selbst wenn man berücksichtigt, dass in England

Häuser und Wohnungen in den allermeisten Fällen identisch sind, übertrifft die Zahl der Wohnungsneubauten im letzten Jahre relativ sehr stark die der Neubauten, die Deutschland selbst in der Periode des stärksten Wohnungsbaus aufwies.

Ähnliches wie vom Baumarkt gilt von der Elektrizitätswirtschaft, deren Ausbau ebenfalls stark von der Situation auf dem Kapitalmarkt abhängt. England, dieses älteste aller Industrieländer, ist in den letzten Jahren durch eine regelrechte Elektrifizierungsperiode hindurchgegangen: die Erzeugung von elektrischer Kraft war im Jahre 1935 um 71 Prozent höher als im Jahre 1929. Nun wurde der Elektrifizierungsprozess freilich nicht bloss durch die automatischen Antriebskräfte getragen, sondern vom Staat organisiert und gefördert. Und die Elektrizitätswirtschaft ist nur eines von vielen Beispielen dafür, dass sich auch in dem unter einer konservativen Regierung stehenden England die wirtschaftliche Erholung nicht automatisch vollzieht, sondern unter staatlicher Lenkung. Das gilt vor allem für die Währungspolitik seit dem Jahre 1931, die den Sterlingkurs planmässig nach den jeweiligen Erfordernissen der wirtschaftlichen Situation reguliert. Es gilt ebenso von der staatlichen Kreditpolitik, die innerhalb dieser ganzen Periode auf "billiges Geld" abgestellt ist; von der Agrarpolitik, in der sich unter der Herrschaft der Konservativen eine radikale Schwenkung zugunsten eines planmässigen Schutzes der landwirtschaftlichen Interessen in Form von Preis- und Einfuhrregelungen vollzogen hat usw.

Immerhin, verglichen mit den Vereinigten Staaten einerseits, mit Deutschland und Italien andererseits, ist der Anteil des Staates an der wirtschaftlichen Erholung in England verhältnismässig gering. Andererseits muss man jedoch zwischen dem Weg der Staatsintervention, den die demokratischen Vereinigten Staaten gegangen sind und jenem, den das faschistische Deutschland und Italien geht, streng scheiden. In den Vereinigten Staaten basiert die wirtschaftliche Erholung auf einer breit angelegten staatlichen Wirtschaftspolitik, die dadurch gekenn-

zeichnet ist, dass sie überall dort einzugreifen bestrebt ist, wo Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts durch staatliche Eingriffe behoben werden können, ohne dass das private wirtschaftliche Gefüge der Wirtschaft berührt wird.

An diesem obersten Grundsatz der Roosevelt-Politik hat sich auch durch die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes gegen den "New Deal" nichts wesentliches geändert. Zwar wurden durch die Urteile des Gerichtshofs die grundlegenden, den "New Deal" konstituierenden Gesetze, nämlich der National Industrial Recovery Act (NIRA) und der Agricultural Adjustment Act (AAA) aufgehoben und damit sowohl den Preis- und Lohnbindungen der berühmten Codes wie den Agrarsteuern zur Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion die gesetzliche Grundlage entzogen. Aber beide Gesetze hatten bereits weitgehend ihre Schuldigkeit getan und ihr wesentlicher Inhalt wurde entweder durch freiwillige Vereinbarungen oder durch neue Regelungen aufrechterhalten oder weitergebildet. Und darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Wirtschaftssphären, vor allem das Währungswesen, die Bankwirtschaft, die öffentlichen Arbeiten, in denen die regulierenden Eingriffe der Roosevelt'schen Administration durch den Obersten Gerichtshof überhaupt nicht angetastet wurden.

Die Vereinigten Staaten bleiben daher nach wie vor der Typ des grossen Industrielandes, in dem, ohne die grundsätzlich kapitalistische Basis der Wirtschaft zu verlassen, die wirtschaftliche Erholung durch planmässige --wenn auch natürlich nicht planwirtschaftliche-- staatliche Regelungen gefördert wird, und wie die Tatsachen beweisen, mit unleugbar grossem Erfolg. Es muss dazu ergänzend darauf hingewiesen werden, dass besonders das erste Vierteljahr 1936 einen starken Aufschwung gegenüber dem Vorjahr zeigt: vor allem die Stahl- und Automobilproduktion sowie die Erzeugung elektrischer Kraft stehen hoch über dem Vorjahrsniveau.

6) Die faschistischen Länder.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würden auch die faschistischen Länder Deutschland und Italien dem gleichen Typ der wirtschaftlichen Erholung angehören wie die Vereinigten Staaten. Dieser Schein wird durch die Fülle staatlicher Eingriffe in alle möglichen Wirtschaftsgebiete hervorgerufen. In Wirklichkeit gibt es aber einen grundlegenden Unterschied zwischen der Tendenz der Wirtschaftspolitik und, allgemeiner ausgedrückt, dem Charakter der wirtschaftlichen Erholung in den Vereinigten Staaten und in den beiden faschistischen Ländern. In den Vereinigten Staaten ist die Wirtschaftspolitik auf eine harmonische Erholung und Entwicklung aller Wirtschaftszweige abgestellt, in Deutschland und Italien hingegen ist die ganze Wirtschaftspolitik einem ausserwirtschaftlichen Ziele unterstellt, nämlich dem Dienst für die militärischen Rüstungen und für den Krieg.

Wenn man nur auf einige Symptome der Wirtschaftslage sieht wie den industriellen Produktionsindex oder die Beschäftigtenzahl, so ist man leicht geneigt, die Resultate der Wirtschaftspolitik im einen wie im anderen Fall für identisch zu halten. Man kann eben Menschen mit der Erzeugung von Wohnhäusern, Kleidern, Schuhen oder mit der Herstellung von Kanonen, Tanks und Befestigungsanlagen beschäftigen; produziert wird in beiden Fällen; Arbeitslose werden in beiden Fällen aufgesaugt. Aber die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Struktur eines Landes verändert sich tiefgehend, je nachdem man das eine oder das andere tut. Es ist bekannt, dass in Deutschland die Konsumgüterindustrien dahinsiechen, während die Schwerindustrie aufblüht. Selbst die offizielle Wirtschaftsstatistik kann an diesem bedenklichen Symptom der Strukturveränderung in der deutschen Wirtschaft nicht vorbeigehen. Gliedert man den industriellen Produktionsindex in Produktionsgüter und Konsumgüter, so weisen die beiden Gruppen der Industrie fol-

ende Veränderungen auf:

Produktionsgüter: Konsumgüter:

Durchschnitt	1929.....	100.....	100
"	1932.....	34.....	76
"	1934.....	73.....	92
März	1935.....	93.....	89
"	1936 (vorläufig).....	109.....	87

Danach hat die Produktionsgüter-Erzeugung, (das ist z.B. die Erzeugung von Eisen, von Stahl, von Kohle und Maschinen) den Stand von 1929 bereits wesentlich überschritten, während die Konsumgüter-Erzeugung (also z.B. die Erzeugung von Textilien und Schuhen, von Nahrungs- und Genussmitteln) noch erheblich dahinter zurückbleibt und sogar seit 1934 ständig gesunken ist.

Der ungeheuerer Unterschied in der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung, der sich aus der demokratischen und der faschistischen Zielsetzung der Wirtschaftspolitik ergibt, springt so deutlich in die Augen, dass einige Andeutungen zur Klarstellung genügen. In England und in den Vereinigten Staaten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung im wesentlichen ohne Lohndruck, ja teilweise sogar bei steigenden Reallöhnen. Im Falle Englands blieben die Löhne bei stabilen Lebenshaltungskosten stabil oder stiegen langsam. Im Falle der Vereinigten Staaten wurde durch die "Codes" --deren soziale Bestimmungen auch nach ihrer formellen Aufhebung im wesentlichen aufrechterhalten wurden-- eine Anpassung der Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten herbeigeführt und darüber hinaus eine absolute Reallohnsteigerung für gewisse, niedrig bezahlte Arbeiterkategorien erreicht. Dazu kommt, dass seit dem Regierungsantritt Roosevelts die Lage der Arbeitslosen und die sozialen Bedingungen im allgemeinen in den Vereinigten Staaten durch grosszügige Hilfs-Massnahmen sowie durch die Einführung der Sozialversicherung wesentlich gehoben wurden. Gleichzeitig verbesserte sich in England die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung --die zum Unterschied von Deutschland eine echte Versicherung geblieben ist-- so stark, dass eine schritt-

weise Erhöhung der Leistungen der Versicherung an die Arbeitslosen vorgenommen werden konnte und weiterhin geplant ist, bei anhaltenden ansehnlichen Ueberschüssen des Versicherungsfonds.

In Deutschland hingegen müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten --und in anderer Form auch breite Schichten des Mittelstandes-- als Hauptkonsumenten die Milliardenlast der Rüstungen in der Form tragen, dass ihre Realeinkommen schrittweise sinken, einerseits durch steigende Preise bei sinkenden Löhnen und Gehältern, andererseits durch wachsende Belastung mit Steuern und "Spenden". Dass in ähnlicher Weise in Italien die Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung tief gesunken sind, wahrscheinlich sogar noch viel tiefer als in Deutschland, ist bekannt, wenn auch beim Mangel einer ausreichenden Statistik nicht zahlenmässig nachweisbar. Die Verschiebung der industriellen Struktur zugunsten der Produktionsgüterindustrien und zu ungunsten der Konsumgüterindustrien ist nur ein anderer Ausdruck für die gleiche Erscheinung: die militärischen Rüstungen (Produktionsgüterindustrien) werden aus den Lohn Groschen der Arbeiter und aus den kärglichen Verkaufserlösen der kleinen Bauern und Mittelständler (Konsumgüterindustrien) bezahlt.

7) Gesunde Finanzwirtschaft in England und den Verein. Staaten

Ebenso tiefgehend wie die produktionsmässigen Unterschiede zwischen den demokratischen und den faschistischen Ländern in der Struktur der wirtschaftlichen Erholung sind auch die finanzwirtschaftlichen. Gewiss muss man sich davor hüten, in den "bürgerlichen" Fehler zu verfallen und in jeder sogenannten "unsoliden" oder "nicht-orthodoxen" Finanzierung öffentlicher Ausgaben schon ein Signal des drohenden Zusammenbruchs zu erblicken. Das moderne Geld- und Kreditsystem ist so elastisch, dass es auch für solche Finanzierungsmethoden einen sehr weiten Spielraum offen lässt, ohne dass sich ausgesprochene Störungen in der finanziellen, industriellen oder sozialen Sphäre bemerk-

bar machen müssen. Es hängt also durchaus vom Einzelfall ab, ob die gesamtwirtschaftlichen Vorteile oder Nachteile dieser oder jener Finanzierungsmethoden, dieses oder jenes Grades von Anspannung der Finanzwirtschaft grösser sind. Immerhin, jeder Spielraum hat Grenzen, wie sich in der Inflationsperiode der Nachkriegszeit deutlich herausgestellt hat, und die Frage, wie weit sich die finanzwirtschaftliche Situation eines Landes diesen Grenzen nähert, kann von entscheidender Bedeutung für seine Gesamtwirtschaftslage werden. Deshalb ist eine vergleichende Uebersicht über die Situation der Finanzwirtschaft in den von uns besprochenen typischen Fällen nicht unwichtig.

Die Kennzeichen der weltwirtschaftlichen finanziellen Situation sind --von den Fällen akuter Spannungen wie der augenblicklichen Währungskrise in Frankreich abgesehen-- folgende: die Geldmärkte sind extrem leicht, für kurzfristige Börsengelder werden --vor allem in England und den Vereinigten Staaten-- praktisch keine Zinsen gezahlt und ebenso billig und mühelos vermag sich dort der Staat laufend kurzfristige Kredite zu beschaffen. In beiden Ländern schwellen die Bankdepositen an und die Banken vermögen entweder mit den zuströmenden Geldern gar nichts anzufangen-- .d.h. sie bleiben bei ihnen als Kasse liegen oder bilden unverzinsliche Guthaben bei den Notenbanken - oder sie leihen sie zu ganz niedrigen Zinsen dem Staat.

So sind bei den 10 englischen Clearing-Banken -- den grossen Kreditbanken des Landes - in der Zeit von Februar 1935 bis Februar 1936 die Depositen von 1.954 auf 2.123 Millionen Pfund gestiegen, die Wechsel und Wertpapiere, die zum allergrössten Teil kurz- oder langfristige Staatspapiere sind, von 871 auf 924 Millionen, und auch der bare Kassenbestand ist mit 229 Mill. ausserordentlich hoch. In den Vereinigten Staaten sind bei den berichtenden Mitgliedsbanken des Reserve-Systems in der Zeit von März 1935 bis März 1936 die Depositen von 22,6 auf 25,4 Milliarden Dollar angewachsen, der Besitz an Bundes- und vom Bund garantierten Anleihen von 8,6 auf 10,1 Milliarden und die Guthaben bei den Notenbanken von 3,4 auf 4,1 Milliarden.

Aber die Flüssigkeit ist nicht auf den Geldmarkt beschränkt, geblieben, sondern hat auch auf den Kapitalmarkt übergegriffen. Auch auf dem Kapitalmarkt sind die Zinssätze so stark gesunken, dass es möglich wurde, völlig freiwillig ungeheuerere Konversionen öffentlicher und privater Anleihen vorzunehmen. Darüber hinaus hat sich auch der Markt für neue Emissionen, und zwar nicht bloss für staatliche, sondern auch für private Emissionen allmählich wieder belebt, wenngleich auch die privaten Emissionen noch nicht entfernt den Umfang der letzten Vorkrisenjahre wieder erreicht haben. So betrugen in England die Emissionen (Anleihen und Aktien) der beiden letzten Jahre, verglichen mit dem Höhepunkt der Emissionen im Jahre 1928 in Millionen Pfund:

	Neues Kapital	Konver- sionen:	Gesamt- Emissionen:	Davon f.d. private Wirtschaft:
1928	369	324	693	363
1934	169	242	411	150
1935	236	312	548	183

In den Vereinigten Staaten sind die Neuemissionen von privatem Kapital noch ziemlich gedrückt, aber auch hier ist die Verwendung unverkennbar, wie sich aus den folgenden Zahlen ergibt, die vor allem einen starken Eindruck vom ungeheuern Umfang der Konversionstätigkeit und der Aufnahmefähigkeit für öffentliche Anleihen vermittelt:

	Neues Kapital:		Konversionen:	
	öffentlich	privat	öffentlich	privat
	in Millionen Dollar			
1929	1.418	8.639	-	1.387
1933	3.569	161	1.819	221
1934	5.967	178	4.860	313
1935	5.553	404	6.994	1.864

8) Die kritische Finanzsituation in den faschistischen Ländern

In Deutschland und Italien ist die finanzielle Situation grundlegend von der englischen und amerikanischen verschieden. Der entscheidende Unterschied liegt dabei nicht so sehr in der wachsenden Verschuldung der öffentlichen Hand. Nur in England ist das Staatsbudget dauernd ausgeglichen, da dort die Rolle, die in den anderen Ländern die öffentlichen Arbeiten spielen und durch die die Staatsfinanzen belastet werden, vom Baumarkt, der Elektrizitätswirtschaft und den Bahngesellschaften übernommen wird, die alle faktisch oder formell privaten Charakter tragen. In den Vereinigten Staaten hingegen schwellen die Staatsschulden von Jahr zu Jahr an, dort allerdings nicht, um kostspielige Rüstungen zu finanzieren, sondern um öffentliche Arbeiten durchzuführen, deren Uebernahme auf Anleihen durchaus den "orthodoxen" Grundsätzen der Finanzpolitik entspricht.

Aber der grundlegende Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und den faschistischen Ländern in der Finanzierung des Staatsbedarfs ist, dass in den Vereinigten Staaten das Kreditsystem des Landes --nach der raschen Ueberwindung der Bankenkrise vom März 1933-- gesund und leistungsfähig genug geblieben ist, um aus eigener Kraft die gewaltig angewachsene Staatsschuld finanzieren zu können. Folgende Zahlen geben darüber ein klares Bild: das Bundesdefizit der Vereinigten Staaten --das sämtliche öffentlichen Arbeiten und alle sonstigen Unterstützungsausgaben des Bundes einschließt-- betrug in den sechs Finanzjahren 1929/30 bis 1934/35 (1. Juli 1929 bis 30. Juni 1935) insgesamt 12.426 Millionen Dollar. Andererseits betrug im gleichen Zeitraum die Zunahme des Bestandes an Bundesanleihen: bei den Notenbanken 2.290 Millionen Dollar, bei den Mitgliedsbanken des Reserve-Systems 7.200 Millionen und bei allen übrigen Handelsbanken und Sparkassen ungefähr 3 Milliarden. Mit anderen Worten, der gesamte Zuwachs der Bundesschuld

während der ganzen Krisenperiode wurde vom Bankensystem des Landes getragen, wobei die Notenbanken nur mit dem verhältnismässig bescheidenen Betrag von ungefähr 18 Prozent mitwirkten.

In Deutschland und Italien dagegen geht das unerhörte -wenn auch in seiner Grösse absolut geheim gehaltene- Anschwellen der Staatsschulden Hand in Hand mit einer Stagnation oder gar einem Zusammenschrumpfen des Kreditvolumens der Banken. In Deutschland betrugen die Depositen der Kreditbanken am Ende der Jahre:

1929	12.113	Mill.	Rmk
1930	11.207	"	"
1931	8.057	"	"
1932	7.776	"	"
1933	7.147	"	"
1934	7.353	"	"
1935	6.897	"	"

Der Schrumpfungsprozess hat sich also ununterbrochen fortgesetzt und wurde überraschenderweise auch durch die Steigerung des Preisniveaus und die Erholung der Rüstungsindustrien seit dem Jahre 1933 in keiner Weise gehemmt. Richtig ist, dass die Entwicklung bei den Sparkassen wesentlich günstiger war. Ihre Einlagen sind von 10.400 Millionen Mark Ende 1930 auf 13.384 Millionen Mark Ende 1935 gestiegen. Und in der Tat sind auch die Sparkassen nahezu die einzige Quelle, aus der das Reich schöpfen kann, um sich "reguläre" Anleihen zu beschaffen. Aber es ist ebenso bekannt, dass die Finanzhilfe, die sie dem Reiche leisten, nur ein Tropfen auf einen heissen Stein ist.

Ähnlich liegen die Dinge in Italien, für das statistische Daten allerdings nur bis in die ersten Wochen des abessinischen Krieges vorliegen; dann wurden sie von der Regierung verboten, weil sie allzu alarmierend waren. Soweit aber die Ziffern gehen, zeigen sie ebenfalls ein ständiges Zusammenschrumpfen der Bankdepositen. Sie betrugen bei den drei Grossbanken des Landes (und bei den kleineren Banken liegen die Dinge eher noch schlimmer):

Ende	1930	17.965	Millionen Lire		
"	1931	16.336	"	"	
"	1932	16.009	"	"	
"	1933	16.148	"	"	
"	1934	15.479	"	"	
Juni	1935	14.847	"	"	

Auch in Italien bot das starke Anwachsen der Sparkasseneinlagen zunächst dem Staatskredit eine starke Stütze. Aber in den letzten Jahren ist auch diese Quelle vollständig versiegt, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht. Es betrugen die Einlagen bei sämtlichen Sparkassen einschliesslich der Postsparkassen:

Ende	1930	27.490	Millionen Lire		
"	1933	36.004	"	"	
"	1934	37.288	"	"	
Aug.	1935	36.408	"	"	

Es ergibt sich aus diesen Angaben, dass in Deutschland und Italien die Banken zur Erfüllung der wichtigsten Aufgabe, die ihnen in jeder Wirtschaftsdepression obliegt, nämlich der teilweisen Ersetzung des überflüssig gewordenen Kredits an die Privatwirtschaft durch Kredit an den Staats, völlig unfähig waren und geblieben sind. Gewiss haben auch die deutschen Kreditbanken trotz ihrer schrumpfenden Depostien Arbeitsbeschaffungswechsel und sonstige Staatsschulden übernommen. So ist der Wechselbestand der Kreditbanken von 1.555 Millionen Mark Ende 1933 auf 2.249 Millionen im Januar 1936 gestiegen --wobei allerdings nicht bekannt ist, wie gross der Anteil der Arbeitsbeschaffungswechsel an dieser Steigerung ist-- , und ihre Bestände an Schatzanweisungen und Anleihen des Reichs und der Länder sind in der gleichen Zeit von 440 auf 1.546 Mill. gewachsen. Aber verglichen mit dem Anschwellen der Schuldenlawine des Reichs einerseits, mit dem Anwachsen der Staatstitel in den Portefeullen der englischen, amerikanischen und französischen Banken andererseits ist die Rolle, die in Deutschland die Kreditbanken für die Finanzierung des Staatsbedarfs während der Depression spielen, verschwindend gering.

Dazu kommt, dass auch der offene Kapitalmarkt noch immer völlig darniederliegt. In Deutschland haben im vorigen Jahre nur

die Bodenkreditanstalten einige Aktivität auf dem Kapitalmarkt zu entfalten begonnen; ihre Emissionen (Pfandbriefe und Kommunalobligationen) betrugen 1.009 Millionen Mark, denen allerdings 541 Mill. an Tilgungen gegenüberstanden. Dagegen betrugen sämtliche Aktienemissionen zusammen während des ganzen Jahres 1935 nur 156 Mill. und Anleihe-Emissionen gab es ausser den Zwangsanleihen des Reichs --in Höhe von 1.642 Mill.--, die im wesentlichen nicht an den offenen Markt kamen, überhaupt nicht. Seither hat die Hitlerregierung übrigens eine faktische Emissionssperre verhängt, um den Markt --soweit überhaupt von einem solchen die Rede sein kann-- völlig für die Reichsemissionen zu reservieren.

Noch weniger als Emissionen von neuem Kapital konnten bisher in Deutschland freiwillige Konversionen gewagt werden, trotz der relativ ausserordentlich hohen Zinsen, die die alten Emissionen zu tragen hatten. Daher entschloss sich am Beginn des Jahres 1935 die Hitlerregierung zu jener "freiwilligen" Zwangskonversion sämtlicher öffentlicher Anleihen und der Pfandbriefe auf den --noch immer verhältnismässig sehr hohen-- Zinssatz von 4,5 Prozent und zu den Zwangsanleihen, die periodisch den Sparkassen, Sozial- und Privatversicherungen abgezapft werden, ohne dass freilich mehr als ein Bruchteil der laufend anwachsenden Staatsschulden auf diesem Wege konsolidiert werden könnte.

Italien war mit dem Beispiel der Zwangskonversion der öffentlichen Anleihen schon vorangegangen. Ja, der Regierung Mussolinis gebührt der Ruhm, die Technik der "freiwilligen Zwangskonversionen" erfunden zu haben. Als dann der Krieg ungeheuerere Mittel erforderte, für die angesichts der Schrumpfung der Bank- und Sparkassendepositen das Banksystem keinerlei Beistand mehr leisten konnte, griff die italienische Regierung zu einem neuen schlaun Auskunftsmittel. Um die letzten Mittel aus dem Markt herauszupressen, entschloss sie sich, statt an den Patriotismus und die angebliche Kriegsbegeisterung der Sparer zu appellieren, den eben erst der Zwangskonversion

unterworfenen ungeheueren Block der Staatsschulden wieder auf einen höheren Zinssatz zurückzukonvertieren, allerdings unter der Bedingung einer Zuzahlung von seiten der Titelinhaber. Auf diese Weise konnte sie sich wirklich einige Milliarden Lire beschaffen --genaue Ziffern wurden bisher nicht bekanntgegeben-- , aber nur um den Preis einer ungeheuer hohen Verzinsung der neu einfließenden Mittel.

Diese Angaben dürften genügen, um den Unterschied im Charakter der wirtschaftlichen Erholung zwischen England und den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Italien andererseits klarzustellen. In den angelsächsischen Ländern ist die gesamte Wirtschaft bis in ihre feinsten Verästelungen vom Erholungsprozess erfasst, in den faschistischen Ländern hingegen beschränkt sich das "Wirtschaftswunder" auf einen starken Auftrieb, den bestimmte Industriezweige von zusätzlichem Rüstungs- und Kriegsbedarf erfahren haben. In den angelsächsischen Ländern stützt sich der Aufschwung auf eine gut funktionierende Kreditwirtschaft, in den faschistischen Ländern kann die Kreditwirtschaft nur durch künstliche, gewagte Manöver aufrechterhalten werden, und das Problem der Finanzierung des erreichten Produktionsstandes ist jeden Tag aufs neue gestellt und akut..Jeden Tag stehen die Länder erneut vor dem Dilemma, entweder ihr Produktionsniveau aus Mangel an Finanzierungsmitteln wieder gewaltig zurückzuschrauben und damit die Arbeitslosigkeit wieder anschwellen zu lassen oder aber zu noch gewagteren Finanzierungsmethoden überzugehen, die unvermeidlich ein Weitertreiben auf der inflationistischen Bahn, die sie beschritten haben, bedeuten.

- - - - -